



Zeitschrift der **GEW**/ Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

64. Jahr

Heft 1/2

Jan./Febr. 2011



TITELTHEMA

Hochschule

Personengruppe Frauen der GEW Hessen

Frauen – Schule – Gesellschaft: Frauenbild im Wandel

Fachtagung für Lehrerinnen in Fulda am 8. Februar

Die Fachtagung der Personengruppe Frauen der GEW Hessen findet am 8. 2. 2011 im Parkhotel Kolpinghaus in Fulda statt. Im Rahmen dieser Fachtagung werden verschiedene Aspekte des beruflichen und gesellschaftlichen Alltags von Lehrerinnen in allen Schulformen beleuchtet. Die Fachtagung beginnt mit zwei Einstiegsreferaten der stellvertretenden GEW-Landesvorsitzenden *Karola Stötzel* (Kindheit im Wandel) und der Leiterin des Arbeitsbereichs Frauenpolitik beim GEW-Hauptvorstand *Anne Jenter* (Vereinbarkeit von außerberuflichem Leben und Erwerbsarbeit in unterschiedlichen Lebensphasen). Nach der Mittagspause stehen vier Workshops zur Wahl:

1. **Führen und Leiten: Ist das was für mich?**
Verona Eisenbraun, Gleichstellungsbeauftragte des Amts für Lehrerbildung (Afl) in Frankfurt am Main
2. **Neue Lebensmodelle**
Frauke Gützkow, Abteilung Frauenpolitik beim GEW-Hauptvorstand
3. **Was Frauen in Teilzeitbeschäftigung unbedingt wissen sollten**
Dr. Hartwig Schröder, Rechtsstelle der GEW Hessen
4. **Sind Ganztagschulen die Lösung für die gesellschaftlichen Probleme?**
Ganztagsschulverband (angefragt)

Die Fachtagung endet bei einer Tasse Kaffee mit einem Informationsaustausch aus den Workshops. *Lioba Boll*, *Hanne Hirn* und *Barbara Ludwig* von der Personengruppe Frauen der GEW Hessen freuen sich auf zahlreiche interessierte Teilnehmerinnen. Der Teilnahmebeitrag von 20 Euro (inklusive Mittagessen) beziehungsweise 12 Euro für GEW-Mitglieder ist bei der Fachtagung zu entrichten.

• Anmeldung unter Angabe des Workshops: GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt am Main, Tel. 069-97129327, Fax: 069-97129397, E-Mail: info@gew-hessen.de

GEW-Beitragsquittung für 2010

Wie in den vergangenen Jahren erhalten alle GEW-Mitglieder mit der Februar-Ausgabe der Bundeszeitung E&W eine persönliche Beitragsquittung für das Jahr 2010. Sie ist zusammen mit dem neuen Mitgliedsausweis Teil des kartierten Umschlags der E&W. Die HLZ-Redaktion bittet um entsprechende Be-

achtung. Außerdem bittet die GEW Hessen von Nachfragen in der Landesgeschäftsstelle abzusehen.

Im Februar 2011 erscheint turnusgemäß keine HLZ. Der E&W ist stattdessen das Jahresprogramm von *lea*, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt.

Aus dem Inhalt

Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Briefe
- S. 6 Meldungen
- S. 30 Recht: Pension mit 67
- S. 35 Magazin

Titelthema:

Unternehmerische Hochschule

- S. 8 Zur Sache
- S. 10 Hochschulfinanzierung
- S. 12 Prekäre Hochschule
- S. 14 Wissenschaftlicher Mittelbau
- S. 15 Militärforschung und Zivilklausur

- S. 16 Gehaltsabsenkung für Professuren
- S. 17 Tarifrunde 2011 an Hochschulen
- S. 18 Buchbesprechung

Einzelbeiträge

- S. 7 Tarif- und Besoldungsrunde 2011
- S. 19 GEW zum Schulgesetz
- S. 20 Inklusion und Konfusion
- S. 22 Nein zu dieser Schuldenbremse
- S. 24 (Kein) Bund der Steuerzahler
- S. 26 Bildung und Ökonomie
- S. 28 Integration und Sprache
- S. 32 „Ich liebe Pausenaufsichten“
- S. 33 Mit lea nach Namibia
- S. 34 Kunst und Psychiatrie



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 9 71 29 30
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberg Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 63 62 69
Fax (0 69) 6 31 37 75
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Carmen Ludwig (Hochschule), Karin Schüller (Bildung), Andreas Staets (Hochschule), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Oliver Brüchert und Alexander Wagner, Landesfachgruppe Hochschule und Forschung

Illustrationen:

Axel Träger (Titel), Thomas Plafmann (S. 19), Dirk Tonn (S. 23), Andreas Träger (S. 9, 11, 13), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos:

digitalstock (S. 27), Harald Freiling (S. 16, 31), Peter List (S. 29), Sammlung Prinzhorn (S. 34), Heinrich Schulz (S. 21)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Unternehmen Hochschule? No, we can't!

In Essen und Gütersloh wurden die Blaupausen entwickelt, in Hannover, Stuttgart, Wiesbaden und vielen anderen Landeshauptstädten arbeitet man mit Hochdruck an der Umsetzung: Hochschulen werden nach dem Vorbild gewerblicher Unternehmen und betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle umgebaut. Mit schwer wiegenden Folgen. Die Kompetenzen der gewählten Kollegialorgane werden auf bloße Beratungsfunktionen reduziert, die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Studierenden abgebaut. Auch die Selbstverwaltungsrechte der Professorinnen und Professoren werden grundsätzlich in Frage gestellt, wenn autokratische Hochschulleitungen, Dekanate und mit externen Wirtschaftsvertretern besetzte Hochschulräte das Sagen haben. Konsequenterweise hat man im baden-württembergischen Hochschulgesetz bereits die Hochschulräte in Aufsichtsräte und die Rektorate in Vorstände umbenannt.

Dass die Umwandlung der Hochschulen in Unternehmen sogar die Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen überschreitet, hat das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung zum Hamburgischen Hochschulgesetz deutlich gemacht (HLZ S. 14). Hatte das Gericht 1973 der Demokratisierung der Hochschulen noch enge Grenzen gesetzt, verlangt es vom Gesetzgeber jetzt, „ein hinreichendes Niveau der Partizipation der Grundrechtsträger“ sicherzustellen. Hatte der Marburger Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Wolfgang Abendroth 1973 noch die Länderparlamente und Regierungen aufgefordert, gegen das Karlsruher Hochschulurteil „Alarm zu schlagen“, schlägt heute Karlsruhe Alarm gegen den Bruch der Länder mit der jahrhundertalten Tradition der akademischen Selbstverwaltung.

Nach dem Leitbild der unternehmerischen Hochschule müsse sich Hochschulen wie Wirtschaftsunternehmen auf einem Markt behaupten. Als Waren und Dienstleistungen müssen sie verwertbare Forschungsergebnisse, Lehre und Studium feilbieten – und zwar an kaufkräftige Nachfrager. Der Paradigmenwechsel in der Forschungsfinanzierung weg von der institutionellen Förderung der Hochschulen hin zur Projektförderung hat hierin seine Wurzel, ebenso wie die Einführung von Studiengebühren, die aus studentischen Mitgliedern einer Selbstverwaltungskörperschaft Kundinnen und Kunden eines Dienstleistungsunterneh-

mens macht. Die durch Steuergeschenke für die Reichen oder die Schuldenbremse politisch erzeugte Armut der öffentlichen Haushalte begünstigt diese Entwicklung zusätzlich.

Folge dieses Paradigmenwechsels ist die Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit. Auch wenn kein Geringerer als der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Universitäten aufgefordert hat, mit Drittmitteln auch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, bringen nur wenige diesen Mut auf. Unter den wissenschaftlichen Angestellten kommen heute auf einen unbefristet Beschäftigten 6,7 befristet Beschäftigte. Zusätzlich verlagern die Hochschulen einen immer größeren Anteil ihrer Lehraufgaben auf eine akademische Reservearmee scheinselbstständiger Lehrbeauftragter.

Der erfolgreiche Widerstand gegen Studiengebühren nicht nur in Hessen, sondern auch im Saarland und in Nordrhein-Westfalen belegt indes, dass die Entwicklung hin zur unternehmerischen Hochschule nicht unumkehrbar ist. Und die breite Unterstützung des von der GEW initiierten Templiner Manifests für die Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung zeigt, dass sich nicht nur Studierende, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wehren können.

Mit ihrem vom Gewerkschaftstag beschlossenen wissenschaftspolitischen Programm hat die GEW deutlich gemacht: Wir können auch anders. Es gibt Alternativen zur unternehmerischen Hochschule, wir wollen Wissenschaft demokratisieren, Hochschule öffnen und Arbeits- und Studienbedingungen verbessern. Wir wollen eine demokratische und soziale Hochschule.

Andreas Keller



Dr. Andreas Keller
Leiter des Vorstandsbe-
reichs Hochschule und
Forschung beim GEW-
Hauptvorstand.

Berufskrankheiten

Trotz aller Whiteboards, Lernspiralen und Lernpyramiden spielen Stimme und Sprache des Lehrers immer noch eine zentrale Rolle. Leider sind sie nach Dauergebrauch von Degenerationerscheinungen betroffen. In einer umfassenden Langzeitstudie hat die Autorin Störungen im Gesprächsverhalten von Lehrern untersucht. Unterschiede zwischen den Geschlechtern hat sie trotz aller gängigen Klischees nicht feststellen können. Allenfalls beim sozialen Stimmföhlungs laut überwiegt der Anteil der Frauen. Einige gängige Störungen werden hier kurz beschrieben. Eine ausführliche und systematische Darstellung anhand von Gesprächsprotokollen findet sich in der Habilitationsschrift der Autorin: „Deskription degenerativen Sprachverhaltens in der Pädagogik unter linguistischen und tiefenpsychologischen Aspekten“ (Metzelthin April 2009, 79,80 Euro).

Die Wiederholer

Lehrerinnen und Lehrer scheinen häufig mit begrenzter menschlicher Aufnahmekapazität zu tun zu haben. Damit sind keinesfalls nur Schülerinnen und Schüler gemeint! Über viele Berufsjahre hinweg haben manche Kollegen die Zwangsstörung entwickelt, ein und denselben Sachverhalt mehrfach in immer anderen Worten zu erklären. Nicht nur im Unterricht, sondern auch im Privatleben. Selbst wenn der Gesprächspartner bereits deutlich Verständnis signalisiert hat, wird ihm in kindgerechten

Worten mindestens noch dreimal dargestellt, wie man zum Beispiel ökologisch einwandfreie Gartenteiche anlegt. Falls derart erkrankte Kollegen Fragen gestellt und eindeutige Antworten erhalten haben, problematisieren sie ihre Frage noch mehrfach: „Steht die Fallschirm-Arbeitsgemeinschaft eigentlich allen Schülern offen?“ „Ja.“ „Es könnte ja sein, dass nur die Oberstufe hindarf.“ „Nein, nein, die AG ist für alle Schüler gedacht.“ „Na ja, manchmal gibt es doch Altersbeschränkungen, deshalb frage ich.“ So ein Gespräch kann sich eine Viertelstunde lang hinziehen. Manche dieser Lehrer hören sich einfach gern reden.

Die Zwischenredner und Brecher

Lehrer sind ständig auf dem Sprung, vom Unterricht zur Vertretung, zur Aufsicht, zur Toilette, zu spontan auftauchenden Eltern. Deshalb können manche nicht abwarten, dass unwichtiges Pausengeswätz über Integration und Altersteilzeit ein Ende findet. Der Brecher platzt einfach in jedes Gespräch rein. Leider hat brachiale Sprachgewalt eine einschüchternde Wirkung. Meist stellen die anderen sofort ihr Gespräch ein, wenden sich dem Brecher zu und verstärken somit ungewollt seine Gesprächsstörung. Auf dem Höhepunkt seiner Erkrankung verlässt der Brecher nicht einmal mehr seinen Schreibtisch, sondern brüllt durchs ganze Lehrerzimmer, besonders gern, wenn jemand wichtige Telefonate führt. Eine

sanftere Spielart des Brechers ist der Zwischenredner, der zu jedem Thema etwas zu sagen hat und erst dann zufrieden ist, wenn er ein Gespräch an sich gerissen hat und ungestört monologisieren kann.

Die Stimmföhlrer

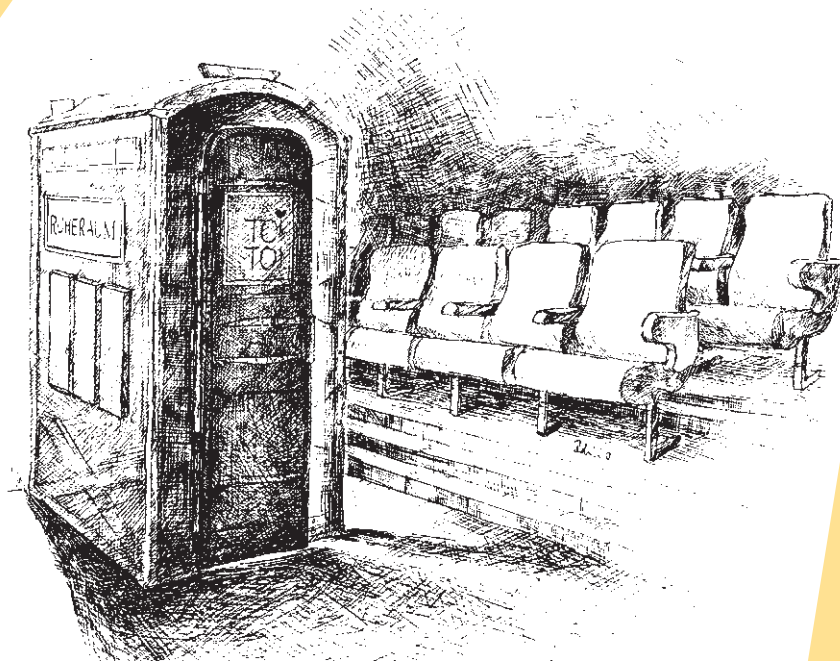
In kaum einer Schule finden sich Arbeitsmöglichkeiten für Lehrkräfte, wo sie in Ruhe eine Power-Point-Präsentation erarbeiten könnten. Und selbst wenn es so etwas gibt – die nächste Kollegin, die hereinkommt, schafft es nicht, einfach still Platz zu nehmen und sich ihrem Tun zu widmen. Die Situation muss durch zwei, drei Stimmföhlungs laute „entschärft“ werden. Der Inhalt spielt dabei keine wesentliche Rolle: „Na, auch eine Springstunde zu füllen?“ oder „Hast du mit deiner Klasse schon den Kompetenztest geschrieben?“ Ein kurzer Satzwechsel, und man könnte in Ruhe weiterarbeiten. Leider ist das nur selten der Fall. Aus drei Sätzen werden viele, und die Klausuren bleiben unkorrigiert. In der zweiten Springstunde kommt die nächste Kollegin herein: „Ach, hast du jetzt auch frei?“ Raffinierte Kolleginnen und Kollegen korrigieren ihren Kram deshalb in leerstehenden Dunkel- oder Kellerräumen.

Die Schauspieler

Es gibt in kaum einer Schule Rückzugsmöglichkeiten für vertrauliche Gespräche. Jeder mündliche Kontakt mit Eltern, Großeltern und Familienhelfern findet in aller Öffentlichkeit statt. Nach langer Berufspraxis können manche Kollegen gar nicht mehr ohne Publikum arbeiten. Sie laufen erst zu großer Form auf, wenn unbeteiligte Zuhörer anwesend sind. Wie ordentliche Schauspieler achten sie dann auf überdeutliche Artikulation und ausgewählte Lexik und bauen kleine Witze und Bonmots ein, die nur die Zuhörer verstehen. Sie führen quasi ein Gespräch auf zwei Ebenen. Das klingt wie eine besondere Fähigkeit, in Wirklichkeit handelt es sich um eine ernsthafte Affektstörung, die nur schwer zu heilen ist. Genauso wie die analoge Erkrankung des notorischen Zuhörers, der stets und ganz unauffällig die Nähe zu spannenden Gesprächen sucht.

Gabriele Frydrych

Für interessierte Kollegen bietet die Autorin ab Januar 2011 folgende Selbsthilfegruppen an: „Paralleles Sprechen“ und „Wie täusche ich aktives Zuhören vor?“



Betr.: HLZ 10-11 und 12/2010 Selbstständiges Lernen

Zum Verzweifeln

Es ist wirklich zum Verzweifeln, wie schnell und gedankenlos in nicht wenigen Artikeln der HLZ fast jeder Ansatz einer Revision tradierter Unterrichts- und Schulorganisationsformen mit dem Fallbeil einer angeblichen Ökonomisierung der Schulen denunziert wird (...), etwa mit dem Vorwurf, durch die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen mache man sich zum Handlanger der Wirtschaft.

Bei meinen langjährigen Versuchen, selbstgesteuertes und eigenverantwortliches Lernen wenigstens ansatzweise im Unterricht zu verankern, bin ich immer wieder mit „Argumenten“ konfrontiert worden, (...) die darauf hinauslaufen, dass eben besser alles beim alten bleiben möge. Das „fragend entwickelnde Unterrichtsgespräch“, ein Ideal, das die Lehrerbildung über zahllose Generationen geprägt hat, ist nicht so schnell totzukriegen; es wird gelegentlich immer noch als „Kunst der Gesprächsführung“ idealisiert – sichert es dem vermeintlich guten Lehrer doch weiterhin die Rolle des Steuermanns im Unterrichtsgeschehen, auch wenn dafür in Hessens immer größer gewordenen Schulklassen eher Dompteurfähigkeiten erforderlich sind.

Dass Schülerinnen und Schüler wenigstens nicht nur lernen müssen, der Gesprächsführung der Lehrperson zu folgen, sondern auch, ihren Lernprozess eigenverantwortlich zu steuern, sollte sich inzwischen auch bei älteren Semestern herumgesprochen haben. Das überholte Konzept des „fragend entwickelnden Unterrichtsgesprächs“ steht dem im Wege, auch weil es die „Herdenhaltung“ von Schülern in Form des „Klassenunterrichts“ als nicht hinterfragbaren Standard definiert.

Dass es auch anders geht, kann man beispielsweise in dem Buch „Lernen über Grenzen“, herausgegeben von Höhmann, Kopp, Schäfers und Demmer (Opladen & Farmington Hills 2009) nachlesen. Bis die „normale“ Schule in Deutschland in der Lage ist, eine „individualisierte Lernkultur“ im Schulalltag zu verwirklichen, wird noch einige Zeit vergehen. Voraussetzung dafür ist u. a., dass die antiquierten deutschen Lehrplankonzepte, insbesondere soweit sie als „Curricula“ für alle Schülerinnen und Schüler ein gleichartiges und gleichschrittiges Lernen vorschreiben, abgeschafft werden.

Aber das kennen wir ja schon: Die Bildungsstandards sind ja auch nur eine List der Wirtschaft, die Schulen ihren Interessen zu unterwerfen. Hoffen wir auf Besserung und eine weniger vorurteilsbelastete Diskussion!

Dieter van Holst, Frankfurt am Main

Betr.: HLZ 10-11 und 12/2010 Selbstständiges Lernen

Offener Unterricht

Es ist sehr schade, dass man in dem Beitrag von Franziska Conrad über „Wege zur Selbstbestimmung“ (HLZ 10-11/2010) so wenig über die Hintergründe erfährt. „Offener Unterricht“, wenn man ihn ernsthaft beim Wort nimmt, dürfte an staatlichen Schulen so gut wie nicht vorkommen, da hier fast alle strukturellen Voraussetzungen dafür fehlen.

Wenn man aber die Vergleiche dort ansetzt, wo offener Unterricht bei Kompetenzorientierung und Inklusion tagtäglich stattfindet, nämlich in den freien Privatschulen, kommt man wohl recht schnell zu ernüchternden Ergebnissen im Hinblick auf die „Wissensaneignung“: Schüler von Privatschulen haben gegenüber Schülern von staatlichen Schulen in der Regel fachliche Defizite von ein bis zwei Schuljahren und müssen regelmäßig ein Schuljahr wiederholen, wenn sie an staatliche Schulen wechseln wollen.

Was hat man denn da eigentlich miteinander verglichen? Wie sind die „Ergebnisse“ vor diesem Hintergrund einzuordnen?

Stefan Padrok, Büdingen

HLZ 12/2010 Inklusive Schulen

Als alter Schulmeister

Als alter Schulmeister mache ich mir so meine Gedanken zu einer neuen Schulreform. Das früher mit progressiven Inhalten und Erwartungen verbundene Wort „Schulreform“ hat in der heutigen politischen Wirklichkeit einen eher bedrohlichen Klang für Eltern, Kinder und Lehrer bekommen. (...) Weiter wer-

den Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern schon vom ersten Schuljahr an unter die ständigen freudlosen Dauerevaluationen gestellt, mit Tests, Proben und Standardarbeiten. Damit sollen aus Mäßig-, Mittel- und Hochbegabten die „Besten“ ausgelesen und frühzeitig richtig und endgültig sortiert werden. Kinder aller Altersstufen werden durch solchen Dauerstress häufig körperlich und seelisch krank. Sie müssen dann in Sonderschulen für Verhaltensgestörte oder „medizinisch“ gesund gemacht werden. Viele bleiben lebenslang „Verlierer“! Andere, deren Eltern genügend Geld haben, besuchen private Nachhilfekurse, die vielerorts bereits zur neuen Regelschule geworden sind.

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention steht eine „neue Schulreform“ an. Schüler der verschiedenen Förderschulen werden in naher Zukunft in die jetzigen „historischen“ deutschen Schularten integriert werden. Man nennt dieses Vorhaben „Inklusion“. (...) Über diese neue Schulreform wurde sogar in der Haushaltsdebatte des konservativen Hochtunus-Kreistages heftig debattiert mit der Folge, die alte Sonderschule in Wehrheim nicht zu bauen. Die Inklusion wird alle Schulformen betreffen, auch die Gymnasien!

Ob die UN-Konvention wirklich in der Schulpraxis durchführbar ist? Bisher kann niemand eine Antwort geben, die Kultusminister suchen nach Lösungen! Ähnlich wie letzthin in Hamburg wollen die Eltern mehrheitlich keine Veränderungen. Sie wollen Ruhe und vor allem den Erhalt aller Gymnasien. In Berlin und anderen „soziologischen und sozialen Brennpunkten“ möchte unsere deutsche Bürgerschaft mehrheitlich ihre Kinder vor dem gemeinsamen Lernen mit den vielen Migranten-Nachkommen und Sprösslingen der Unterschichten bewahren! Wie werden unsere Politiker mit den Ergebnissen solcher Volksentscheide umgehen?

Alle Politiker sind aufgefordert, bald eine wirkliche zukunftsorientierte Reform unseres Bildungs- und Schulwesens auf den Weg zu bringen, die international auch von der UNO akzeptiert wird. Erfolge und Gerechtigkeit für alle Kinder und deren Eltern müssen garantiert sein.

Gemeinsames Lernen und Bildung müssen den Unterricht wieder zu einer erfreulichen und beliebten Veranstaltung machen!

Heinrich Nitschke, Usingen



GGG-Gesamtschultag

Der Gesamtschultag der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) findet am 5. März 2011 ab 9.30 Uhr an der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden statt. *Professor Matthias von Saldern* von der Uni Lüneburg referiert über das Thema „Leistung feststellen im individuellen Lernen“. Das individuelle Lernen ist auch Gegenstand der Workshops am Nachmittag. Der Tagungsbeitrag beträgt 25 Euro, für GGG-Mitglieder 15 Euro.

• *Anmeldungen bis zum 15. Februar 2011 an die GGG-Geschäftsstelle, Langenbeckstraße 6-18, 65189 Wiesbaden, Tel. 0611-408096-80, Fax: -79, E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-hessen.de*



Kerncurricula zurückziehen!

Das Kollegium der Alexander-von-Humboldt-Schule Viernheim forderte das Institut für Qualitätsentwicklung auf, die vorgelegten Bildungsstandards und Kerncurricula zurückzuziehen und unter Beteiligung von Schulpraktikern zu überarbeiten. Für die meisten Fächer gebe es keine ausreichende „inhaltliche Bestimmung der Kerncurricula“. Die Vorstellung, dass die konkreten fachbezogenen Inhalte für die Kerncurricula von den Fachkonferenzen definiert werden sollten, sei eine „Zumutung“. Einen „unverzichtbaren Kern von Inhalten exemplarisch mit Kompetenzen zu verbinden“ und diesen „sinnvoll, wissenschaftlich haltbar und gleichzeitig praxisnah“ auszugestalten, erfordere einen „erheblichen zusätzlichen Arbeitszeitaufwand, der an den Schulen nicht zu leisten ist“.



Grundrecht auf Ausbildung

Die unter anderem von der Landes- schülervertretung und der GEW Hessen initiierte Petition für ein Grundrecht auf Ausbildung war mit 72.554 Unterschriften eine der größten Petitionen der vergangenen Jahre, zum Thema Bildung und Ausbildung sogar die größte Petition in der Geschichte der Bundesrepublik. Ende September hat der zuständige Petitionsausschuss des Bundestags diese Petition in den Papierkorb befördert. Das Petitionsverfahren zog sich über zweieinhalb Jahre hin. Eine öffentliche Anhörung, wie bei Petitionen dieser Größenordnung üblich und möglich, wurde nicht durchgeführt. Das Aktionsbündnis „Ausbildung für alle“ weist darauf hin, dass Missstände in der Berufsausbildung in der „Empfehlung“ des Ausschusses schön- geredet oder verschwiegen wurden. Dem Petitionsausschuss vorgelegte Studien, Expertisen, Gutachten und Urteile wurden ignoriert und den Jugendlichen „ein öffentliches Forum für ihr berechtigtes Anliegen verwehrt.“ Die Ablehnung der Petition bestärke „den bestehenden Zweifel an den Mitwirkungsmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie, der zurzeit auch beim Projekt Stuttgart 21 eine wichtige Rolle spielt.“



Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die GEW-Broschüre „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ mit vielen praktischen Hinweisen und allen Rechtsgrundlagen kann als pdf-Datei von der Homepage der GEW Hessen www.gew-hessen.de im Mitgliederbereich heruntergeladen werden.



Referendare vor der Tür?

Das Vorhaben von CDU und FDP, den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) das passive Wahlrecht und damit eine originäre Vertretung in den Personalräten der hessischen Studienseminare zu entziehen, stößt auf breiten Widerstand. Die Betroffenen und ihre Interessenvertretungen laufen Sturm gegen die Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG). Der Personalräteausschuss der hessischen GEW ist empört, „weil durch diese Änderung ein weiteres Stück Demokratieabbau betrieben werden soll“. Die Arbeit in den Seminarpersonalräten laufe seit Jahren problemlos, „auch wenn durch die stärkere Fluktuation größere organisatorische Probleme bewältigt werden müssen als in anderen Personalräten“. Durch die Verdrängung der LiV aus den Studienseminarpersonalräten würde zudem „eine wichtige Säule der Nachwuchsförderung für Schulpersonalräte entfallen“.



Schulsozialarbeit verweigert

In einem Offenen Brief protestiert der Schulelternbeirat der IGS Kastellstraße beim Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, dass ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von 2006 zur Einführung von Schulsozialarbeit an zwölf namentlich aufgeführten Schulen an der IGS Kastellstraße noch immer nicht umgesetzt wird. Die Schülerinnen und Schüler der Schule würden so „gegenüber den Schülerinnen und Schülern anderer Schulen deutlich benachteiligt“.

Streiks bei der Lehrerkooperative

Anfang Dezember setzten Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen der Frankfurter Lehrerkooperative ihre Warnstreiks fort (Foto: Kita Hohe Straße, Bergen-Enkheim). Sie protestierten gegen die Verschleppung der Tarifverhandlungen durch die Geschäftsleitung und gegen die erneute Einbehaltung eines Teils ihres Weihnachtsgeldes. Am 10. Dezember waren alle Beschäftigten zum eintägigen Streik und zu einer Kundgebung vor dem Stadtschulamt aufgerufen.



50 Euro plus drei Prozent!

Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zur Tarif- und Besoldungsrunde 2011

Mitte Dezember haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (öD) bundesweit den Meinungsbildungsprozess zu den Forderungen in der Tarif- und Besoldungsrunde 2011 abgeschlossen. Ergebnis: GEW, ver.di und die anderen öD-Gewerkschaften verlangen von den Bundesländern eine Anhebung der Einkommen um 50 Euro plus 3 % für die Tarifbeschäftigten und für die Beamtinnen und Beamten. Im Durchschnitt bedeutet das eine Erhöhung der Tabellenwerte um 5,0 %. Für die Entgeltgruppe (EG) 13 ergibt sich eine Forderungshöhe von 4,4 %, für die EG 11, in der sich die Grundschullehrkräfte befinden, von 4,6 %, für die EG 9 mit den sozialpädagogischen Fachkräften von 4,9 % und in der EG 2 von knapp 5,8 %. Der einheitliche Sockel von 50 Euro entspricht dem Wunsch vieler Beschäftigter im öffentlichen Dienst der Länder nach einer sozialen Komponente.

Die Laufzeit der abzuschließenden Einkommensregelung soll 14 Monate betragen. Sollten die Gewerkschaften diese Terminierung durchsetzen, könnten die Beschäftigten von Bund, Kommunen und Ländern die nächste Tarifrunde 2012 wieder einmal synchron bestreiten. Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher würden dann wieder einmal gemeinsam auf der Straße für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Außerdem wollen die Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Entgeltordnung verhandeln, um endlich **tarifvertraglich** zu regeln, bei welcher Ausbildung, Qualifikation oder Tätigkeit man in eine bestimmte Entgeltgruppe eingruppiert wird. Diese Verhandlungen sollen auch Lehrkräfte einbeziehen, deren Eingruppierung derzeit durch einen einseitigen Erlass des jeweiligen Arbeitgebers geregelt ist. Die Vereinbarung einer Entgeltordnung ist daher für die GEW von besonderer Bedeutung – und ein positives Ergebnis wird nicht ohne Streiks der angestellten Lehrkräfte zu erreichen sein. Eine materielle Verrechnung der Einkommenszuwächse durch eine neue Entgeltordnung mit den geforderten Einkommenserhöhungen soll nach

dem Willen der Gewerkschaften unterbleiben.

Hessen gehört zwar seit 2004 nicht mehr zur TdL, aber um eine Einheitlichkeit der Tariftabellen zu wahren, gehen die hessischen Gewerkschaften grundsätzlich mit denselben Forderungen in die Auseinandersetzungen wie die Gewerkschaften im Bereich der TdL.

Für die hessischen Beamtinnen und Beamten geht es bei der Tarif- und Besoldungsrunde 2011 nicht nur darum, dass die Einkommensverbesserungen zeit- und wirkungsgleich übertragen werden, sondern auch darum, die bisher verweigerte Übertragung der seit Anfang 2010 tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und auf die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte durchzusetzen.

Mit der Bedeutung der Tarifrunde 2011 für die Universitäten in Frankfurt und Darmstadt, die nicht mehr zum Geltungsbereich des TV-H gehören, befasst sich ein eigener Artikel in dieser HLZ (S. 17).

Berechtigte Forderungen

Ist eine Einkommenserhöhung von durchschnittlich 5 % gerechtfertigt? In Hinblick auf die Kassenlage der Beschäftigten allemal. Denn die hatten im Zusammenhang mit der „Operation düstere Zukunft“ 2004 erhebliche Kürzungen und danach Nullrunden bei den Einkommen hinnehmen müssen. Insgesamt ergaben sich dadurch für das vergangene Jahrzehnt Realeinkommensverluste: Die Inflationsrate war etwas höher als das durchschnittliche Wachstum der Nominaleinkommen im hessischen Landesdienst (HLZ 10-11/2010, S. 18).

Auch vor dem Hintergrund der hessischen Finanzpolitik muss von einer angemessenen Forderung gesprochen werden: In den vergangenen Jahren trug das aktive Personal des Landes in erheblichem Maße zur Konsolidierung des Haushaltes bei. Die „bereinigten“ Personalkosten, bei denen Verzerrungen durch die Ausgliederung einzelner Bereiche wie der Hochschulen herausgerechnet wurden, sanken inflations-

bereinigt zwischen 1998 und 2008 sogar leicht. Lässt man die Versorgungsausgaben, die aufgrund von demografischen Entwicklungen besonders stark ansteigen, außen vor, dann ergibt sich im selben Zeitraum inflationsbereinigt sogar ein Minus von 5,2 %!

Darüber hinaus zog die Konjunktur 2010 spürbar an. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes betrug bundesweit inflationsbereinigt 3,5 %; für 2011 liegen die Prognosen bei 2,0 %. Das beschert auch Hessen nach der Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 10. 11. 2010 deutliche Steuermehreinnahmen von 600 Millionen Euro 2010 beziehungsweise 650 Millionen Euro im Jahr 2011.

Trotzdem ist natürlich nicht mit einer „leichten“ Tarifaufeinandersezung zu rechnen. Das Ansinnen der Gewerkschaften stieß bereits kurz nach der Veröffentlichung Mitte Dezember auf massive Ablehnung bei den Arbeitgebern. Es ist daher gut möglich, dass es zu Arbeitskampfmaßnahmen kommen wird. Mit der TdL findet die letzte und wahrscheinlich abschließende Verhandlungsrunde am 9. März 2011 statt. In den Tagen davor ist in anderen Bundesländern, aber auch in Hessen mit Arbeitskampfmaßnahmen zu rechnen.

Die Solidarität der Beamtinnen und Beamten ist unabdingbar – zur Stärkung der gemeinsamen Kampfkraft und auch im ureigenen Interesse. Angesichts laufender Verfahren wegen der Arbeitsniederlegung am 17. 11. 2009 wird die GEW Beamtinnen und Beamte eher zu Aktionen unterhalb der Ebene eines Streiks aufrufen. Die hessische Tarif- und Besoldungsrunde 2011 endet frühestens am 5. April 2011, wenn die Verhandlungs- und Tarifkommissionen der Gewerkschaften und die Vertreterinnen und Vertreter des Landes in Wiesbaden zusammenkommen.

Alle aktuellen Informationen zur Tarif- und Besoldungsrunde in Hessen findet man auf der Internetseite www.gew-hessen.de.

Rüdiger Bröhling
Tarifsekretär der GEW Hessen



Schöne neue Hochschulwelt

Die „unternehmerische Hochschule“ ist kein Phantom

In der hochschul- und wissenschaftspolitischen Debatte lässt sich seit längerem schon ein Trend erkennen, den Unternehmensbegriff auf die Hochschulen zu übertragen. Unterschiedliche hochschulpolitische Entscheidungen der letzten Jahre spiegeln den Versuch dieser Übertragung unternehmerischer Logik auf die Hochschulen wider. Dabei dient das Bild der unternehmerischen Hochschule dazu, bestimmte hochschulpolitische Reformideen und Reformen populär zu machen. Dem Bild der verkrusteten, ineffizienten staatlichen Hochschule wird das Bild der effizienten, im internationalen Wettbewerb erfolgreichen, unternehmerisch handelnden Hochschule entgegengesetzt, die den eigenen „Wissenschaftsstandort“ voranbringt.

Wenn von der unternehmerischen Hochschule die Rede ist, ist nicht gemeint, dass mir nichts dir nichts alle staatlichen hessischen Hochschulen privatisiert würden. Unternehmerische Hochschule bezeichnet ein Konzept, nach dem es politisch geboten sei, auch staatliche Hochschulen stärker an Prinzipien unternehmerischen Handelns auszurichten. Zum einen beinhaltet das die Vorstellung, Hochschulen stärker ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkülen zu unterwerfen, zum anderen dazu, einen Markt zu behaupten, über den nicht nur Forschungs- und Lehrangebote mit ihren jeweiligen Nachfragern vermittelt werden könnten, sondern auch Verwaltungsangelegenheiten und andere Dienstleistungen, die in den Hochschulen angesiedelt sind. Dadurch verändert sich einerseits das Außenverhältnis der Hochschulen gegenüber dem Staat, anderen Hochschulen und der Gesellschaft und andererseits das Innenverhältnis in Bezug auf die Selbstverwaltungsstrukturen, aber auch auf das Selbstverständnis der Lehrenden und Lernenden.

Staatliche Unterfinanzierung und Wettbewerb

Die hessischen Hochschulen sind lange schon chronisch unterfinanziert. In Ermangelung des politischen Willens der Regierenden, die nötigen Investitionen in Forschung und Lehre zu tätigen, muss ein anderer Umgang mit diesem Problem her, und das nötige ideologische Rüstzeug liefert die Idee der unternehmerischen Hochschule. Globalhaus-

halte und Erfolgsbudgets sind Ausdruck eines Denkens, mit dem sich der Staat bis an die Grenze des Möglichen schrittweise aus der Erfüllung des finanziellen Bedarfs der Hochschulen zurückzieht (HLZ S. 10). Die Hochschulen müssen mit den ihnen zugewiesenen Mitteln auskommen und werden angehalten, durch Drittmittelwerbung Finanzierungslücken zu schließen. Zudem wurde es staatlichen Hochschulen ermöglicht, sich selbst an Ausgründungen zu beteiligen und damit im eigentlichen Wortsinne unternehmerisch tätig zu werden – ein Umstand, der sicherlich noch an Bedeutung gewinnen wird. In dem Maße, in dem die Drittmittelakquise zu einem zentralen Kriterium auch staatlicher Mittelzuweisungen wird, werden Hochschulen auch zueinander in Wettbewerb gesetzt. Sehr plastisch, wenn auch aus einer anderen Perspektive, kommt das Wettbewerbsverhältnis zwischen den Hochschulen auch in den zahlreichen Hochschulrankings zum Ausdruck, deren strategische Relevanz für die Hochschulleitungen stetig zunimmt.

Partizipatives Management statt Selbstverwaltung

Auch im Innenverhältnis der Hochschulen schlägt sich das Konzept der unternehmerischen Hochschule nieder. In der Studiengebührendebatte forcierten die Befürworterinnen und Befürworter die Vorstellung, Studierende seien ja eigentlich Kunden. Die Kundeneigenschaft würde nach erfolgreicher Einführung der Studiengebühren dazu führen, dass Studierende auf einmal mehr Einfluss in der Hochschule hätten. Das ist zum einen blanker Unsinn und zum anderen auch gar nicht die Intention der politischen Akteure, wie die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) belegt: Die akademische Selbstverwaltung wurde zugunsten der Dekanate, Präsidien und Hochschulräte demontiert, und begründet wurde dies mit unternehmerischem Vokabular: Die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs auf dem Bildungsmarkt erforderten die Einführung effizienterer Entscheidungsstrukturen in den Hochschulen.

Wer Hochschulen als Unternehmen denkt, will sich offenbar demokratischere Entscheidungsstrukturen nicht mehr leisten. Beim *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) heißt das dann nicht mehr Selbstverwaltung, sondern „Partizipatives Management“.

Von der Entmachtung der Kollegialorgane sind neben den Studierenden auch die anderen Statusgruppen betroffen. Doch sie verlieren in der unternehmerischen Hochschule nicht nur Mitbestimmungsrechte, sondern ihnen wird ebenfalls ein neues Rollenverständnis zugemutet, das in der Idee kulminiert, Hochschullehrer müssten sich als „Wissenschaftsmanager“ verstehen.

Auch in der neuen W-Besoldung für Professorinnen und Professoren kommt unternehmerisches Denken zum Ausdruck (HLZ S. 16). Der akademische Mittelbau bezahlt in dieser schönen neuen Hochschulwelt die Zeche und zwar mit einer immensen Zunahme an Lehr- und Arbeitsbelas-

ZUM WEITERLESEN

- Gute Lehre und Forschung sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven sind zwei Seiten einer Medaille. Das *Templiner Manifest* der GEW kann man im Internet nachlesen und unterschreiben: www.gew.de/Templiner_Manifest.html
- Als Alternative zur „unternehmerischen Hochschule“ hat der Gewerkschaftstag der GEW 2009 ein umfangreiches wissenschaftspolitisches Programm beschlossen: www.gew.de > Suche: „Alternatives Leitbild“
- Der DGB und die Hans Böckler Stiftung haben ein *Leitbild „Demokratische und soziale Hochschule“* entwickelt: www.boeckler.de > Suche „Leitbild Hochschule“

tungen ohne langfristige Perspektive (HLZ S.11). Wer aus dieser Situation heraus aber an der Hochschule bleiben möchte, dem bleibt die Hoffnung, sich gegen andere im Wettbewerb um eine der wenigen Professuren durchzusetzen. Mit dem Templiner Manifest ist es der GEW gelungen, diese Missstände in die öffentliche Diskussion zu bringen (s. Kasten).

Wer hat, dem wird gegeben

In dem Maße, in dem Hochschulen gezwungen sind, ihre Unterfinanzierung selbst zu schultern, wird die ökonomische Verwertbarkeit von Wissen ein wichtiges Kriterium für die Frage, welche Fächer gefördert werden und welche nicht. So wird von einigen Autoren in der Hochschulforschung beklagt, dass gerade die Grundlagenforschung unter einer stärker wettbewerbsförmigen Forschungsfinanzierung leidet.

Aber auch Geisteswissenschaften sehen sich gegenüber Natur- und Lebenswissenschaften im Nachteil. Die Naturwissenschaften haben es prinzipiell leichter, Drittmittel gerade aus der Wirtschaft zu akquirieren, denn das von ihnen produzierte Wissen ist tendenziell wesentlich besser ökonomisch verwertbar. Gleichzeitig haben die Geisteswissenschaften auch bei der staatlichen Forschungsförderung das Nachsehen: So ist beispielsweise die Zahl der geisteswissenschaftlichen Exzellenzcluster und Sonderforschungsbereiche deutlich geringer als die natur- und lebenswissenschaftlicher. Die Logik, der diese Forschungsförderung im Rahmen der Exzellenzinitiative folgt, ist: Wer hat, dem wird gegeben. Dies hat auch für die gesamte deutsche Hochschullandschaft Folgen.

Sogenannte exzellente Hochschulen werden auf Dauer besser gestellt, während andere auf Dauer leer ausgehen. Langfristig führt das zu einem Zwei-Klassen-System im Hochschulwesen.

Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung

In den aktuellen hochschulpolitischen Diskussionen erfährt das Unternehmen als organisatorisches Leitbild für die Gestaltung des Innen- und Außenverhältnisses der Hochschulen einen immensen Bedeutungszuwachs. Selbst wenn Hochschulen nicht privatisiert und damit auch de facto zu Unternehmen werden, halten unternehmerische Prinzipien Einzug in die Organisation von Forschung und Lehre. Insbesondere in Bezug auf die Finanzierung von Forschung und Lehre, die Lehr- und Lernbedingungen sowie die akademische Selbstverwaltung hat diese Entwicklung negative Folgen.

DGB und GEW setzen dieser Entwicklung das Bild einer sozialen und demokratischen Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung entgegen (s. Kasten): Forscherinnen und Forscher brauchen eine die Bedürfnisse deckende öffentliche Finanzierung, die gerade auch die Produktion nicht ökonomisch verwertbaren Wissens ermöglicht. In der Hochschule Arbeitende benötigen abgesicherte Arbeitsverhältnisse als unverzichtbare Grundlage für gute Lehre und Forschung. Im gesellschaftlichen Interesse liegt eine stärkere Demokratisierung der akademischen Selbstverwaltung und nicht eine als Effizienzsteigerung daher kommende Entdemokratisierung.

Alexander Wagner



GEW-Fachtagung „Traumjob Wissenschaft?“

Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diskutieren über ihre Arbeitsbedingungen

Die Studierendenzahlen in Deutschland steigen. Die Zahl der Professuren stagniert. Die auch im Zuge der Bologna-Reform wachsenden Aufgaben der Hochschulen werden weitgehend vom wissenschaftlichen Mittelbau geschultert und das zunehmend unter prekären Beschäftigungsbedingungen. So ist besonders die Zahl der „nebenberuflich“ arbeitenden, von tariflichem Schutz ausgeschlossenen Hilfskräfte und Lehrbeauftragten gestiegen, ebenso der Anteil der befristet Beschäftigten im wissenschaftlichen Personal. Auf einen unbefristeten Wissenschaftler kamen im Jahre 2008 fast sieben Kolleginnen und Kollegen mit einem befristeten Vertrag, erläuterte Dr. Carsten Würmann vom Institut für Hochschulforschung Wittenberg auf der Fachtagung „Traumjob Wissenschaft“, die die GEW Hessen gemeinsam mit dem Mittelbauvernetzungstreffen Hessen veranstaltete. Dort diskutierten am 19. November auf dem IG-Farben-Campus in Frankfurt etwa 50 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen hessischen Universitäten und einigen Fachhochschulen über ihre Arbeitsbedingungen. Die Promovierenden Barbara Dickhaus und Holger Schoneville aus Kassel und Roman George aus Marburg stellten ihre Studie über Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor (HLZ S. 12f.). Sie zeigt, dass die Belastungen je nach Art, Umfang und Befristung des Beschäftigungsverhältnisses und des Umfangs der übertragenen Aufgaben sehr unterschiedlich sind. Marc Kaulisch vom Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ) in Bonn zeigte, dass die Arbeitsbedingungen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Niederlanden und Großbritannien wesentlich besser sind als hierzulande. Die Ergebnisse der Tagung sollen im Mittelbau-Vernetzungstreffen weiter diskutiert werden und auch als Tarifforderungen in die Arbeit der GEW einfließen.



Hochschulfinanzierung in Hessen

Verschärfte Konkurrenz durch leistungsorientierte Zuweisung

Spätestens mit der Amtsübernahme der Regierung Koch übernahm der Neoliberalismus 1999 eine dominante Position auch in der hochschulpolitischen Debatte in Hessen. Die andauernde Dominanz der neoliberalen Ideologie, trotz Finanz- und Weltwirtschaftskrise, erklärt sich aus dem Interesse der Kapitaleigner am breiten Angebot an öffentlichen Leistungen des fordistischen Wohlfahrtsstaats. Diese bieten neue Investitionsmöglichkeiten mit konstanten beziehungsweise überdurchschnittlichen Kapitalrenditen, die insbesondere aufgrund der zunehmend kapitalintensiveren Produktion und der dadurch sinkenden Kapitalrenditen (1) interessanter werden. Aus diesem Grund existiert ein hoher Druck von Unternehmen wie der Bertelsmann AG, von Unternehmerverbänden und Lobbyvertretungen zur weiteren Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Leistungen.

Die unternehmerische Hochschule, die auf wettbewerblichen Steuerungsmechanismen basiert, ist nach Ball und Youdell (2) Ausdruck dieser Entwicklung. Sie bezeichnen dieses Steuerungsmodell für Hochschulen daher als „endogene Privatisierung“. Ziel ist es, die Hochschule und die in ihr ablaufenden Prozesse dem Interesse der Kapitaleigner nach höheren Renditen unterzuordnen.

Eine Ausdrucksform dieser endogenen Privatisierung sind der Hochschulpakt und die mit ihm verbundenen Zielvereinbarungen, die das hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) alle fünf Jahre mit den Hochschulen abschließt. Quantitative Indikatoren wie die eingeworbenen Drittmittel oder die Anzahl der Studierenden in einem Fach in der Regelstudienzeit werden als Kriterien für die Leistung einer Hochschule festgelegt und in Punkten gewichtet. So gibt es beispielsweise für 1.000 Euro Drittmittel 600 Punkte. Die Indikatoren verteilen sich auf das Grund-, Innovations- und Erfolgsbudget, für die das HMWK in seinem Haushalt feste Budgets eingeplant hat.

Nach Abschluss eines Jahres ergibt sich aus der Gesamtzahl der Punkte aller Hochschulen für jede der drei Budgetarten eine feste Summe Geld für jeden Punkt, der den Hochschulen in der darauf folgenden Periode als Globalbudget zur Verfügung gestellt wird. Auf diese Weise versucht das HMWK unter den Hochschulen einen Wettbewerb um die Finanzmittel des Landes zu etablieren. Zudem können so Marktpreise für die jeweiligen Leistungen der Hochschulen, z.B. für einen Studienplatz in einem bestimmten Fach, ermittelt werden. Drittmittel werden dabei als einer der wichtigsten Indikatoren des Erfolgsbudgets besonders stark gewichtet:

„Die erfolgreiche Antragsstellung für Drittmittel und die Annahme von drittmittelfinanzierten Forschungsaufträgen können so interpretiert werden, dass die Hochschulen auf eine Nachfrage der Wissenschaft, Wirtschaft oder Gesellschaft reagieren. Mit dem Indikator wird dementsprechend ein Anreiz gesetzt, sich einer solchen Nachfrage noch deutlicher zu öffnen, (...) den Forschungsstandort zu stärken und so auch zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen.“ (3)

Aufgrund der leeren öffentlichen Kassen und der Schuldenbremse bedeutet dies, dass die Hochschulen ihre Forschung

stärker auf eine ökonomische Verwertung ausrichten müssen, wenn sie Drittmittel als „zusätzliche Finanzierungsquellen“ nutzen wollen, da sie nur so den Bedürfnissen von privaten Drittmittelgebern entsprechen können. Dieser Druck wird durch den Wettbewerb um die öffentlichen Mittel verstärkt, die in großem Maße vom Drittmittelvolumen abhängen (4).

Derzeit sind die öffentlichen Haushalte mit einem Anteil von fast 70 % der größte Drittmittelgeber für die deutschen Hochschulen. Ökonomische Zielsetzungen sind auch hier dominant. So hat das LOEWE-Programm (5), das zur Zeit größte hessische Programm zur Forschungsförderung, die Zielsetzung der Lissabon-Strategie, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Steigerung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, übernommen. Diesem Programm stehen in den kommenden vier Jahren mehr als 90 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, während die hessischen Hochschulen im selben Zeitraum 34 Millionen pro Jahr einsparen müssen.

Ein weiterer Hinweis auf die Ökonomisierung der Hochschulen ist die Förderung von Privathochschulen. Insbesondere die Summe von 30 Millionen Euro, die das HMWK und die Stadt Wiesbaden in den kommenden Jahren für den Bau der juristischen Fakultät der privaten *European Business School* (EBS) bereitstellen, belegt, dass es ein starkes Interesse an deren Etablierung gibt. Öffentliche Zuschüsse an private Hochschulen werden vor allem deshalb gewährt, weil ein kostendeckender Betrieb solcher Einrichtungen bisher kaum möglich war. Aufgrund des vorhandenen öffentlichen Angebots an Hochschulbildung ist die Nachfrage nach entsprechend teuren privaten Hochschulen sehr gering (6).

Fazit: Die Hochschulfinanzierung in Hessen stärkt das Modell der unternehmerischen Hochschule. Durch den Abbau des Grundbudgets zugunsten der leistungsorientierten Mittelzuweisungen wird der Wettbewerb zwischen den Hochschulen verstärkt. Gleichzeitig scheint aber auch der Widerstand gegen diesen Umbau des Hochschulsystems zu wachsen. Die Abschaffung der Studienbeiträge in Hessen zeigt, dass solche Entwicklungen nicht unumkehrbar sind.

Henrik Piltz

(1) Schmalwasser, O. und Schidlowski, M.: Kapitalstockrechnung in Deutschland; in: *Wirtschaft und Statistik* 11/2006, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

(2) Ball, S. und Youdell, D.: *Hidden Privatisation in Public Education*, Brüssel 2007

(3) Jaeger, M. und in der Smitten, S.: *Evaluation der leistungsbezogenen Mittelvergabe an die Berliner Hochschulen*, HIS: Forum Hochschule 1/2009

(4) Schui, H.: *Neoliberalismus und Bildung*, Wie die Wettbewerbs-Ideologie die Hochschulen neu ausrichtet; in: Gützkow, F. und Quaißer, G.: *Jahrbuch Hochschule Gestalten* 2007/2008, Bielefeld.

(5) *Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz*

(6) Kaphegyi, T. und Quaißer, G.: *Privatisierung von Bildung*, in: Eicker-Wolf, K. und Thöne, U.: *An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen*. Bildungsk Ausgaben, öffentliche Haushalte und Schuldenbremse, Marburg 2010

Pekäre Hochschule



Miese Arbeitsbedingungen an Hochschulen

Entgegen aller bildungspolitischen Programmatik werden Bildung und Wissenschaft nicht mit jenen Mitteln ausgestattet, die sie für ihre gesellschaftliche Funktion eigentlich benötigen. Diese Aussage ist heute so wahr, wie sie es vor zehn, zwanzig oder vierzig Jahren war. Was politisch Anfang der 1980er Jahre mit den Plänen zur Privatisierung der Staatsbetriebe Post und Bahn begann, ist heute voll im Bildungsbereich angekommen. Von vorschulischer über schulische und berufliche Bildung bis hin zu Studium und Weiterbildung ist Bildung als „lebenslanges Lernen“ ein lukrativer Bildungsmarkt geworden, und die unternehmerische Hochschule wird gegen alle Widerstände eingeführt. Doch Bildung ist *per definitionem* kein Produkt, sondern kann nur durch gravierende Verengung und Verkürzung dazu gemacht werden.

Die Hochschulen bieten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern heute keine verlässliche berufliche Perspektive, sondern „Ausbildungs“-Zeiten von zehn bis 20 Jahren, zahlreiche befristete Teilzeitbeschäftigungen, die teilweise nur monatsweise verlängert werden, Phasen unbezahlter Lehraufträge und Arbeitslosigkeit und nur für zehn Prozent der Interessierten eine Chance auf einen dauerhaften Verbleib im Beruf. In vielen Disziplinen sind „Drittel- und Viertelstellen keine Ausnahme mehr und Verträge werden auf Monatsbasis verlängert“ (1).

21.000 Professuren stehen 123.000 hauptamtliche und 43.000 nebenamtliche wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber (2), die zu 75% befristet beschäftigt sind. An amerikanischen Universitäten haben dagegen „77 Prozent des wissenschaftlichen Personals eine Professorenstelle“ (3). Für die allermeisten wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an deutschen Hochschulen sieht es ganz anders aus:

- Sie haben kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse, oft nur über wenige Semester.
- Es gilt eine Gesamtbefristung von zwölf Jahren mit anschließendem Beschäftigungsverbot, wenn die Qualifikation (Promotion oder Habilitation) noch nicht vorliegt.
- Für alle Statusgruppen gibt es viel zu wenige Stellen.

Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen sich permanent als wissenschaftliche Ich-AG vermarkten – mit negativen Folgen für die eigene Bildung (Forschung) und die der Studierenden (Lehre). Die Auswirkungen befristeter Beschäftigung sind an den Hochschulen spürbar:

- Die wenigsten können sich auf ein zweijähriges Mandat im Fachbereichsrat oder im Senat einlassen, wenn zwischenzeitlich ihr Vertrag nicht verlängert wird.
- Verlässliche Arbeitszusammenhänge sind auch in der Forschung nur möglich, wenn diese auch unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis, also auch während einer Arbeitslosigkeit, fortgesetzt werden können. Forschung wird sonst der Privatsphäre zugeteilt und ent-öffentlichet.
- Die Orientierung im Grundstudium, die Spezialisierung im Hauptstudium, die abschließenden

Prüfungen und die Abschlussarbeit können nicht verlässlich begleitet und betreut werden, weil die Dozentinnen und Dozenten schon wieder weg sind, wenn der nächste Schritt im Studium ansteht. Mit ihnen verschwinden auch spezifische Inhalte, Arbeitsweisen, Seminarkulturen und Methoden. Schließlich erbringt der so genannte Mittelbau von Hilfskräften bis zu habilitierten Privatdozentinnen und -dozenten den größten Anteil der Lehre an deutschen Hochschulen.

Die „unternehmerische Hochschule“ ist schon jetzt bis in feinste Gliederungen des Arbeitsalltages von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von Konkurrenz und Prekarität geprägt. Prekarität als „Entzug von Perspektiven, Lebensentwurfsmöglichkeiten und Hoffnungen“ ist eine „neue Herrschaftsform“ (4), die das unternehmerische Risiko auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überträgt, ohne sie gleichzeitig mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten und sie so zu Unternehmern ihrer selbst macht.

Prekarität ist eines der wichtigsten und nachhaltigsten Instrumente zur Steigerung von Konkurrenz, sozialer Selektion und der Ökonomisierung von Bildung. Dabei hat sich bereits jetzt erwiesen, dass sich damit ein für Bildung und Wissenschaft ruinöser Wettbewerb etabliert hat. Forschungs- und Lehrprojekte, die nicht zu Ende geführt werden können, der ständige Aufbau neuer Strukturen (Netzwerke, Arbeitsgruppen, Ausschüsse) mit wechselnder Besetzung und der *brain-drain* in Nachbarländer sind nur einige Beispiele für die hohen Verluste, die mit der Prekarität einhergehen.

Im harten Kampf um die Ressourcen wird es auch schwer sein, die ohnehin wenig reputierten Lehramtsstudiengänge weiterzuentwickeln. Insbesondere die Fachdidaktiken als wichtiges Bindeglied zwischen theoretisch-fachwissenschaftlicher Ausbildung und der Reflexion schulischer Praxis leiden unter Nachwuchsmangel. Angesichts gewichtiger politischer und gesellschaftlicher Prozesse – von der Finanzkrise über wachsende soziale Ungleichheit und ökologische Probleme bis zum Umbau des Bildungssystems – brauchen gerade Schulen eine bessere und keine kurzfristigere und prekäre Lehramtsbildung. Und die Hochschulen brauchen mehr unbefristete Stellen und demokratische, statt unternehmerische Strukturen.

Christoph Bauer



Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt. Ausführlicher zur Thematik: „Prekäre Arbeitsbedingungen in Lehre und Forschung“, in: Hochschule im Neoliberalismus. Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender, als PDF verfügbar unter http://bildungsstreik-ffm.de/cms/?page_id=939

(1) Matthias Neis und Jürgen Rubelt: Wissenschaftliches Prekariat an Hochschulen. ver.di, Berlin 2010, S.10

(2) Statistisches Bundesamt: Hochschulstandort Deutschland 2009. Wiesbaden 2009

(3) Richard Münch: Schafft den Mittelbau ab!, <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=1271>

(4) Pierre Bourdieu: Prekarität ist überall, in: ders. (Hg.): Gegenfeuer. UVK, Konstanz 1998, S. 96–105



Traumjob oder Albtraum?

Arbeitsbedingungen junger Wissenschaftler

Der „akademische Mittelbau“ steht selten im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Erst in jüngerer Zeit rücken Berichte über die Arbeitsbedingungen des Mittelbaus ins Licht der medialen Öffentlichkeit. Der akademische Mittelbau stellt mit über 70 % den größten Teil aller wissenschaftlich Beschäftigten im Hochschulsystem. Konzeptionell ist die Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter, als Assistentin, wissenschaftliche Hilfskraft oder Lehrkraft für besondere Aufgaben eine Zwischenstation auf dem Weg zur Professur. Dieser Logik folgend ist der Mittelbau in der Regel befristet beschäftigt, häufig sogar nur auf Teilzeitstellen und genießt keine wissenschaftliche Selbstständigkeit. Zu den zentralen Aufgaben des Mittelbaus gehört neben der Lehrtätigkeit und der Übernahme von administrativen Tätigkeiten in einem Fachgebiet auch, ein eigenständiges Forschungsprojekt durchzuführen, mit dem eine wissenschaftliche Qualifizierung erlangt wird. In der Regel ist dies die Promotion oder Habilitation.

Knappe Hochschulfinanzen und die neue Hochschulgesetzgebung stehen im Verdacht, die Arbeitsbedingungen verschlechtert zu haben. Vor diesem Hintergrund ist im Kontext des hessischen Mittelbauvernichtungstreffens ein Projekt entstanden, das sich mit der Arbeitsrealität des Mittelbaus befasst. In diesem Rahmen haben wir danach gefragt, wie viel Zeit die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für welche Tätigkeiten verwenden und ob sie diese Tätigkeit als „Erwerbsarbeit“, „Eigenqualifikation“ oder „Freizeit“ kategorisieren. Im Zentrum stand dabei die Dokumentation einer typischen Arbeitswoche im Sinne eines „Arbeitstagebuches“. Zur Einschätzung der Arbeitsbedingungen durch die Befragten wurde nach der Zufriedenheit mit den Tagesverläufen und der beruflichen Situation gefragt. Bei den daraus entstandenen Mittelbauporträts geht es weniger um eine repräsentative, als vielmehr um eine exemplarische Darstellung des Arbeitsalltags von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Insgesamt haben wir dazu zehn Porträts aus verschiedenen Disziplinen, Hochschulen und unterschiedlichen Anstellungsverhältnissen ausgewertet. Jenseits der sehr eindrücklichen einzelnen Porträts zeigen sich einige Aspekte, die auch mit Blick auf andere quantitative Studien zu diesem Thema (HLZ S.14) darauf

schließen lassen, dass der Arbeitsalltag der Befragten durchaus typisch ist für die Arbeitsbedingungen junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die wesentlichen qualitativen Befunde möchten wir im Sinne eines Werkstattberichts in einer kurzen Übersicht im Folgenden darstellen.

Entgrenzung der Arbeit

Die Arbeit des Mittelbaus ist hoch flexibel. Dies äußert sich in einer räumlichen, zeitlichen und inhaltlichen Entgrenzung: So ist es normal, auch zu Hause zu arbeiten. Damit ist die Arbeitszeit nicht an die Präsenz an der Hochschule gebunden. Häufig kommt es vor, dass beispielsweise während des Frühstücks dringende E-Mails gelesen werden. Auch samstags und sonntags wird zumeist einige Stunden gearbeitet. Auch am Arbeitsplatz gehen Freizeit und Erwerbsarbeit oft ineinander über, wenn beispielsweise während des Mittagessens ein Dienstgespräch geführt wird. Einerseits wird diese Flexibilität geschätzt, andererseits scheint die Entgrenzung der Arbeit aus dem klar sozial und räumlich definierten Erwerbsarbeitskontext hinaus auch eine Ursache für die vielen Überstunden zu sein. Auffallend ist, dass alle Befragten eine Gesamtarbeitszeit aus Erwerbsarbeit und Eigenqualifizierung oberhalb der vertraglichen Arbeitszeit dokumentierten. Die höchste Gesamtarbeitszeit erreichte eine Lehrkraft für besondere Aufgaben, die mit 83 Arbeitsstunden ihre vertragliche Arbeitszeit um das Doppelte übertraf. Diese extrem hohe Stundenzahl liegt auch in unserem Sampling am oberen Rand. Wöchentliche Arbeitszeiten in der Größenordnung von 60 bis 70 Stunden gehören jedoch durchaus zur beruflichen Wirklichkeit des Mittelbaus.

Forschung als „Privatvergnügen“

In den einzelnen Porträts wird deutlich, dass insbesondere für die Durchführung des eigenständigen Forschungsprojekts, meist im Rahmen der Promotion, wenig Zeit bleibt. Mehr noch: Die wissenschaftliche Qualifikation kann nur durch eine hohe Zahl an Überstunden realisiert werden. Selbst die beruflichen Aufgaben jenseits der Eigenqualifizierung über-

Richter löckt gegen Friststachel

Manchmal sticht auch ein Richter in einen hochschulischen Missstand. Das Marburger Arbeitsgericht hat am 26. 11. 2010 die Kündigung eines Wissenschaftlers in der Probezeit beanstandet, der nach drei Jahren Landesdienst im Fachbereich Psychologie der Gießener Universität an die Klinik für Psychotherapie der Philipps-Universität wechselte - nicht im privaten Klinikum. Es müsse der Arbeitgeber Land sich bei der Anschlussbeschäftigung an der einen Universität an die erfolgreiche Probezeit damals an der anderen halten. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Zu erwarten ist, dass der Arbeitgeber Berufung einlegt und dass die Landespolitik

noch stärker dazu neigt, alsbald weiteren Universitäten über die in Darmstadt und Frankfurt/Main hinaus die Personalhoheit zu übertragen. Bundesweit ist nur etwa ein Fünftel der wissenschaftlichen Mitarbeiter fristfrei beschäftigt. An der Universität Marburg berichtete der Personalrat Anfang Dezember, dass in den letzten zwölf ausgewerteten Monaten 98,5% von 1.384 Arbeitsverträgen für Wissenschaftler befristet wurden, meistens auf höchstens halben Stellen. Beim Verwaltungs- und Technikpersonal hat die Universität 223 von 274 Verträgen befristet.

Ulrich J. Heinz

schritten bei acht der Befragten die vertragliche Arbeitszeit. Dies war auch bei einem großen Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Qualifikationsstellen der Fall: Hier schreibt das Hessische Hochschulgesetz eigentlich vor, dass ein Drittel der vertraglichen Arbeitszeit der Eigenqualifikation dienen soll. Gerade die unterschiedlichen Formen der Teilzeitbeschäftigung führen dazu, dass die Eigenqualifikation und ein Teil der sonstigen Erwerbsarbeit im Rahmen von Überstunden stattfinden. Die hohe Zahl an Überstunden wird jedoch in der Regel nicht ausgeglichen. Faktisch wird damit die Forschungsleistung im Rahmen der Qualifikationsarbeit zum „Privatvergnügen“.

Schwierigkeiten der Work-Life-Balance

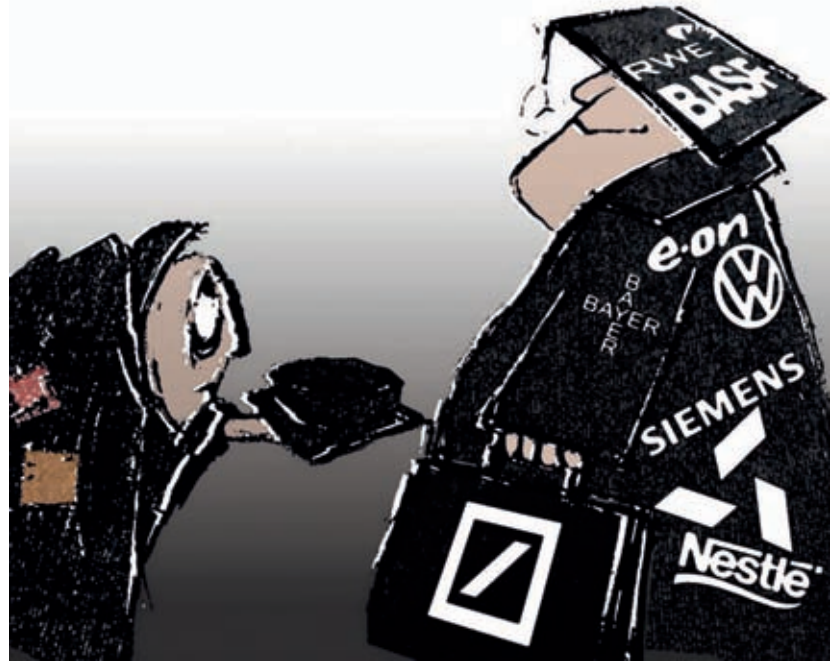
Ein besonderes Interesse galt auch der Frage: Wie vereinbaren junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berufliche Anforderungen, Qualifikationsdruck und Privatleben? Die Arbeitstagebücher zeigen, dass wegen der langen Arbeitszeiten nur wenig Zeit für soziale Beziehungen, Familie, Hausarbeit und Freizeit bleibt. Insbesondere für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit sozialen und familiären Verpflichtungen wird dies zur Herausforderung. Ein Befragter mit Kindern war gleichzeitig derjenige mit den wenigsten Überstunden. Seine Tage waren deutlich stärker strukturiert, Arbeits- und Privatleben deutlicher voneinander abgegrenzt. In der von ihm protokollierten Woche fand er jedoch keine Zeit, um an seiner Promotion zu arbeiten. Seine Chancen, unter den gegebenen Bedingungen seine geplante Doktorarbeit fertigzustellen und sich damit weitere Zukunftsperspektiven in der Wissenschaft zu eröffnen, schätzte er dementsprechend als sehr gering ein. Umgekehrt stellte eine Wissenschaftlerin mit extrem hohen beruflichen Anforderungen fest: „Privatleben ist bei diesem Job nicht möglich, Kinder haben schon gar nicht!“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Familie drohen auf das Abstellgleis des wissenschaftlichen Karrieresystems zu geraten.

Unsichere Beschäftigungs- und Lebensperspektiven

Auch die von uns befragten Beschäftigten haben alle befristete Verträge mit Laufzeiten von sechs Monaten bis zu vier Jahren. Gleichzeitig gehören Teilzeitstellen – insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften – zur Berufsrealität. Gelegentlich werden diese durch zusätzliche Stundenkontingente aus Drittmitteln oder Lehrsondermitteln ergänzt. Die Beschäftigungsbedingungen bieten demnach keine Möglichkeit, langfristig zu planen und stellen beispielsweise im Fall von äußerst prekär beschäftigten wissenschaftlichen Hilfskräften keine angemessene materielle Basis für die Promotion oder Habilitation dar. Die Qualifikation erfolgt hier vor einem unsicheren Beschäftigungshintergrund und mit unklaren beruflichen Perspektiven.

„Viel arbeiten, aber Spaß daran haben“

Dennoch sind die Berichte von einer hohen Gesamtzufriedenheit geprägt: „Viel arbeiten, aber Spaß daran haben“, schreibt einer der Befragten. Es scheint, dass sich die Beschäftigten des akademischen Mittelbaus häufig im hohen Maße mit ihren Arbeitsinhalten identifizieren, Spaß an der Sache haben und sich mit hohem Engagement sowie enormen Leistungen in die wissenschaftliche Arbeit stürzen. Die ausufernden Arbeits-



anforderungen, unsichere Beschäftigungsbedingungen sowie eventuell fehlende Zukunftsperspektiven werden dafür in Kauf genommen. Insbesondere die befragten Lehrkräfte für besondere Aufgaben nahmen das von ihnen zu leistende hohe Lehrpensum und die damit zusammenhängenden Betreuungsleistungen angesichts der fehlenden langfristigen beruflichen Perspektiven als sehr belastend wahr.

Roman George, Barbara Junge und Holger Schoneville

Roman George ist Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und promoviert an der Philipps-Universität Marburg. *Barbara Junge (geb. Dickhaus)* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Globalisierung & Politik an der Universität Kassel. *Holger Schoneville* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit & außerschulische Bildung an der Universität Kassel

(1) Jaksztat, Steffen/Schindler, Nora/Briedis, Kolja): Wissenschaftliche Karrieren. Beschäftigungsbedingungen, berufliche Orientierung und Kompetenzen des wissenschaftlichen Nachwuchses, HIS Forum Hochschule 14/2010, Hannover sowie Grün, Dieter/Hecht, Heidemarie/Rubelt, Jürgen/Schmidt, Boris: Der wissenschaftliche „Mittelbau“ an deutschen Hochschulen. Zwischen Karriereaussichten und Abbruch-tendenzen, Berlin 2009

Mittelbauvernetzungs-treffen

Das hessische Mittelbauvernetzungs-treffen ist ein Zusammenschluss junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Hessen, die eine gewerkschaftliche Nähe aufweisen und zum Teil Mitglieder in Gewerkschaften sind. Es hat sich 2009 vor dem Hintergrund der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes konstituiert und versteht sich als ein Forum für den Austausch zwischen wissenschaftlichen Beschäftigten sowie zur öffentlichen Thematisierung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in Hessen. Vor diesem Hintergrund bezieht es kritisch Stellung zur aktuellen Hochschulpolitik. Sein wesentliches Anliegen ist die Verbesserung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen des Mittelbaus. Es trifft sich in regelmäßigen Abständen und kommuniziert unter anderem über eine offene Diskussionsliste (Anmeldung: <http://lists.gew-landesverband-hessen.de/mailman/listinfo/mittelbauvernetzung>)

Studien zum wissenschaftlichen Mittelbau

Dieter Grünh, Heidemarie Hecht, Jürgen Rubelt und Boris Schmidt: Der wissenschaftliche „Mittelbau“ an deutschen Hochschulen. Zwischen Karriereaussichten und Abbruch-tendenzen. 2009.

Die von ver.di herausgegebene Studie beschäftigt sich mit Beschäftigungssituation, Arbeitszufriedenheit, Zukunftserwartungen und Einstellungen zu Gewerkschaften und Personalräten bei Promovierenden. Die Studie zeigt, dass wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vielfach deutlich mehr als in ihren Arbeitsverträgen vereinbart arbeiten und ihnen zu wenig Zeit für die Promotion zur Verfügung steht.

Die objektiv prekäre Situation der befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird allerdings aufgrund der hohen Identifikation mit der Arbeit überwiegend nicht als solche empfunden. Die Studie macht dennoch deutlich, dass es an den Hochschulen ein hohes Potenzial für gewerkschaftliche Aktivitäten bei Promovierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gibt.

Ulf Banscherus, Klaus Dörre, Matthias Neis und André Wolter: Arbeitsplatz Hochschule. Zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität“. 2009

Die Studie von ver.di und Friedrich-Ebert-Stiftung reflektiert die veränderten Arbeitsbedingungen angesichts der Umstrukturierung zur unternehmerischen Hochschule. Die akademische Wissensproduktion ist zunehmend zu einem kollektiven Arbeitsprozess geworden. Universitäten und Fachhochschulen sind daher zwingend darauf angewiesen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten insgesamt positiv zu gestalten.

Dazu werden verschiedene Vorschläge in der Studie gemacht und diskutiert, wie zum Beispiel die Entwicklung neuer Tätigkeitszuschnitte und Berufsbilder, die Stärkung der Mitarbeiterpartizipation sowie „Gute Arbeit“ zum Leistungsparameter der Hochschulen zu machen.

Roland Bloch und Anke Burkhardt: Arbeitsplatz Hochschule und Forschung für wissenschaftliches Personal und Nachwuchskräfte. 2010

Die GEW-Kolleginnen und Kollegen analysieren im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung detailliert Umfang und Struktur des Hochschulpersonals, den Umfang von Befristung, Teilzeitarbeit und Drittmittelfinanzierung an deutschen Hochschulen. Besonders verdienstvoll ist zudem die in der Studie vorgenommene Auswertung und Analyse der bestehenden Lehrverpflichtungsverordnungen. Sie unterbreiten Vorschläge, wie die Lehre an den Hochschulen aufgewertet werden kann. Mit Blick auf die Lehrverpflichtung wird unter anderem vorgeschlagen, den Lehraufwand neu zu bewerten und den tatsächlichen zeitlichen Aufwand für Vor- und Nachbereitung, Prüfungen, Beratung und Betreuung anzuerkennen.

Steffen Jaksztat, Nora Schindler, Kolja Briedis: Wissenschaftliche Karrieren, Beschäftigungsbedingungen, berufliche Orientierungen und Kompetenzen des wissenschaftlichen Nachwuchses. 2010

Die Forscherinnen der Hochschul Informations System GmbH (HIS) haben im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine standardisierte Online-Befragung zur beruflichen Situation von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern durchgeführt. Sie kommen zu den anderen Studien vergleichbaren Befunden: hoher Anteil von Teilzeit und Befristung, schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unklare Berufsperspektiven. Die Studie stellt insgesamt stärker auf eine individualisierende Laufbahnberatung und den Erwerb von Kompetenzen ab, die auch außerhalb der Hochschule verwertbar wären. Sie kann aber dennoch als gute Ergänzung zu den gewerkschaftlichen Studien gelesen werden, weil sie deren Befunde hinsichtlich der Probleme wissenschaftlicher Karrieren weitestgehend bestätigt.

Auf der Homepage der GEW Hessen findet man diesen Beitrag mit den Links zu den vorgestellten Publikationen (www.gew-hessen.de > Publikationen > HLZ).

Verfassungsgericht stärkt akademische Selbstverwaltung

In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Juli 2010, das Ende des Jahres per Pressemitteilung bekannt gemacht wurde, stellte der Erste Senat folgendes fest:

„Das Gesamtgefüge der Hochschulverfassung kann insbesondere dann verfassungswidrig sein, wenn dem Leitungsorgan substantielle personelle und sachliche Entscheidungsbefugnisse im wissenschaftsrelevanten Bereich zugewiesen werden, dem mit Hochschullehrern besetzten Vertretungsgremium im Verhältnis hierzu jedoch kaum Kompetenzen und auch keine maßgeblichen Mitwirkungs- und Kontrollrechte verbleiben.“

Das BVerfG ließ damit die Verfassungsbeschwerde eines Hamburger Professors gegen die Paragraphen 90 und 91

des Hamburgischen Hochschulgesetzes teilweise zu, die 2001 die Fakultätsräte zugunsten der Dekanate weitgehend entmachtet haben. Der Kläger sieht durch diesen Umstand das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit verletzt. Das BVerfG schloss sich dieser Meinung im Kern an und stellte zudem fest:

„Der Gesetzgeber muss daher ein hinreichendes Niveau der Partizipation der Grundrechtsträger gewährleisten.“

Welche Bedeutung das Urteil für eine juristische Auseinandersetzung um entsprechende Paragraphen etwa im Hessischen Hochschulgesetz hat, muss noch geprüft werden. (BVerfG, 1 BvR 748/06 vom 20. 7. 2010)

Kriegsforschung oder Zivilklausel?

Gibt es geheime Kriegsforschung an öffentlichen Hochschulen in Deutschland? „Die Rolle der Hochschulen in der staatlich geförderten Rüstungs- und militärrelevanten Sicherheitsforschung“ wird jedenfalls als Verschlussache eingestuft, so die Antwort der Bundesregierung auf eine gleich lautende Anfrage aus dem Bundestag im Oktober 2010 (1). An öffentlichen Hochschulen wird in zunehmendem Maße Forschung für den Krieg betrieben. Die Geheimhaltungspflicht stellt eine neue Dimension in der Militarisierung von Gesellschaft und Hochschulen dar. Deutsche Soldaten sind weltweit an Kriegen beteiligt, und aktuell diskutierte Reformen der Bundeswehr haben das Ziel, diese Einsatzfähigkeit noch auszubauen. Militärische Hilfsaufgaben werden dabei in die zivile Gesellschaft ausgelagert. Gleichzeitig soll die Akzeptanz für die deutsche Beteiligung in weltweiten Kriegen gefördert werden. Staatlich geförderte Forschungsprojekte spielen für diese Ziele eine wichtige Rolle und die Kürzung von Hochschuletats macht die Fachbereiche abhängig von Drittmitteln – auch aus dem Verteidigungsministerium.

Mit diesem Thema beschäftigte sich die GEW-Studierendengruppe Frankfurt bereits im Sommer. An einer Podiumsdiskussion „Stoppt Kriegsforschung an den Hochschulen – Bundeswehr raus aus den Schulen“ nahmen am 30. Juni 2010 über 200 Menschen teil (HLZ 10-11/2010).

Eine konkrete Handlungsoption besteht zum Beispiel in der Aufstellung einer Zivilklausel, in der sich eine Hochschule zu rein friedlicher Forschung verpflichtet. Zur Folgetagung „Kriegsforschung oder Zivilklausel?“ kamen am 20. November 2010 rund 100 Menschen in die Fachhochschule Frankfurt. Veranstaltet wurde sie von der GEW-Studierendengruppe, vom Landesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (LASS) und der Landesastenkonzferenz. Die Eröffnungsreferate vermittelten einen Überblick über die Militarisierung der Gesellschaft und der Hochschulen und die aktuell stattfindende Kriegsforschung an deutschen Hochschulen. Diese Bestandsaufnahme ist extrem schwierig, weil die Universitäten ihre Drittmittelgeber nicht entsprechend aufschlüsseln und die Ausgaben des Verteidigungsministeriums der Geheimhaltung unterliegen. Dennoch können viele Kriegsforschungsprojekte belegt werden. In der Diskussion kamen Berichte und Beispiele aus den Hochschulen Frankfurt, Gießen, Marburg oder Köln dazu. Der zweite Teil der Tagung stand im Zeichen konkreter Handlungs- und Widerstandsmöglichkeiten. Karlsruher Studenten berichteten von ihrer Kampagne für die Ausweitung der am Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) geltenden Zivilklausel auf das neue Karlsruher Institut für Technologie (KIT). An diesem aus der Fusion von FZK und Hochschule entstandenen Institut setzen sich Studierende und Beschäftigte für eine einheitliche Festschreibung friedlicher Forschung und Lehre ein. Eine Urabstimmung unter allen Studierenden hat diese Haltung bekräftigt.

In Tübingen haben Studierende erreicht, dass sich die Universität in ihrer Grundordnung rein friedlichen Zielen verpflichtet. Der „Arbeitskreis Universität in ziviler Verantwortung Tübingen“ konnte von der Arbeit berichten, die die Umsetzung einer Zivilklausel im Alltag erfordert. Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender am FZK, verwies auf den Appell des *International Network of Engineers and*

Scientists for Global Responsibility (INES) gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke, den neben dem Bürgermeister von Hiroshima bislang vier Nobelpreisträger unterzeichnet haben. Die GEW-Kollegen *Lothar Letsche* und *Ulrich Heinz* gingen auf rechtliche Aspekte der Debatte ein. Eine Zivilklausel widerspreche keineswegs der Wissenschaftsfreiheit, sondern sei Ausdruck der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes, so der Frankfurter Staatsrechtler *Erhard Denninger* in einem Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (2).

Ein Bündnis aus Gewerkschaften und Friedensorganisationen bereitet zur Zeit einen großen Friedenskongress „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel“ im Mai in Braunschweig vor. Informationen zur Tagung findet man unter *antimilffm.blogspot.de*. Wer Interesse am Thema Militarisierung von Schule und Hochschule hat, kann sich unter *ciao.bundeswehr@yahoo.de* bei der GEW-Studierendengruppe Frankfurt melden.

(1) Die Antwort unter anderem auf die Frage, welche Hochschulen seit 2000 Drittmittelzuwendungen des Bundesverteidigungsministeriums erhalten haben, wurde von der Bundesregierung als Verschlussache „nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft: „Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.“ > <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703337.pdf>

(2) www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf

Keine Zusammenarbeit mit Rüstungsindustrie und Militär

Für zivile und humane Wissenschaft



Käthe Kollwitz, „Nie wieder Krieg“, 1924.

Abstimmung über eine Zivilklausel

Über folgenden Text wird während der studentischen Wahlen vom 13. bis 17. Dezember 2010 abgestimmt:

Ich spreche mich dafür aus, dass folgender Passus in die Grundordnung der Universität zu Köln in den Paragraphen 2 „Hochschulaufgaben“, Punkt 1, aufgenommen wird:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

X Ja zur
Zivilklausel!

www.zivilklausel.uni-koeln.de

Ungerecht und intransparent

Massive Gehaltsabsenkung bei Professuren in Hessen

Die Einführung der leistungsbezogenen W-Besoldung für Hochschullehrerinnen und -lehrer ist weiterhin umstritten. Ein von der GEW Hessen erarbeiteter und von der SPD eingebrachter Berichtsantrag im Landtag (Drucksache 18/1418) hat nun die Probleme und grundlegenden Mängel der W-Besoldung offenbart. So zeigen die Antworten der Landesregierung auf den Berichtsantrag vom 11. Februar 2010 eindrücklich, dass die W-Besoldung für Professorinnen und Professoren insgesamt ein massives Gehaltsabsenkungsprogramm bedeutet. Festzustellen ist zudem eine enorme Intransparenz und zwar sowohl bei der Einrichtung von W2- oder W3-Professuren als auch bei den Zulagen bei den Berufungsverhandlungen und den Leistungszulagen.

Ob die Hochschulen und in welchem Umfang sie W3- oder für sie kostengünstigere W2-Professuren einrichten, scheint letztlich willkürlich beziehungsweise primär nach Kassenlage entschieden zu werden. Während beispielsweise in den Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt zwölf W3-Professuren und drei W2-Professuren geschaffen wurden, gibt es an der Universität Gießen im vergleichbaren Fachbereich zehn W3-Stellen und acht W2-Professuren. An der Universität Kassel gibt es sogar insgesamt mehr „billige“ W2- als W3-Professuren.

Fraglich ist, ob es überhaupt inhaltlich überzeugende Kriterien für das Zwei-Klassensystem geben kann. Die Anforderungen in Forschung und Lehre sind auf jeden Fall dieselben. Auch die von den Hochschulen angegebenen Kriterien für die Einrichtung von W2- oder W3-Professuren zeigen keine überzeugende inhaltliche Systematik: Ausstat-

tung der Professur, Nachbesetzung bisheriger C-Stellen, Strukturentscheidung der Hochschulleitung, Profil und Schwerpunktbildung im Fach und Einschätzung des Bewerberpotenzials. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist die strukturelle Benachteiligung von Fachhochschulprofessuren, die grundsätzlich nach W2 besoldet werden.

Durch die Einführung der W-Besoldung werden insbesondere Frauen benachteiligt, da sie tendenziell eine deutlich geringere Besoldung erhalten. Dies gilt mit wenigen Ausnahmen für alle Hochschulen und alle Fächer. Zudem ist eine starke Differenzierung zwischen den Hochschulen festzustellen. Die Bezahlung erfolgt weniger nach Leistung als vielmehr vor allem nach finanzieller Stärke der Hochschule, zum Teil auch nach Marktlage der Bewerberinnen und Bewerber sowie der Fächer.

Die W-Besoldung sollte ihrem Anspruch nach zu einer strukturell anderen Verteilung bei der Professorenbezahlung und nicht zu einer Besoldungsabsenkung in der Breite führen. Die Ergebnisse des Berichtsantrags zeigen jedoch eindrücklich, dass genau dies der Fall ist: Die Antwort der Universität Gießen zeigt, dass von 50 Personen, die im Jahr 2008 nach der Besoldungsgruppe W3 vergütet wurden, 10 Prozent mindestens 10 Prozent mehr und 60 Prozent mindestens 10 Prozent weniger als die durchschnittliche Bezügehöhe in der Besoldungsgruppe C4 der alten Besoldungsordnung erhielten. Damit zusammenhängend zeigt sich, dass der den Hochschulen für die W-Besoldung zur Verfügung stehende Vergaberahmen überwiegend nicht ausgeschöpft wird. So gibt die Universität Kassel an, dass im Jahr 2008 der Vergaberahmen lediglich zu 87,7 Prozent erreicht wurde. Unklar bleibt, wie die Hochschulen die nicht ausgeschöpften, aber für die Besoldung vorgesehenen Gelder aus dem Vergaberahmen verwenden.

Die Landesregierung hat bisher aus diesen deutlichen Befunden keine Konsequenzen für die W-Besoldung an den Hochschulen gezogen. In einer weiteren Anfrage soll die Landesregierung nun aufgefordert werden, die Angaben zur Besoldung zu konkretisieren sowie Antworten auf die strukturellen Defizite zu geben.

Eine Reform der W-Besoldung ist dringend erforderlich, die sich von der intransparenten und ungerechten Leistungsbezahlung verabschiedet, das Besoldungsdumping bei den Professorinnen und Professoren beendet und ein einheitliches Professorenamt schafft. Bei der Vertrauensdozentenkonferenz der Hans-Böckler-Stiftung im Oktober 2010 in Köln haben sich die anwesenden Professorinnen und Professoren ebenfalls mit der W-Besoldung befasst und sich bereit erklärt, die Positionierung der Gewerkschaften zur W-Besoldung zu unterstützen. Vergleichbare Anfragen wie die in Hessen sollen auch in den anderen Bundesländern gestartet werden. Das Thema W-Besoldung bleibt an den Hochschulen und für die GEW ein aktuelles Thema.

Carmen Ludwig, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen



Gemeinsam handeln

Die Tarif- und Besoldungsrunde 2011 an den hessischen Hochschulen

Für die Beschäftigten im hessischen Landesdienst, an der Goethe-Universität Frankfurt, der TU Darmstadt und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beginnt Anfang Februar gleichzeitig die Tarifaufeinandersetzung um höhere Gehälter. Gemeinsame Arbeitskämpfe sind damit möglich – und möglicherweise auch nötig.

Im Herbst 2010 haben Tarifkommissionen, in denen natürlich auch die Hochschulen vertreten sind, und Hochschulbeschäftigte über mögliche Forderungen im Rahmen der Tarifrunde 2011 diskutiert. Die für den öffentlichen Dienst zuständigen DGB-Gewerkschaften entschieden dann Mitte Dezember über ein Forderungspaket für die Tarifaufeinandersetzung mit den Bundesländern: Die Einkommen sollen um einheitlich 50 Euro für jeden Beschäftigten sowie um drei Prozent ansteigen. In der Summe entspricht dies einem Gehaltszuwachs von durchschnittlich fünf Prozent. Für die niedrigeren Entgeltgruppen fällt der Zuwachs durch den Sockelbetrag prozentual etwas höher aus, für die höheren etwas niedriger, in der Entgeltgruppe 13 läge er bei 4,4 %. Dies ist eine von vielen gewünschten sozialen Komponenten der zukünftigen Einkommensentwicklung.

Im Bereich der TdL soll darüber hinaus endlich eine Entgeltordnung vereinbart werden, die die Lehrkräfte und damit auch die Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Hochschulen einbezieht. Auch für Hessen hat diese Forderung Bedeutung (HLZ S.7).

Unter der Überschrift „Tarifpflege“ enthält der gewerkschaftliche Forderungskatalog noch weitere „kleinere“ Punkte, die für den Hochschulbereich wichtig sind. So soll der Geltungsbereich der Tarifverträge auf die künstlerischen Lehrkräfte an Kunst- und Musikschulen und die wissenschaftlichen Hilfskräfte ausgeweitet werden. Für diese beiden Gruppen gelten die Tarifverträge bisher nicht. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften eine Einschränkung der gesetzlichen Befristungsmöglichkeiten.

Deshalb ist es auch für die Hochschulbeschäftigten wichtig, sich an der Tarif- und Besoldungsrunde 2011 und an möglichen Warnstreiks zu beteiligen. Nur wenn die Beschäftigten an den Hochschulen die Bereitschaft zeigen, sich für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen deutlich sichtbar einzusetzen, kann es gelingen, das drängende Thema Befristungen tarifpolitisch anzugehen und den Geltungsbereich zu erweitern.

Bisher konnten sich die Hochschulbeschäftigten auf andere Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes verlassen, die auf die Straße gingen und Gehaltserhöhungen für alle Beschäftigten erkämpften. Dies ist immer weniger der Fall, denn die Zersplitterung der Tariflandschaft hat vor dem öffentlichen Dienst nicht Halt gemacht. So ist das Land Hessen seit 2004 nicht mehr Mitglied der TdL und hat nach hartem Ringen mit den Gewerkschaften einen eigenen Tarifvertrag, den TV-Hessen (TV-H), abgeschlossen, der wiederum nicht für die Beschäftigten der Goethe-Universität Frankfurt und der TU Darmstadt gilt. Diese beiden Hochschulen haben eigene Tarifverträge, die sich allerdings sehr eng am TV-H

orientieren. Das tarifrechtliche Auseinanderdriften von Bereichen des öffentlichen Dienstes, die früher einem einheitlichen Tarifvertrag unterlagen, führt zu wachsenden Anforderungen an die Beschäftigten vor allem in den kleineren Tarifbereichen, Druck zur Durchsetzung von Einkommensverbesserungen zu entfalten.

An der TU Darmstadt gilt seit dem 1. Mai 2010 ein eigener Tarifvertrag. Damit ist es den Gewerkschaften ver.di und GEW gelungen, zügig nach dem vom Gesetzgeber zum 1. Januar 2010 sehr kurzfristig beschlossenen Ausscheiden der TU Darmstadt aus dem Tarifgebiet des Landes eine Schlechterstellung der Beschäftigten gegenüber den anderen Hochschulen in Hessen zu verhindern. Allerdings muss der Anschluss an die Einkommensentwicklung beim Land von den Beschäftigten der TU Darmstadt zukünftig eigenständig erkämpft werden – so auch in der vor uns liegenden Tarifrunde 2011. Die Tarifkommission der TU Darmstadt hat kurz vor Weihnachten beschlossen, den für das Land Hessen entwickelten Forderungskatalog zu übernehmen, um so zu verhindern, dass die Einkommensentwicklung an der TU Darmstadt gegenüber dem Rest des Landes und den anderen Bundesländern zurückbleibt.

Hochschulleitung und Gewerkschaften hatten zudem bereits im April 2010 vereinbart, Gespräche über eine weitere tarifvertragliche Entwicklung an der südhessischen Hochschule aufzunehmen. Das soll spätestens zum Ende des laufenden Wintersemesters geschehen. Deshalb organisierte die GEW, zum Teil gemeinsam mit ver.di, die Debatte mit den Beschäftigten über gewerkschaftliche Forderungen für diese Verhandlungen, zum Beispiel zur verbesserten Anrechnung der Berufserfahrung bei Neueinstellungen.

Darüber hinaus hat der Arbeitgeber der GEW zugesagt, die Lehrverpflichtungen zu diskutieren. Die GEW hält eine tarifliche Regelung der Lehrverpflichtungen für überfällig, um die seit Anfang 2010 bestehende Möglichkeit zu beschränken, die tariflich vereinbarte Reduzierung der Wochenarbeitszeit an der TU Darmstadt über eine einseitige Erhöhung der Lehrpflichten zu kompensieren und auszuhebeln. Zu diesem gewerkschaftlichen Forderungskatalog sind weitere Veranstaltungen an der TU geplant.

An der Goethe-Universität Frankfurt haben die Tarifvertragsparteien festgelegt, die zukünftige Einkommensentwicklung dynamisch an das Tarifergebnis beim Land Hessen anzukoppeln. Da keine Seite diese Regelung bisher gekündigt hat, wird das, was die Beschäftigten in der hessischen Tarif- und Besoldungsrunde 2011 erstreiten, auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Goethe-Universität Frankfurt gelten. Sollte es zu Warnstreiks und Streiks der Landesbeschäftigten kommen, werden deshalb auch die Beschäftigten der Universität Frankfurt zu Solidaritätsstreiks aufgerufen.

Carmen Ludwig und Rüdiger Bröhlung

Weitere Infos zu den Tarifverhandlungen an den Universitäten in Darmstadt und Frankfurt: www.gew-tud.de, www.gew-goethe-uni.de

Sezierung der unternehmerischen Hochschule

Viele Studierende fragen sich, warum im Bachelor-Studiengang alles so kompliziert ist, obwohl doch alles einfacher sein sollte, warum ihnen immer gesagt wird, dass sie Kompetenzen brauchen, aber im Studium in verregelter Weise Wissen abgefragt wird. Ein Blick in das Anfang 2010 erschienene Buch „Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts“ von Felix Silomon-Pflug kann dabei helfen, das ein oder andere Phänomen dieser Art besser zu verstehen. Die 115 Seiten umfassende Diplomarbeit erschien im BdWi-Verlag und befasst sich mit Hochschulentwicklung, -gesetzgebung und -reformen in der BRD in den letzten 20 Jahren.

Felix Silomon-Pflug untersucht, inwieweit mit Ökonomisierung „verbundene Techniken und Praktiken ein neues Verständnis der Institution Hochschule in ihrer inneren und äußeren Verfassung implizieren“ (S.13). Dabei geht es ihm vor allem darum, in der Regel isoliert voneinander diskutierte Reformen und Veränderungen des Hochschulsystems unter einen Hut zu bringen und als Prozess aufzufassen. Den theoretischen Rahmen dafür bildet Foucaults Analyse der Entstehung der modernen Regierungsrationalität, die so genannten Studien zur Gouvernementalität. Um einzelne Kapitel des Buches zu verstehen, ist es nicht zwingend notwendig, die theoretischen Grundlagen zu durchdringen, wenngleich es das Verständnis selbstredend erleichtert. Das Buch ist somit auch eine Art Nachschlagewerk für alle, die einfach eine kompakte Übersicht über die (hessischen) Hochschulentwicklungen der letzten Jahre haben möchten.

Der analytische Teil beginnt mit einem Überblick über die bundesweite Entwicklung in den 90er Jahren mit der Änderung des Hochschulrahmengesetzes 1998. In einem für Studierende sehr interessanten Teil zur Studienstrukturreform wird die BA/MA-Einführung vor einem weiten hochschulpolitischen Hintergrund kenntnisreich thematisiert. Dabei gelingt es dem Autor, die Veränderungen von Studium und Lehre, die Steigerung sozialer Selektivität und

Bürokratisierungseffekte im Lichte einer dominanten marktliberalen Begründungslogik darzustellen. Besonders aufschlussreich ist die Darstellung des Verhältnisses der Studienstrukturreformen zum Bologna-Prozess, die Vorurteile in Bezug auf einen vermeintlichen Umsetzungszwang bestimmter Reformvorhaben widerlegt. Eine sehr sorgfältige Bestandsaufnahme der hessischen Hochschulpolitik und der Politik der Goethe-Universität Frankfurt am Main (JWGU) macht plastisch, wie sich Wettbewerbs- und Effizienzideologie und Disziplinierungsmomente nicht nur in der Reorganisation von Forschung und Lehre, sondern auch in der Personalpolitik oder der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung niederschlagen. Der Autor kommt zu dem Schluss,

„dass sich die Hochschulen in einer Situation befinden, in der unternehmerisches Handeln von ihnen gefordert wird und sie das – zumindest im Fall der JWGU – auch selbst forcieren. Gleiches gilt für die internen Strukturen. Auch hier wird eine Situation geschaffen, in der die einzelnen Einheiten oder Personen zu unternehmerischem Handeln auf der Basis einer ökonomischen Rationalität angehalten werden“ (S.103).

Insgesamt hat Felix Silomon-Pflug ein Buch vorgelegt, das sicherlich keine einfachen Erklärungen für komplexe politische und diskursive Prozesse liefert. Aber gerade darin liegt seine Stärke: Durch die intensive, theoretisch fundierte Analyse unterschiedlicher Facetten aktueller Hochschulreformen gelingt es, neue Perspektiven für eine kritische Auseinandersetzung mit den Veränderungen der Hochschulen zu eröffnen, die sowohl theoretisch als auch praktisch nutzbar gemacht werden können.

Steffen Bennewitz und Alexander Wagner

Felix Silomon-Pflug: *Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts*. BdWi-Verlag, 115 Seiten, 10 Euro, ISBN 978-3-939864-11-0

Funkkolleg „Mensch und Klima“

Zeitgemäß und fächerübergreifend unterrichten kann man mit dem Funkkolleg „Mensch und Klima“ (hr2-kultur – samstags von 9.25 bis 9.55 Uhr). In 26 Radiosendungen werden interdisziplinäre Aspekte der Klimadebatte fundiert und aktuell präsentiert. Das Funkkolleg „Mensch und Klima“ bietet vor allem für die Fächer Biologie, Physik, Geographie, Politikwissenschaften, Geschichte, Religion/Ethik neue und vielfältige Möglichkeiten des Lernens in verschiedenen Bereichen und einen fächerübergreifenden Kompetenzerwerb in AGs, als Anreiz für besondere Lernleistungen, in Projektwochen, zur Medienkompetenz und Schulprofilgestaltung.

Das Funkkolleg ist eine akkreditierte Weiterbildungsveranstaltung (40 Leistungspunkte). Zum Erwerb des Zertifikats müssen die Online-Klausur (im Zeitraum vom 18. bis 21. 2. 2011 von jedem Rechner mit Internetzugang) und die

Präsenz-Klausur in einer Volkshochschule in Hessen (im Juni 2011) bestanden werden. Das Zertifikat kann auch von Schülerinnen und Schülern erworben werden. Das Zertifikat wird über die Schule verteilt und die Teilnahme kann im Zeugnis mit einer Bemerkung gewürdigt werden.

- Infos und Anmeldung: www.funkkolleg-klima.de.

Die nächsten Sendungen

Planetenwetter (22.1.), Wetterfähigkeit (29.1.), Sonnenanbeter: eine kleine Kulturgeschichte der gebräunten Haut (5.2.), Klimawandel und Gesundheit (12.2.), Klima-Einsicht ohne Folgen? Zur Psychologie des Versagens (19.2.), Wetter in Mythos und Religion (26.2.), Mit Windkraft voraus: Frühe Erkundungen der Welt (5.3.), Wetter und Krieg (12.3.)

GEW zur Novellierung des Schulgesetzes

In der HLZ 12/2010 wurden wesentliche Aspekte der Schulgesetznovelle von CDU und FDP vorgestellt und kommentiert:

- Die neue Mittelschule ist offensichtlich ein hilfloser Versuch, die Hauptschule unter neuem Etikett zu retten.
- Bei der Implementierung der „selbstständigen Schule“ geht das Gesetz nicht über den bisherigen Experimentierparagrafen hinaus, ohne zusätzliche Ressourcen zur Nutzung neuer Spielräume beispielsweise bei den Klassengrößen zur Verfügung zu stellen. Die entscheidenden Veränderungen spielen sich in der Realität ab.

- Der Ressourcenvorbehalt macht die neuen Formulierungen zur Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung wertlos: Das Grundrecht auf inklusive Bildung und die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention werden von der Regierungskoalition in ihrer Schulgesetznovelle komplett ignoriert.

Die HLZ dokumentiert das Fazit der umfassenden Stellungnahme der GEW Hessen zum Schulgesetz. Den vollständigen Wortlaut findet man auf der Homepage der GEW Hessen unter www.gew-hessen.de

Die hessische Landesregierung legt diesen Gesetzentwurf zu einem Zeitpunkt vor, an dem die Arbeitsbelastung der hessischen Lehrkräfte und der sozialpädagogischen Fachkräfte an den Schulen ein Maß erreicht hat, das eine qualitative Weiterentwicklung des schulischen Bildungswesens unmöglich erscheinen lässt. Neben der bundesweit schlechtesten Schüler-Lehrer-Relation und der höchsten Pflichtstundenbelastung wurde unlängst auch noch die Anhebung der Lebensarbeitszeit beschlossen. Gleichzeitig werden die Kolleginnen und Kollegen durch vielfältige – vielfach völlig unnötige – Zusatzaufgaben derart in Anspruch genommen, dass die Qualität der Unterrichtsarbeit bereits heute erheblich leidet.

Die hessische Landesregierung setzt mit dem vorliegenden Entwurf für eine Änderung des Schulgesetzes ihre Politik der Auslese, Standardisierung, Entdemokratisierung und Ökonomisierung von Schule fort.

Die letzte große Novellierung brachte unter anderem die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in der Sekundarstufe I (G8), die Einführung zentraler Abschlussprüfungen, die veränderte Rolle des Schulleiters als Disziplinarvorgesetzter, die Einführung einer Schulinspektion und die Deregulierungsmodelle über den § 127c. Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf wird diese verfehlte Politik noch einmal erheblich ausgeweitet. Die Arbeitsbedingungen – sowohl für die Kolleginnen und Kollegen als auch für die Schülerinnen und Schüler – werden weiter verschlechtert und dereguliert:

- Die Einführung des „großen Budgets“ an den Schulen wird diese in Verbindung mit knappen Haushaltsansätzen und über das dazugehörige „Kontraktmanagement“ zwingen, vermehrt zu prekären Arbeitsverhältnissen zu greifen.
- Die weitere Übertragung von Personalverantwortlichkeiten auf den Schulleiter wird – wegen fehlender überschulischer Verantwortung und Regulierung – das soziale Gefälle zwischen den Schulen weiter verschärfen.
- Die Verankerung von Leiharbeit auch für den regulären Unterricht stellt ebenso wie die Zunahme anderer prekärer Arbeitsverhältnisse einen Angriff auf die für gelingende Bildungsprozesse unerlässliche pädagogische Beziehung dar.
- Die Ausweitung zentraler Prüfungen (z. B. Neueinführung bei den Fachoberschulen) und der Außensteuerung durch Qualitätsmanagementsysteme und Schulinspektion wird die Normierung und Uniformierung von Bildung weiter vorantreiben.
- Die Einführung von Bildungsstandards wird Bildungsinhalte tendenziell entleeren. Dies belegt nicht zuletzt die

zentrale Begründung für dieses Vorgehen. Danach dient es der empirischen Vergleichbarkeit von Lernergebnissen, was das „teaching to the test“ weiter verstärken wird.

Insoweit passt es auch zu diesem Gesetzesvorhaben, dass damit ein weiterer Abbau von Mitbestimmung im Rahmen einer gleichzeitigen Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) verbunden wird: Den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) soll durch Änderung des HPVG das passive Wahlrecht für den Seminarpersonalrat geraubt werden; Vertreter der LiV sollen an den Sitzungen des Seminarpersonalrats nur noch mit beratender Stimme teilnehmen dürfen, und nur, wenn ihre Angelegenheiten beraten werden.

Diese und andere im Schulgesetzentwurf enthaltenen Veränderungen stehen dem von der GEW vorgelegten Konzept einer demokratisch verfassten Schule diametral entgegen.





Inklusion und Konfusion

Was kommt auf Hessens Schulen zu?

Mit einem Dilettantismus ohnegleichen ist man im Hessischen Kultusministerium (HKM) gerade dabei, Chaos über die Schulen zu bringen. Wenn keine grundlegende Kurskorrektur erfolgt, wird innerhalb kurzer Zeit eine Abwehrhaltung gegen behinderte Kinder erzeugt, wie sie bisher nicht dagewesen ist. Das alles kommt – schlecht verpackt – im Gewand der Inklusion, deren Idee damit nachhaltig diskreditiert wird.

Menschenrecht nach Kassenlage

Auch dem Land Hessen ist nach der Übernahme der UN-Behindertenrechtskonvention in nationales Recht unter sagt, Kinder mit Behinderungen vom allgemeinen Bildungssystem auszu-schließen. Der vorliegende Gesetzentwurf zum Hessischen Schulgesetz (HSchG) kommt dieser Vorgabe zum Schein nach, indem er die Regelschulen verpflichtet, den Anspruch auf sonderpädagogische Förderung zu erfüllen (HLZ 12/2010). Allerdings enthält der Entwurf in § 54 Absatz 5 einen Ressourcenvorbehalt: Wenn die Förderung an der Regelschule nicht erfolgen kann, weil die Mittel fehlen, bestimmt das

Schulamt, an welcher allgemeinen Schule oder Förderschule die Beschulung erfolgt. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung. Ich bin gespannt, was die Gerichte im Konfliktfall dazu sagen. Der Ressourcenvorbehalt ist mit der geltenden Rechtslage unvereinbar.

Der Gesetzentwurf ist ein Bekenntnis zum Erhalt des Doppelsystems sonderpädagogischer Förderung, bestehend aus Gemeinsamem Unterricht (GU) und Förderschulen. Letztere sollen künftig allerdings nur noch von Kindern besucht werden, deren Eltern dies beantragen, oder von Kindern, bei denen der Ressourcenvorbehalt greift. Auch im HKM könnte man wissen, dass Inklusion kostenneutral wahrscheinlich gar nicht oder nur bei konsequenter Abkehr von diesem Doppelsystem denkbar ist. Bei seinem Erhalt müssten erheblich mehr Förderschullehrerstellen geschaffen werden. Dies scheint man im HKM nicht wahrhaben zu wollen. Inklusion soll keine zusätzlichen Stellen kosten, man will sie im Gegenteil sogar noch für Einsparungen nutzen. So ist angekündigt, dass es die bisher gel-

tende Höchstgrenze für GU-Klassen nicht mehr geben soll. Klassen mit behinderten Kindern sollen zukünftig genauso groß sein können wie alle anderen Klassen auch.

In der Zwickmühle

Künftig soll auf das sonderpädagogische Überprüfungsverfahren vor der Einschulung verzichtet werden. Grundsätzlich werden alle Kinder in die zuständige Regelschule eingeschult. Über die Organisation notwendiger sonderpädagogischer Förderung eines Kindes entscheiden die Schulleitungen der Regelschulen. Was sie dafür qualifiziert, weiß niemand. Jedoch treffen sie ihre Entscheidung auf der Basis der Empfehlung eines Förderausschusses, dem stimmberechtigt angehören: die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Eltern und eine Lehrkraft des Beratungs- und Förderzentrums (BFZ). In diesem Ausschuss geht es um die Zahl der durch Regel- und Förderschullehrkraft doppelt zu besetzenden Stunden und um zusätzliche Fördermaßnahmen. Glaubt jemand ernsthaft, dass sich bei fehlenden Förderschullehrkräften und unter dem Damoklesschwert eines Ressourcenvorbehalts die Empfehlung eines solchen Ausschusses an pädagogischen Erfordernissen orientiert? Von Eltern, die den Ausschluss ihres Kindes aus der Regelschule verhindern wollen, ist nicht zu erwarten, dass sie im Förderausschuss primär die notwendigen pädagogischen Bedingungen im Blick haben. Sie stecken in dem Dilemma, dass sie zum einen die beste denkbare schulische Situation für ihr Kind wünschen, zum anderen aber klar sehen, dass zu hoch gesteckte Ansprüche aufgrund des Ressourcenvorbehalts den Ausschluss ihres Kindes aus der Regelschule nach sich ziehen könnten. Sie werden tendenziell vorsichtig sein und eher zu wenig als das Notwendige fordern.

Ähnliches gilt für die Lehrkraft des BFZ. Ihr kommt als einziger Fachkraft im Förderausschuss vermutlich eine entscheidende Rolle zu. In einer Situation, in der schon ohne Inklusionsauftrag bei weitem nicht alle GU-Anträge genehmigt werden können, kann das

Allendorfer Appell: Inklusion braucht Qualität

Wir, die UnterzeichnerInnen dieses Appells, arbeiten als Lehrkräfte oder Pädagogisches Personal an hessischen Schulen. Die Zukunft der sonderpädagogischen Förderung in Hessen macht uns große Sorge. (...) Wir wollen uns nicht an der Umsetzung eines Konzepts beteiligen, welches das Inklusionsgebot nur dem Schein nach erfüllt. Wir halten dem entgegen:

- Inklusion bekommt man nicht kostenneutral oder gar mit einem Sparkonzept!
- Inklusion braucht Sachverstand – Inklusion braucht Qualität!

Wir appellieren daher,

- an das Hessische Kultusministerium, den vorliegenden Gesetzentwurf zurückzuziehen, alle Vorhaben zu unterlassen, die darauf hinauslaufen, die Inklusionsverpflichtung mit Einsparplänen zu verknüpfen, und sich endlich ernsthaft mit einer sachgerechten Umsetzung des Inklusions-

gebots ohne Ressourcenvorbehalt zu beschäftigen, (...)

- an den Hessischen Landtag, die Regierung zu kontrollieren, wie es seine Aufgabe ist,
- an das Deutsche Institut für Menschenrechte, die Situation in Hessen genau zu beobachten und in seinen Berichten an den UN-Fachausschuss besonders zu berücksichtigen,
- an die Eltern behinderter und nicht-behinderter Kinder, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, sondern selbstbewusst für die nötigen Bedingungen an den Schulen einzutreten, und
- an die Kolleginnen und Kollegen, Überforderungssituationen nicht hinzunehmen, sondern diese öffentlich zu machen und deutlich Abhilfe zu fordern

online unterzeichnen: <http://allendorferappell.wordpress.com/>

BFZ personell gar nicht ausreichend ausgestattet sein, um den GU im Rahmen seines Stellenkontingents abzusichern. Das genau aber wird sein Auftrag sein. Unter diesen Vorzeichen muss davon ausgegangen werden, dass Empfehlungen der BFZ-Kraft weniger nach pädagogischen Erfordernissen als nach Maßgabe vorhandener Lehrerstunden ausgesprochen werden.

Chaos vorprogrammiert

Wie kommt die BFZ-Kraft zu ihrer Empfehlung? Sie wird – auch ohne förmliches Überprüfungsverfahren – das Kind in Augenschein nehmen, im Unterricht beobachten, Tests durchführen und Gespräche führen. Dies alles kostet Zeit, in der sich das Kind bereits im Unterricht der Regelschule befindet. Wie lange dauert es, bis der letzte Förderausschuss getagt hat? Nach welchen Kriterien werden die Stunden dann vergeben? Wann kommen sie an die Schulen? Wie helfen sich die allgemeinen Schulen unterdessen? Wann muss das Kind die Schule wieder verlassen? Sofort, wenn festgestellt wird, dass die Voraussetzungen nicht geschaffen werden können? Am Schuljahresende? Fragen über Fragen, die deutlich machen, was sich für Hessen abzeichnet: eine Überforderung aller Beteiligten in den BFZ und in den Regelschulen, eine Überforderung insbesondere der Regelschullehrer und der ihnen anvertrauten Kinder, die gerade in der schwierigen Anfangsphase in unverantwortlicher Weise allein gelassen werden, eine Überforderung auch für die Schulleitungen. Mitten im Spannungsfeld divergierender Erwartungen von Eltern, Kollegium, BFZ und Schulamt müssen sie letztlich eine Entscheidung vertreten, deren Folgen sie nicht absehen können. Indem sie die Bedingungen für die Beschulung des Kindes in der Regelschule definieren, entscheiden sie darüber, ob das Kind an der Schule bleiben kann oder ob es sie wegen des Ressourcenvorbehalts wieder verlassen muss, nur, dass sie im Moment der Entscheidung nicht wissen, was aus ihr folgt.

Suggestive Zahlenspiele

Derzeit werden statistische Daten unter Volk gebracht, die die BFZ zum Allheilmittel hochzustilisieren versuchen und damit gleichzeitig verdeutlichen, wohin die Entwicklung geht. Nach Angaben des HKM gibt es derzeit knapp 4.000 Stellen in den unterschiedlichen Systemen sonderpädagogischer Förde-

rung. Für 22.762 Schülerinnen und Schüler an Förderschulen gibt es nach HKM-Statistiken 2.606 Stellen, für 3.601 Schülerinnen und Schüler im GU 571 Stellen und für 31.000 Schülerinnen und Schüler im BFZ 762 Stellen. Dem Betrachter soll so suggeriert werden, dass schon jetzt die BFZ die effektivste Form sonderpädagogischer Förderung leisten. Dumm nur, dass die BFZ gar nicht mit Kindern arbeiten, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen. Denn sobald ein Kind diesen Status hat, ist es nach geltender Rechtslage entweder in der Förderschule oder im GU. Etwas Drittes gibt es nicht. Aber wer merkt das schon, wenn er so präzise eingelullt wird! Inklusion soll also künftig von Regelschulen geschultert werden, denen man das dafür notwendige sonderpädagogische Personal vorenthält. Inklusion wird von den Regelschullehrern alleine in großen Klassen geleistet, mehr oder weniger unterstützt von BFZ-Kräften, die gelegentlich zur Beratung oder für die ein oder andere GU- oder Förderstunde vorbeikommen. Den Rest müssen die Regelschullehrer schon selber richten, indem sie endlich lernen, differenziert zu unterrichten – so kann man es von Schulverwaltungsbeamten hören, die schon lange vor keiner Klasse mehr gestanden haben.

Da passt es ins Bild, dass hessische Studienseminare im laufenden Semester deutlich weniger Förderschullehrer ausbilden dürfen als zuvor, obwohl viele Stellen in den Förderschulen mit Lehrkräften ohne die entsprechende Ausbildung besetzt sind und obwohl Bewerberinnen und Bewerber auf Wartelisten stehen. Für Hessens „inklusive“ Schulen werden offenbar nur noch wenige Förderschullehrkräfte gebraucht.

Bisher war unstrittig: Gemeinsamer Unterricht erfordert zusätzliche Mittel in Form von Doppelbesetzungen durch Regel- und Förderschullehrer und kleine Klassen. Dies gilt auch und erst recht für die „Eine Schule für alle Kinder“, die am Ende eines gelungenen Umsetzungsprozesses in Richtung Inklusion stehen sollte. Daher müssen Lehrkräfte darauf bestehen, dass die bisher für GU geltenden Standards verbessert und keinesfalls unterschritten werden.

In diesem Sinn ist auf heftigen Protest gegen die Pläne aus Wiesbaden zu hoffen. Dabei darf nie aus dem Auge verloren werden, dass der Protest sich nicht gegen die Kinder richtet, die vom Ausschluss bedroht sind, sondern aus-



schließlich gegen die politisch Verantwortlichen, die ein menschenrechtliches Erfordernis gegen diejenigen richten, denen sie zu dienen vorgeben. Insofern kann man gar nicht oft genug darauf hinweisen, dass die UN-Konvention sich nicht darin erschöpft, behinderten Kindern den Zugang zum allgemeinen Bildungssystem zu garantieren, sondern „hochwertigen Unterricht“, „angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen“ und „individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet“.

Und sollte es dann doch so kommen, wie oben befürchtet, dann hilft (hoffentlich) nur noch eins: Dann müssen möglichst viele Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern die konkrete Situation ihrer Schule, ihrer Klasse oder ihres Kindes, auch seinen erzwungenen Ausschluss aus der Regelschule der Monitoring-Stelle beim Deutschen Institut für Menschenrechte mitteilen, jener Organisation, die die Umsetzung der Konvention in Deutschland zu überwachen und dem UN-Fachausschuss in Genf regelmäßig Bericht zu erstatten hat (1).

Johannes Batton

(1) Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention, Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin

Johannes Batton ist Mitglied des GEW-Kreisvorstands Witzenhausen, Förderschullehrer an einer Grundschule in Bad Sooden-Allendorf mit vielen Jahren Unterrichtserfahrung im GU und Mitinitiator des Allendorfer Appells (siehe Kasten).

DGB: Nein zu dieser „Schuldenbremse“

Am 15. Dezember beschloss der Landtag, eine „Schuldenbremse“, das heißt ein generelles Verbot zur Aufnahme von Krediten zum Ausgleich des Landeshaushalts ab dem Jahr 2020, in der Verfassung zu verankern. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen, die Abgeordneten der LINKEN lehnten es ab.

Die Schuldenbremse war Themen-schwerpunkt der Dezember-Ausgabe der HLZ. Nach Redaktionsschluss einigte sich die Regierungskoalition von CDU und FDP mit den Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf. Die Verfassungsänderung soll am Tag der hessischen Kommunalwahlen am 27. März 2011 durch eine Volksabstimmung legitimiert werden. Für eine Änderung der Verfassung sind nach Artikel 123 eine absolute Mehrheit im Landtag und die einfache Mehrheit bei einer Volksabstimmung erforderlich.

Die Regierungsfractionen CDU und FDP hatten folgenden Antrag zur Neufassung des Artikels 141 der Hessischen Verfassung in den Landtag eingebracht:

(1) Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. (...)

(3) Bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung kann von Abs. 1 abgewichen werden. In diesem Fall sind die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen.

(3) Bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von

Abs. 1 abgewichen werden. Die Abweichung ist mit einer Tilgungsregelung zu verbinden. Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraums zurückzuführen.

Ergänzungsanträge von SPD und Grünen sahen vor, auch die Einnahmen in den Blick zu nehmen, um „insbesondere die notwendigen Bildungsausgaben, die Gewährleistung der sozialen Sicherheit für jede Person sowie der inneren Sicherheit und ausreichende öffentliche Investitionen“ (SPD) beziehungsweise die Ausgaben „im Bereich der Bildung, des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen und der Sicherung des sozialen Friedens“ sicherzustellen (Bündnis 90/Die Grünen) (HLZ 12/2010).

Mit dem „Kompromiss“ kam der ursprüngliche Antrag von CDU und FDP zur Abstimmung und wurde ausschließlich wie folgt ergänzt:

„(1) Der Haushalt ist ungeachtet der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung des Landtages und der Landesregierung grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen.“

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Thorsten Schäfer-Gümbel lobte die Einigung der Fraktionen zur Ausgestaltung der Schuldenbremse. Die SPD habe durchgesetzt,

„dass die hessische Schuldenbremse nicht einseitig die Ausgabenseite belastet, sondern eine Einnahmeverantwortung für den Landtag und die Landesregierung festschreibt.“

Die Grünen feierten die Vereinbarung „als wichtigen Schritt hin zu einer tatsächlichen Haushaltskonsolidierung, die soziale und ökologische Aspekte beachtet“.

Florian Rentsch: „Verfassungsprosa“

Dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Florian Rentsch fiel die Aufgabe zu, die Opposition am Nasenring durch die Manege zu führen: Der Kompromiss sei „Verfassungsprosa, also eine rein deklaratorische Beschreibung des Ist-Zustandes. (...) Logischerweise wird immer die jeweilige politische Mehrheit entscheiden, auf welcher Seite sie den Schwerpunkt setzt. Wir setzen diesen ohne Wenn und Aber beim Sparen.“

Im Klartext: Wie die „Einnahmeverantwortung“ ausgelegt wird, entscheidet der Landtag mit der Mehrheit von CDU und FDP. Und auch über die wahren Urheber der „Schuldenbremse“ ließen die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP Wagner und Rentsch keinen Zweifel. Als die Tinte unter der schwarz-gelb-rot-grünen Einigung noch nicht trocken war, identifizierten sie Freund und Feind und dankten

„für die konstruktiven Gespräche, die es im Vorfeld unter anderem mit dem Bund der Steuerzahler, der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände und dem Landesrechnungshof zur Ausgestaltung der Schuldenbremse gegeben hat. (...) Der heutige Tag zeigt auch, dass die demokratischen Parteien im Hessischen Landtag gegen Gruppen wie den DGB, der die Schuldenbremse ablehnt, zusammenhalten.“

DGB: „Unerträgliche Entgleisung“

Der hessisch-thüringische DGB-Betriebsratsvorsitzende Stefan Körzell bezeichnete die Erklärung „als unerträgliche Entgleisung“: Dem DGB zu unterstellen, er sei undemokratisch, weil er weiter an seiner Ablehnung der Schuldenbremse festhält, „beleidigt über 600.000 Gewerkschaftsmitglieder“.

Der DGB habe sich durchaus am parlamentarischen Verfahren beteiligt. Anders als Körzell, die Vertreter von Einzelgewerkschaften und die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und Linken hätten sich Wagner und Rentsch bei der Anhörung nicht blicken lassen:

„Wir als Gewerkschaften haben berechtigte Sorgen um den Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge beim Thema Schuldenbremse. Der DGB sieht die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats durch die Schuldenbremse eingeschränkt. Dies ist im tiefsten Sinne demokratisch.“

Harald Freiling

Schuldenbremse juristisch wirkungslos

Noch vor der Abstimmung im Landtag legte der DGB ein Rechtsgutachten zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung vor. Darin kommt der Frankfurter Professor für öffentliches Recht Dr. Günter Frankenberg zu dem Schluss, dass die geplante Schuldenbremse rechtlich weitgehend wirkungslos bleiben wird. Frankenberg erinnert daran, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz derzeit vom Bundesverfassungsgericht geprüft wird. Bei einer negativen Entscheidung sei auch die hessische Schuldenbremse hinfäl-

lig. Die auf Antrag von SPD und Grünen aufgenommene „Einnahmen- und Ausgabenverantwortung des Landtages und der Landesregierung“ sei eine „außerordentlich missglückte Formulierung“. Wenn die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung Vorrang haben soll, würde die Schuldenbremse gar nicht greifen, solle das Schuldenverbot Vorrang haben, sei die Formulierung überflüssig. Wenn beabsichtigt sei, dass beide gleichrangig sein sollen, fehle jeglicher Hinweis darauf, welche Maßstäbe bei einer Abwägung anzulegen seien.

Für ein handlungsfähiges Hessen

Unmittelbar nach der Abstimmung im Landtag gründete der DGB mit dem hessischen Beamtenbund, der Landesschülervertretung, attac und anderen sozialpolitischen Initiativen die „Plattform für ein handlungsfähiges Hessen“ (siehe unten im Wortlaut). Der hessische DGB-Vorsitzende *Stefan Körzell* kritisierte bei der Gründung, dass für ein Schuldenverbot die Verfassung geändert werden soll:

„Ein einfaches Gesetz reicht aus, wenn man ernsthaft Schulden abbauen will. Mit der Abstimmung soll die Bevölkerung nur in die Pflicht genommen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen praktisch eine Generalerlaubnis für spätere schmerzvolle Kürzungen

erteilen. Wenn es dann anfängt, weh zu tun, stellt sich die Politik hin und sagt, was wollt ihr denn, ihr habt doch dafür gestimmt.“

Grundsätzlich habe das Land Hessen nicht zuviel ausgegeben, sondern zu wenig eingenommen:

„Steuern senken und gleichzeitig Schuldenabbau zu betreiben, führt zu einem Magerstaat, den wir nicht wollen. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Deshalb fordern wir die Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Abstimmung am 27. März mit ‚Nein‘ zu stimmen. Für diese Position werden wir bis zum Termin der Kommunalwahl werben und streiten.“

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat erneut gezeigt, dass es eines handlungsfähigen, demokratischen und sozialen Staates bedarf. Der Finanzmarkt muss in seine Schranken gewiesen werden. Ebenso muss der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegen gewirkt werden. Doch das Gegenteil geschieht. In den vergangenen Jahren haben die politischen Verantwortlichen auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichtet. Nicht zuletzt durch Steuerergeschenke an große Unternehmen, Reiche und Vermögende wurde dem Staat eine solide Einnahmehasis entzogen. Dabei wurden insbesondere die Spielräume der Bundesländer sowie der Städte und Gemeinden erheblich eingeengt.

Obwohl die öffentliche Hand in einem bisher ungekannten Ausmaß zum Ausfallbürgen von Finanzjongleuren wurde, verzichten die politischen Verantwortlichen selbst auf eine angemessene Beteiligung der Banken an diesen Kosten. Der Staat, der sich aus vermeintlichen Sachzwängen selbst arm macht, vernachlässigt seine Aufgaben in den Bereichen Bildung, Soziales, öffentliche Infrastruktur, Sicherheit und erneuerbare Energien. Die kommunale Ebene wird zusätzlich geschwächt, indem ihr immer mehr Pflichtaufgaben zugewiesen werden, während man ihr gleichzeitig Geldmittel entzieht.

Diese falsche Politik gefährdet die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens. Die öffentliche Hand kann ihre Aufgaben immer weniger erfüllen und soll gezwungen werden, immer mehr Aufgaben zu privatisieren. Es werden lediglich neue, teure Renditeobjekte für Banken und Investoren entstehen. Zur Durchsetzung dieser Politik versucht man ältere und jüngere Menschen gegeneinander auszuspielen und scheut vor dem Missbrauch von Begriffen wie ‚Generationengerechtigkeit‘ nicht zurück.

Mit der Abstimmung über ein Verschuldungsverbot in der Hessischen Landesverfassung soll die Bevölkerung einen

Blankoscheck für diese Politik des Aushungerns der öffentlichen Hand, des Sozialabbaus und Privatisierens ausstellen. Dazu sagen wir **NEIN** und fordern die hessischen Bürgerinnen und Bürger auf, die geplante Verfassungsänderung abzulehnen.

Wir wollen die Gegenwart und die Zukunft aller Generationen sichern:

- Wir wollen echte Generationengerechtigkeit durch eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Politik.
- Wir wollen demokratische Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten statt Schuldendiktat.
- Wir wollen in einem sozialen und nachhaltig finanzierten Gemeinwesen leben, in dem Steuern in angemessenem Umfang und nach Leistungsfähigkeit – also sozial gerecht – erhoben werden.

Wir wollen einen Staat, der auch seiner globalen Verantwortung gerecht wird. Wir

stehen vor wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die eine nachhaltige Finanzpolitik erfordern. Dafür brauchen wir

- gerechte Steuern, denn starke Schultern müssen mehr tragen als schwache,
- starke und gut ausgestattete Länder und Kommunen,
- ein Ende der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums und
- einen Staat, der weiterhin die Möglichkeit hat, gesellschaftlich sinnvolle Investitionen auch durch Kredite finanzieren zu können.

Daher haben wir die Plattform „Für ein handlungsfähiges Hessen“ gegründet. Wir rufen die hessische Bevölkerung auf, bei der Volksabstimmung am 27. März für ein handlungsfähiges Hessen zu stimmen. Deshalb: **NEIN** zur Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung!



KEIN Bund der Steuerzahler

Schutzpatron aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler?

In der Öffentlichkeit hat der 1949 gegründete Bund der Steuerzahler das Image als Schutzpatron aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Jeweils im Herbst veröffentlicht er sein „Schwarzbuch“ zur öffentlichen Verschwendung. Es enthält Beispiele für die tatsächliche oder angebliche Verschwendung von Steuergeldern bei Bund, Ländern oder Kommunen. Einen hohen Bekanntheitsgrad hat auch die sogenannte Schuldenuhr: Diese „Uhr“ schreibt laufend die Entwicklung der Staatsverschuldung fort. Sie wurde zum Symbol für eine angeblich immer weiter um sich greifende Verschuldung, der Einhalt geboten werden müsse. Besonders medienwirksam ist auch der so genannte Steuerzahlergedenktag: Ab diesem Tag arbeiten die Steuerzahler nach den Berechnungen des Steuerzahlerbunds nicht mehr für den Fiskus, sondern für sich selbst.

Durch eine erfolgreiche Medienarbeit und vermeintlich wissenschaftlich untermauerte Positionen wird der Steuerzahlerbund in Politik und Öffentlichkeit als neutraler und seriöser finanzpolitischer Akteur wahrgenommen. Hierdurch gelingt es ihm, seine letztlich neoliberalen und unsozialen Politik-

vorstellungen bis weit in linke und linksliberale Organisationen und Parteien hinein zu streuen.

Aktuell ist der Bund der Steuerzahler in der öffentlichen Debatte um die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung präsent: Er spricht sich, genau wie die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) ohne Wenn und Aber für einen solchen Beschluss aus. Auch in diesem Fall ist es dem Steuerzahlerbund aufgrund sehr guter Kontakte zu den Medien gelungen, seine Position wirksam zu platzieren und in hessischen Zeitungen ein stark präsenter Akteur zu sein. In Niedersachsen fand die Kritik des Steuerzahlerbunds, dem die im Sommer 2010 angekündigten massiven Haushaltskürzungen der Landesregierung nicht umfangreich genug waren, mediales Gehör. Grund genug, sich etwas genauer mit dem Bund der Steuerzahler auseinanderzusetzen: Wer hat ihn gegründet, welche politischen Ziele verfolgt er und wie setzt sich seine Mitgliedschaft zusammen?

Gegründet wurde der Steuerzahlerbund von *Karl Bräuer* (1881–1964). Bräuer gilt dem Steuerzahlerbund noch heute als Person, deren Andenken wach

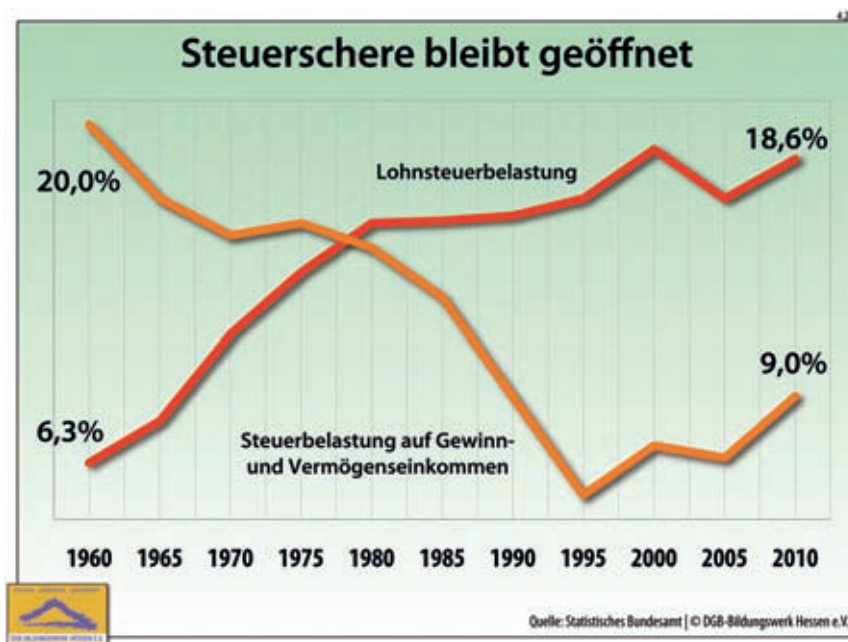
zu halten ist: Das kleine 1965 gegründete finanzwissenschaftliche Institut des Steuerzahlerbunds trägt seinen Namen. Alle drei Jahre wird der mit 10.000 Euro dotierte Karl-Bräuer-Preis verliehen, und zwar – so schreibt es Steuerzahlerbund in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2002 – für publizistische und wissenschaftliche Arbeiten, „die sich in sachlich einwandfreier und eindrucksvoller Weise mit der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand befassen.“ Die wirtschaftspolitische Orientierung der seit 1957 geehrten Personen hat eine starke wirtschaftsliberale Schlagseite. Zu den Preisträgern gehören Journalisten der FAZ, Präsidenten der Bundesbank und neoliberale Hardliner unter den deutschen Ökonomen wie die beiden Professoren *Horst Siebert* (Kiel) und *Bernd Raffelhüschen* (Freiburg).

Karl Bräuer – der Gründer

Nach Informationen bei Wikipedia übernahm Bräuer 1935 einen Lehrstuhl an der Universität Leipzig, den vorher *Bruno Molls* inne hatte und aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1934 räumen musste. Ein weiterer Karriereschritt war Bräuers Wahl zum Präsidenten der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft im Jahr 1936, der von den Nazis gegründeten Standesorganisation für Wirtschaftswissenschaftler. 1946 wurde Bräuer im Zuge der Entnazifizierung als NSDAP-Mitglied, Untersturmführer der SS und Schulungsleiter für Rasse- und Siedlungsfragen emeritiert und aus allen Ämtern entlassen. 1949 gründete er schließlich den Bund der Steuerzahler, aus dessen Vorstand er sich 1960 zurückzog.

Manipulierte Zahlen

Aufschlussreich sind die eigentlichen politischen Ziele des Steuerzahlerbunds, die in einer Studie des Berliner Politikwissenschaftlers *Rudolf Speth* zu finden sind. So sieht der Steuerzahlerbund eine Staatsquote von gut 30 Prozent als erstrebenswert an – einen so geringen Wert weist kein entwickeltes Industrieland auf. Im Jahr 2008 lag die tatsächliche Staats-



quote in Deutschland bei 43,5 Prozent, und schon dieser Wert war sehr niedrig und konnte nur durch massive Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten erzielt werden. Auf der neoliberalen Agenda steht des Weiteren die Privatisierung von Kranken- und Pflegeversicherung. Auf diese Weise sollen die Sozialabgaben radikal gesenkt werden, die die Arbeitgeber für ihre Beschäftigten zu leisten haben. Und auch aktuell fordert der Steuerzahlerbund weitere Steuerseinkünfte zu Gunsten von Unternehmen, Gutverdienenden und Reichen. Begründet wird dies mit den nach den neuesten Steuerschätzungen des Bundesfinanzministeriums nicht ganz so massiv ausfallenden Einbrüchen bei den Steuereinnahmen. Von mehr Personal in der Steuerfahndung hält der Steuerzahlerbund hingegen nichts.

Um seine politischen Ziele und Forderungen zu untermauern, agiert der Bund der Steuerzahler gerne auch mit falschen oder manipulierten Zahlen. Ein Beispiel, über das die „Berliner Umschau“ im April 2010 berichtet hat: Immer wieder behauptet der Steuerzahlerbund, Deutschland habe im internationalen Vergleich mit die höchsten Steuer- und Abgabelasten. Diese Rechnung funktioniert nur, weil der Steuerzahlerbund Kosten für Gesundheits-

und Rentenversicherung als Abgaben an den Staat wertet. Vor diesem Hintergrund erscheint die Steuer- und Abgabenlast in Staaten, deren Gesundheits- und Rentenversicherung privat finanziert werden muss, niedriger, obwohl die tatsächlichen Kosten oftmals höher sind.

Lobby für Wenig-Steuerzahler

Wer sich die Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Bunds der Steuerzahler anschaut, erkennt sofort, wie die einseitige programmatische Ausrichtung an Steuer- und Abgabensenkungen und an einem „Magerstaat“ zu erklären ist. 60 Prozent der Mitglieder sind Unternehmen oder gewerbliche Mittelständler, 15 Prozent sind Freiberufler. Die restlichen Mitglieder des Steuerzahlerbunds sind überwiegend leitende Angestellte. Hier wird deutlich, dass die neoliberale Programmatik des Steuerzahlerbunds und die Zusammensetzung seiner Mitglieder miteinander korrespondieren: Vertreten werden die Interessen der mittelständischen Wirtschaft und der Gutverdienenden. Von Neutralität und Seriosität kann nicht gesprochen werden.

Erfreulich ist vor dem geschilderten Hintergrund die Entwicklung der Mit-

gliederzahlen. Nachdem im Jahr 2001 mit rund 426.000 Mitgliedern ein Höhepunkt erreicht war, ging es steil bergab. Der Mitgliederstand dürfte im laufenden Jahr bei 310.000 Mitgliedern liegen.

Es gibt wohl kaum eine Institution, die so schamlos – aber leider auch so erfolgreich – mit ihrem Namen Etikettenschwindel betreibt. Der Bund der Steuerzahler ist im Grunde eine Tarnorganisation, die knallharte neoliberale Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Interesse von mittelständischen Unternehmen und Besserverdienenden betreibt. Auch scheint der Steuerzahlerbund – um es vorsichtig auszudrücken – ein ziemlich unreflektiertes Verhältnis zur braunen Vergangenheit seines Gründers zu haben: viele gute Gründe, um den Bund der Steuerzahler und seine politischen Motive bei jeder sich bietenden Gelegenheit ins wahre Licht zu rücken.

Kai Eicker-Wolf und Patrick Schreiner

ZUM WEITERLESEN

Rudolf Speth, Steuern, Schulden und Skandale. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? Arbeitspapier 161 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2008: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_161.pdf

Palästina – Israel

Das Pädagogische Zentrum Frankfurt, eine gemeinsame Einrichtung von Jüdischem Museum und Fritz Bauer Institut, befasst sich bei drei Seminarterminen am 10.2., 10.3. und 14.4. jeweils von 14.30 bis 17 Uhr mit der (Vor-)Geschichte des Nahostkonflikts. Der Nahostkonflikt wird in der Schule häufig als Anlass von antisemitischen Positionierungen wahrgenommen. Oft sehen sich Lehrkräfte durch die Anforderung überfordert, adäquat auf Schüleräußerungen zu reagieren, die offensichtlich politisch-ideologisch motiviert sind und ad hoc nicht verifizierbare Fakten behaupten. Diese Fortbildungsreihe vermittelt Einblicke in die historische Forschung über die Geschichte der Region bis zur Gründung des Staates Israel 1948 und zum damit verbundenen Krieg. Die Leitung haben Dr. Wolfgang Geiger und Gottfried Köbber.

• Infos und Anmeldung per E-Mail an Gottfried.Koessler@stadt-frankfurt.de, Tel. 069-212 494-34 oder -39, www.pz-ffm.de

Deutsch-türkisches Bilderbuch

„Mütterlein, lieb Mütterlein“ – diese Idylle hat nie gestimmt. Schon immer haben viele Frauen in Betrieben, in Büros und als Selbständige gearbeitet und nicht „nur dazuverdient“, sondern nicht selten allein die Familien ernährt. Nicht nur in Familien mit „Migrationshintergrund“, sondern genauso in deutschen Familien aller Schichten spielen Männer und Jungs die Paschas, während Frauen und Mädchen „ihrer Bestimmung gemäß“ für die Sauberkeit sorgen. Das zweisprachige, deutsch-türkische Bilderbuch „Mutter-Tag“ zeigt alternative Modelle, wie die Hausarbeit in der Familie aufgeteilt werden kann. Es geht um die Gerechtigkeit bei der Verteilung der Arbeiten in der Familie: Statt einen Aufsatz über seine Familie zu schreiben, besucht Ilker seinen Schulfreund und macht eine ungewohnte Erfahrung...

• Volker Mergner und Inci Hilbert: Der Muttertag – Anneler Günni. Projekte-Verlag Cornelius GmbH, Thüringer Str. 30, 06112 Halle/Saale

Junges Lehrerzimmer

„Das junge Lehrerzimmer“ (JLZ) ist eine bundesweit bisher einmalige Internetplattform für junge Lehrkräfte in Hessen. Projektleiterin Daniela Bruse über die Grundidee: „Wir wollten eine moderne Web 2.0-Plattform entwickeln, auf der junge Lehrkräfte darüber reden können, was im Unterricht funktioniert, Wissen und Erfahrungen austauschen und hinterlegtes Unterrichtsmaterial für sich nutzen oder eigenes Material zur Verfügung stellen.“ Zielgruppe sind vor allem Lehrer im Vorbereitungsdienst und in der Berufseinstiegsphase, aber auch alle anderen hessischen Lehrkräfte können sich unter www.jlzhessen.de anmelden.

Psychoanalytische Pädagogik

Der Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik bietet eine dreijährige berufsbegleitende Weiterbildung in Psychoanalytischer Pädagogik an.

• Infos: Tel. 069-701655, E-Mail: sekretariat@fapp-frankfurt.de, www.fapp-frankfurt.de



Alles wird immer besser

Das Versprechen der ökonomischen Denkweise

Die Auffassung von Bildung wandelt sich, wenn Schulen und Hochschulen als Unternehmen verstanden werden und damit ökonomische Rationalität Einzug in den Bildungsbereich hält. Diese Rationalität ist geprägt durch Prinzipien wie Standardisierung, Quantifizierung, Messbarkeit und Kontrolle. Für die Schulen bedeutet das Ausrichtung auf outputorientierte Bildungsstandards, auf Quantifizierung und damit Messbarkeit von schulischen Prozessen und Ergebnissen und regelmäßige Kontrollen durch externe und interne Evaluation. Testing, Ranking, Controlling sind Managementelemente, die eine ständige Verbesserung der Produkte auf dem Markt, Kostenersparnis und eine bessere Position gegenüber anderen Wettbewerbern erzielen sollen. Die Einführung dieser ökonomischen Elemente in den Bildungsbereich hält auch für die Schulen Versprechen bereit: effizientere Unterrichtsprozesse, immer bessere Ergebnisse, besser ausgebildete Schüler, bessere Lehrer, zu-

friedenere Schüler, Eltern und Lehrkräfte. Alles wird besser, schneller und präziser durch Qualitätskontrolle. Gerade weil die Versprechen so groß und verführerisch sind, ist es erforderlich, sich Sensibilität und ein deutliches Bewusstsein für die Grenzen, Implikationen und Folgen zu bewahren, die die Nutzung standardisierter Instrumente und die Logik von Effizienz und Kontrolle für das Unterrichtsgeschehen und die Bildungsinhalte haben.

Qualitätsmanagement in Schulen

Der „Hessische Referenzrahmen Schulqualität“ (HRS) zeigt auf, wie „auf der Basis eines Qualitätsmanagementsystems“ die Qualität der Schulen kontrolliert und ständig verbessert werden soll: Unterschiedliche Verfahren interner und externer Evaluation „bilanzieren“ zunächst den Ist-Stand der Schule. Vor dem Hintergrund von Bildungsstandards sind das schulinterne Vergleichsarbeiten, Lernstandserhebungen auf der regionalen und landesweiten Ebene, zentrale Abschlussarbeiten und die Überprüfung durch die Schulinspektion. Die Ergebnisse vor allem der externen Evaluation bilden dann den Ausgangspunkt, um die Weiterentwicklung der Schule zu steuern und die Qualität der schulischen Aktivitäten zu verbessern. Da dieser Vorgang sich in regelmäßigen Abständen wiederholt, kann, so die Vorstellung dieses Denkens, die Qualität der Schulen ständig gesteigert werden. Damit Lehr- und Lernprozesse und seine Ergebnisse messbar, vergleichbar und verbesserbar sind, orientieren sich „Lernarrangements“ und „Unterrichtsarrangements“ eng an den Standards und den zu erreichenden Kompetenzen wie den folgenden:

- „Die Lehrkraft plant den Unterricht auf der Basis der zu erreichenden Ziele in Form von Standards und Teilkompetenzen.“
- „Die Lehrkraft arbeitet mit Kompetenzrastern.“

„Unkonventionelle und kreative Lösungen“ sind angeblich erwünscht, wer-

den aber nur im Kontext von vorgegebenen Standards und zu erreichenden Kompetenzen gesehen. Auch die Vorstellung einer individuellen Förderung der Schüler übersteigt nicht die Grenzen der von Bildungsstandards, Evaluation, Lernstandserhebungen und standardisierten diagnostischen Materialien gesetzten Maßstäbe.

Kompetenzkonzept verändert Lehrer und Schüler

Dieses Denkmuster und die ihm entsprechenden Organisationsstrukturen richten Lehrer und Schüler darauf aus, sich vor allem auf etwas Vorgegebenes zu beziehen. Implizit wird dazu aufgefordert, so zu lernen und zu lehren, dass die Vorgaben möglichst gut erreicht werden. Je mehr die Leistungen bei den Lernstandserhebungen den Vorgaben und Erwartungen entsprechen, desto besser oder kompetenter sind die Jugendlichen. Auch Selbstkompetenz, die Schüler erlernen sollen, ist Wissen, das der Mensch im Umgang mit den eigenen Ressourcen und Gefühlen erwerben muss, um sich verändernden Anforderungen und Belastungen anpassen zu können.

Dieses Kompetenzkonzept stellt im Wesentlichen die Bedingungen der Möglichkeit für die Gewinnung von Erkenntnissen, die Entwicklung des Einzelnen und der Lerngruppe dar. Es wird das Verhalten von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften prägen, die Art und Weise zu lernen und zu lehren, Lösungsstrategien zu entwickeln und miteinander zu kommunizieren.

Die Dominanz eines Konzeptes, das eine Ausrichtung der Unterrichtsprozesse auf vorgegebene Ziele beinhaltet und gleichzeitig den Leistungsdruck durch quantitative Output-Orientierung (strategische Ziele), Lernstandserhebungen, Vergleichsarbeiten, Verkürzung der Schulzeit und zentrale Abschlüsse erhöht, schränkt die zeitlichen Spielräume erheblich ein, die für die Förderung individueller Entwicklung und eigenständiger und kreativer Leistungen des einzelnen Schülers zur Verfügung stehen.

21. Juni 2011:

Dein Tag für Afrika

Aktion Tagwerk bietet für Schülerinnen und Schüler eine außergewöhnliche Aktionsform des freiwilligen Engagements an, um die Bildungssituation vieler Kinder in Afrika zu verbessern. Sie gehen einen Tag lang jobben und schnuppern ins Berufsleben hinein oder beteiligen sich mit Klassenaktionen, Sponsorenläufen oder Hilfsdiensten im Freundes- oder Familienkreis. Mit dem Erlös ihres Einsatzes werden Bildungsprojekte des Aktion Tagwerk-Projektpartners Human Help Network in Angola, Burundi, Ruanda, Sudan und Südafrika gefördert. Das Tagwerk-Team besucht mit dem Infomobil teilnehmende Schulen und informiert über den Alltag und das Leben in den Projektländern und die mit dem Erlös unterstützten Projekte.

- www.aktion-tagwerk.de

Die Logik von Standardisierung und Kontrolle

Viele Unterrichtsprozesse lassen sich nur schwer der Logik von Standardisierung und Kontrolle unterwerfen:

- Kreative Leistungen sind inhaltlich und zeitlich nicht kalkulierbar. Unerwartetes zu denken, zu tun, die Perspektive zu wechseln, ereignet sich ungeplant. Der Lehrer kann Kreativität nur fördern, indem er günstige Bedingungen schafft und eine Qualität der Interaktion entsteht, die kreative Prozesse in Gang setzt.

- Wenn Schüler denken üben sollen und lernen sollen, sich mit schwierigen Gegenständen geduldig zu befassen, dann braucht das Zeit.

- Wenn aus Informationen und fragmentiertem Wissen der Grad der Bedeutung von Information für ein gestelltes Problem erarbeitet werden und sinnvolles Wissen für jeden Schüler daraus hervorgehen soll, so sind die dafür notwendigen kommunikativen Prozesse nur begrenzt zeitlich steuerbar. Wenig davon lässt sich eindeutig reproduzieren und abfragen.

- Wenn dem einzelnen Schüler in seiner subjektiven Besonderheit und der Lerngruppe in ihrer spezifischen Zusammensetzung Raum für Entwicklung gegeben wird, dann verlaufen Bildungsprozesse nicht geradlinig, sondern eher im Zickzack, ungeordnet und tastend.

- Schwierige Schülerinnen und Schüler, die wenig motiviert für die Arbeit im Unterricht sind, und sehr Begabte, die viele Fragen und Antworten haben, müssen in den Gruppenprozess eingebunden werden. Das kann nur gelingen, wenn sich diese Jugendlichen sehr individuell in ihren Fähigkeiten und Problemen angesprochen fühlen. Das sind Prozesse, die sich über längere Zeit erstrecken und deren Erfolg nicht garantiert ist.

Das alles lässt sich nur schwer mit der ökonomischen Logik von Outputorientierung, Kontrolle und Beschleunigung vereinbaren. Für diese Prozesse sind Momente der Verzögerung und der Unterbrechung konstitutiv. Es ist auch kaum möglich, diese Abläufe und Leistungen in messbare und berechenbare Objekte zu verwandeln und sie in quantitativen Aussagen zu beurteilen. Das Kompetenzkonzept hingegen, das sich vor allem an einen Durchschnittsschüler richtet und ihn an vorgegebene Standards bindet, passt sich da ein. Es reduziert Bildung im Wesentlichen auf instrumentelle Ziele, wodurch Unter-



richtsprozesse und Ergebnisse unproblematischer zu kontrollieren, zu steuern und zu bewerten sind.

Kann mit ökonomischer Logik und Kompetenzrastern wirklich das erreicht werden, was deren Befürworter versprechen, nämlich dass alles besser wird? Oder handelt es sich nicht vielmehr um den Glauben an ein Paradigma, der ein Glaube an den hypothetischen Zusammenhang von ökonomischer Rationalität und systematischer Steigerung der Qualität in der Schule ist? Es spricht nicht viel dafür, dass unter erhöhtem Zeitdruck und ohne Strukturveränderungen die Qualität schulischer Aktivitäten durch ein Qualitätsmanagementsystem verbessert werden könnte.

Eine widerständige Dimension

Eigenständiges und kreatives Denken, Entfaltung und Entwicklung der besonderen Fähigkeiten des Individuums als Bildungsziele rekurren auf die Vorstellung der Aufklärung von der Freiheit des Subjekts als konstitutivem Element des Bildungsbegriffs. Dieser inzwischen von der Politik als veraltet angesehene Bildungsbegriff beinhaltet selbstverständlich auch die Ausbildungsziele, verweist aber ebenso auf die Vorstellung von der Freiheit des Subjekts, das sich selbst bildet in der reflexiven Auseinandersetzung mit sich und der Welt. Rezeptivität und Spontaneität werden in diesem Begriff zusammen gedacht.

Es steht nicht in Frage, dass die Schule ihre Ausbildungsfunktion ernst

nimmt und die Ergebnisse des Kompetenzerwerbs evaluiert werden, es geht vielmehr darum, dass das herrschende ökonomische Paradigma zunehmend die Organisationsstrukturen in der Schule bestimmt und dadurch Ansprüche, die der Mensch als Subjekt und die eine demokratische Gesellschaft an Bildung haben, an den Rand, wenn nicht sogar aus dem Unterricht herausgedrängt werden.

Sind wir nicht der Auffassung, dass der Mensch als Individuum berechnete Ansprüche auf Entwicklung seiner Besonderheit hat? Fordern wir nicht immer noch von der Schule mit dem Begriff der Bildung die Möglichkeit ein, dass junge Menschen mündig werden können, dass sie zu selbst geleitetem Denken und Handeln fähig werden? Dass sie kritisch denken lernen und auch gegenüber einem sorglosen Fortschrittsoptimismus, der in Wachstums- und Steigerungsraten denkt, Distanz bewahren können? Mit einer vor allem funktionalen Bildung werden diese Fähigkeiten nicht entwickelt. Vernachlässigen wir das Erbe der Aufklärung, verliert der Bildungsbegriff seine kritische und widerständige Dimension, die für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar ist.

Die partikularen Werteinstellungen der Wirtschaft mögen sich als Prinzipien wirtschaftlichen Handelns eignen. Ihnen müssen aber für andere gesellschaftliche Bereiche klare Grenzen gesetzt werden. Das gilt vor allem auch für den Bildungsbereich.

Lieselotte Gebelein-Hammer

Integration in die Schule

Spracherwerb bei Familien und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In der gegenwärtigen Diskussion um eine fehlgeschlagene Integration von ausländischen Jugendlichen wird oft übersehen, dass wesentliche Gründe für unzureichende deutsche Sprachkenntnisse nicht in den Personen zu suchen sind, sondern in Umständen, die sie nicht selbst zu vertreten haben und die von der Mehrheitsgesellschaft zu verantworten sind.

Angst ist ein täglicher Begleiter

Die komplizierten aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, die Heerscharen von Anwälten und Gerichten jahrelang beschäftigen, erleben betroffene Familien als undurchschaubar, kompliziert und wenig transparent. Die Angst, den Aufenthaltsstatus zu verlieren oder sogar abgeschoben zu werden, ist nicht nur bei den Familien, die sich im Asylrechtsverfahren befinden, deutlich spürbar und belastet das gesamte Familienleben. Sie wirkt sich sehr stark auf das Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler aus.

Dazu kommt oft die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes durch Nichtverlängerung der Arbeitserlaubnis. Mit der Arbeitslosigkeit der Eltern droht ein starker Leistungsabfall in Schule und Berufsausbildung. Besonders das Arbeitserlaubnisverfahren, das Deutsche und EU-Bürgerinnen und -Bürger bevorzugt („Vorrangigkeitsprüfung“), lässt manchen afghanischen oder afrikanischen Vater unversehens auf der Straße stehen, weil jedes Jahr geprüft werden kann, ob nicht doch ein „Europäer“ seinen Arbeitsplatz einnehmen kann.

Der durch fehlende Kulturtechniken stark eingeschränkte Zugang zu Serviceangeboten zum Beispiel des Wohnungsamtes, des Arbeits- oder Sozialamtes ist ein weiterer Grund, der die Familien unter ständiger Spannung hält. Bei vielen Eltern können eine in Deutschland nicht anerkannte Berufsausbildung oder ein nicht ausreichendes Bildungsniveau zu Minderwertigkeitsgefühlen führen, die das gesamte familiäre Beziehungsklima und das übrige Umfeld stark belasten. Sie erleben

Ressentiments, Benachteiligung, Diskriminierung und alltäglichen Rassismus zum Beispiel auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Berichte der Medien über rassistische Übergriffe können wegen mangelhafter Sprachkenntnisse nicht immer richtig eingeordnet werden und führen zu Angstphantasien, starker Verzweiflung, Verunsicherung, Fluchtgedanken und zur Radikalisierung.

Die deutsche Aufnahmegesellschaft reagiert mit Vorurteilen, Abweisung oder herabwürdigenden Bemerkungen. Persönliche Traumata durch Fluchterlebnisse, Trennungs- und Verlustgefühle sind gerade bei Flüchtlingskindern an der Tagesordnung und können zu Sprachlosigkeit und Unempfindlichkeit gegenüber „weichen“ Erziehungsmaßnahmen führen.

Dazu gesellt sich oft eine durch die Migration entstandene Identitäts- und Entwurzelungsproblematik. Der Verlust von familiären, langjährigen sozialen und gesellschaftlichen Bindungen hat tief greifende seelische Folgen, die von starker gesellschaftlicher Isolation bis zur Kompensation durch Drogenkonsum reichen.

Natürlich treten all diese Konflikte nicht in allen Familien gleichzeitig auf. Aber es reichen schon zwei oder drei Faktoren, um ein vernünftiges Familienleben außer Kraft zu setzen. Eine Entfremdung zwischen den Familienmitgliedern kann durch langjährige Trennung oder den Verlust anderweitiger Bindungen bedingt sein, zum Beispiel durch den Verlust des Urvertrauens durch den Wechsel der kindlichen Bezugspersonen.

So herrscht in vielen Familien ein andauerndes Leben im Schwebezustand. Es gibt schwankende Zukunftspläne und ein permanentes Hin- und Hergerissensein zwischen traditionellen und modernen Werten. Viele Familien sind in ihren Biografien mehrfach solchen „Zerreißproben“ ausgesetzt. Die Überforderung von Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder und mit den komplizierten gesellschaftlichen Bedingungen ist ein weiterer wichtiger Faktor.

Sprache, Kultur und Geschlecht

Jugendliche aus Migrantenfamilien leiden außerdem sehr oft unter der – meist nicht wahr gemachten und nicht immer ernst gemeinten – Drohung der Eltern, sie bei Verhaltensauffälligkeiten wieder zurück zu den Großeltern oder Verwandten ins Herkunftsland zu schicken. Die Angst sitzt tief und löst sich erst nach Jahren in der Erziehungsberatung oder durch Aufklärung von Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern.

Ein Ausweg ist der Rückzug in die Religiosität, der die Schülerinnen und Schüler in ein für westeuropäische Verhältnisse besonders starres Normen- und Wertesystem zwingt. Viele Lehrerinnen und Lehrer machen sich nicht ausreichend bewusst, dass sie und ihre Schülerinnen und Schüler unterschiedlichen Kulturkreisen entstammen.

Unterschiede in der Konfliktfähigkeit und bei den Erziehungsstilen führen zu massiven Konflikten, zum Beispiel beim Umgang mit Aggressionen. Die Rolle und Funktion von Bildung und die damit verbundenen Erwartungen an die Schule werden von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften unterschiedlich gesehen und bewertet. Ein klassisches Beispiel ist der Ausbildungsberuf des Kfz-Mechanikers, der von Eltern und Großeltern aus Migrantenfamilien hoch gehandelt wird, aber eben nicht immer den Bedürfnissen der jungen Generation und den Bedingungen des Ausbildungsmarktes entspricht.

Viel zu wenig berücksichtigt wird auch die unterschiedliche Belastung von Jungen und Mädchen in Migrantenfamilien. So haben Mädchen sehr viel mehr unter der Dreifachbelastung von Haushalt, Schule und Miterziehung von jüngeren Geschwistern zu leiden und sind deshalb oft nicht in der Lage, den schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Gerade weibliche Jugendliche leiden zudem noch unter der Tabuisierung von Liebesbeziehungen oder Freundschaften zum anderen Geschlecht. Die Einstellung der Eltern zu Mode-, Medien- und Freizeit-

verhalten und zu religiösen und politischen Themen birgt nicht nur für Mädchen ein bedrohliches, Angst einflößendes Konfliktpotenzial. Männliche Jugendliche sehen sich dagegen bei Abwesenheit der Eltern gegenüber Schwestern und Brüdern oft als Stellvertreter elterlicher Autorität oder werden aufgrund ihrer besseren Sprachkenntnisse als Vermittler zwischen Eltern und Behördeninteressen eingesetzt.

Viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sprechen eine andere Familiensprache als Deutsch, verfügen aber über mehr oder weniger entwickelte Formen von Zweisprachigkeit. Dieser sprachlichen Vielfalt wird aber in der Schule kaum Rechnung getragen.

Lösungsansätze für die Schule

Pädagogische Zielsetzungen sind in der Schule eher zu realisieren, wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Eigenkompetenz, in ihren Stärken wahrgenommen werden. Die gegenwärtigen Schulformen machen es aber vielen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund schwer, da ihre Zwei- und Mehrsprachigkeit in der Schule nicht gleichwertig und gleichrangig im Vergleich zu anderen westeuropäischen Sprachen behandelt wird. So ist gar nicht einzusehen, warum der muttersprachliche Unterricht auf den Nachmittag verlegt und somit fast zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wurde. Dagegen würde eine Aufwertung des Türkisch- oder Italienischunterrichts als zweite oder erste Fremdsprache in der Schule sowohl der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gerecht als auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein anderes Selbstbild und Selbstbewusstsein vermitteln. Multinationale Firmen benötigen Nachwuchs, der einen multikulturellen Hintergrund aufweist und über gute Kenntnisse in mehreren Sprachen verfügt.

Eltern sollten zur Überwindung sozialer und individueller Notlagen in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder durch ein nachhaltiges und dauerhaftes Integrationsberatungsangebot unterstützt werden, sodass soziale Benachteiligungen gemindert und abgebaut werden können. Schulen brauchen deshalb eine dauerhafte Integrationsberatung.



Integrationsberatung in der Schule

Weiterhin ist es wichtig und richtig, diesen Jugendlichen außerunterrichtliche und außerfamiliale Erfahrungsfelder anzubieten, zum Beispiel im Nachmittagsprogramm einer Gesamtschule. Musik, Sport oder andere niedrigschwellige, jugendspezifische Angebote nach der eigentlichen Schulzeit können Kindern helfen, ihr Selbstwertgefühl zu stärken und sich selbst von einer unbekannten Seite her angstfrei zu erleben. Eine andere Organisation von Deutsch als Zweitsprachenunterricht wäre dringend erforderlich. An vielen hessischen Schulen gibt es keinen durchgängig organisierten Unterricht in „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF) und auch keinen klar strukturierten Unterricht in „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Lehrkräfte, die DaZ im Nebenfach unterrichten, werden oft in ihrem Hauptfach als Springer im Krankheitsfall eingesetzt, sodass der DaZ-Unterricht ausfällt. Für die Sprachentwicklung und für einen kontinuierlichen Aufbau von Deutschkenntnissen wäre es notwendig, dass der DaZ-Unterricht obligatorisch wie ein Hauptfach behandelt wird. Vertretungsunterricht muss die Kontinuität sichern.

„Coaching“ – eine der Wirtschaft entlehnte Beratungsform – muss kein besonders ausgeprägtes Fachwissen in den schulischen Leistungsfächern vor-

aussetzen, aber es muss sich einfühlsam, spontan und liebevoll mit der jugendlichen Seele und ihren Nöten auseinandersetzen können. Es geht darum, in kleinen Schritten das Selbstbewusstsein so zu stärken, dass die bisher verdrängten Nöte und Sorgen – auch die der Pubertät – sichtbar und im vertrauensvollen Diskurs besprechbar werden. Integrationsberatung und Schulsozialarbeit müssen geschaffen oder ausgebaut werden.

Eine integrierte Gesamtschule mit ihrem differenzierten Kurssystem, rhythmisierten Unterrichtsverläufen, einem breiten praktischen und berufsorientierten Angebot und einer gut ausgestatteten Integrationsberatung bietet die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Peter List

Der Autor ist Lehrer und Leiter des Projekts „Junge Europäer – junge Weltbürger“ an der IGS Stierstadt. Dort wird gegenwärtig mit Unterstützung des Hochtaunuskreises, des Regierungspräsidiums Darmstadt, der Stadt Oberursel und des Internationalen Vereins „Windrose“ eine Integrationsberatung eingerichtet.

Eine Langfassung des Artikels findet man im Internet unter www.gew-hessen.de > Meine Gewerkschaft > Themen > Interkulturelle Bildung

Volle Pension bald erst mit 67

„Dienstrechtsmodernisierungsgesetz“ trotz Protesten verabschiedet

Trotz der Kritik der Gewerkschaften wurde die „Pension mit 67“ von allen Fraktionen mit Ausnahme der LINKEN am 18.11.2010 vom Hessischen Landtag verabschiedet. Sie ist Bestandteil des „Ersten Gesetzes zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen“ (1. DRModG) (GVBL.I, S.410ff), das am 1.1.2011 in Kraft trat.

CDU und FDP übernahmen einige Änderungsanträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, so dass ihr ursprünglicher Gesetzentwurf an einigen Stellen nachgebessert wurde, ohne dass die Anhebung der Altersgrenzen von der Mehrheit des Landtags in Frage gestellt wurde. Die von der SPD-Fraktion beantragte Rückkehr der Beamtinnen und Beamten zur 40-Stunden-Woche wurde abgelehnt.

Im Folgenden werden die wesentlichen Neuregelungen zur Anhebung der Altersgrenzen vorgestellt. Ein ausführlicheres Info mit allen Übergangstabellen findet man auf der GEW-Homepage (www.gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich).

Anhebung der Regelaltersgrenzen ...

Ab dem Jahrgang 1947 erfolgt die Anhebung der allgemeinen Regelaltersgrenze von 65 auf 67. Ab dem Jahrgang 1964 gilt die Regelaltersgrenze 67. Für die Übergangszeit gilt die untenstehende Tabelle. Die Versetzung in den Ruhestand erfolgt mit Ablauf des Monats, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird.

Regelaltersgrenzen (DRModG vom 18.11.2010)			
Geburts-jahr	Jahr + Monate	Geburts-jahr	Jahr + Monate
1947	65 + 1	1956	65 + 10
1948	65 + 2	1957	65 + 11
1949	65 + 3	1958	66
1950	65 + 4	1959	66 + 2
1951	65 + 5	1960	66 + 4
1952	65 + 6	1961	66 + 6
1953	65 + 7	1962	66 + 8
1954	65 + 8	1963	66 + 10
1955	65 + 9	1964	67

... im Schul- und Hochschuldienst

Bisher galt, dass Lehrkräfte an öffentlichen Schulen zum Ende des Schuljahres, in dem sie die allgemeine Regelaltersgrenze erreichen, in den Ruhestand treten. Der Gesetzentwurf sah vor, dass die Regelaltersgrenze mit Ablauf des letzten Monats des Schulhalbjahrs erreicht wird. Durch das DRModG in der verabschiedeten Form gilt dies jetzt nur noch für Lehrkräfte, die vor dem 1. 1. 1964 geboren sind. Die Jahrgänge ab 1964 treten bereits mit Ablauf des Monats, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird, in den Ruhestand. Ein „Aufschieben“ bis zum Schuljahres- bzw. -halbjahresende gibt es dann nicht mehr.

Unverändert bleibt die Regelung für die Lehrkräfte an den Hochschulen (Professoren, Dozenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Lehrkräfte für besondere Aufgaben), die erst mit Ende des Semesters, in dem sie die Regelaltersgrenze erreichen, in den Ruhestand treten.

Für Lehrkräfte an Schulen, die zwischen dem 2. 8. 1945 und dem 1. 2. 1946 geboren sind, bedeutet dies, dass sie die Regelaltersgrenze bereits am 31. 1. 2011 erreichen. Eine Übergangsregelung gibt es insoweit nicht. Wer geplant hat, das Schuljahr nach der alten Regelung zu Ende zu führen, muss einen formlosen Antrag stellen, der nach einem Erlass des Kultusministeriums vom 14. 12. 2010 ohne weitere Prüfung genehmigt wird.

Antragsaltersgrenzen

Beamtinnen und Beamte können jetzt bereits mit Vollendung des 62. Lebensjahres auf ihren Antrag hin in den Ruhestand versetzt werden. Die Antragsaltersgrenze lag bisher bei 63. Bei Lehrkräften gibt es nun eine ausdrückliche gesetzliche Regelung, dass diese Versetzung in den Ruhestand nur zum Ende eines Schulhalbjahrs erfolgen darf. Hinsichtlich der Versorgungsabschlüsse gibt es Übergangsregelungen.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Anhebung der Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte von 60 auf 62 Jahre wurde nach

erheblicher Kritik nicht umgesetzt. Nach Intervention des DGB und der Einzelgewerkschaften bleibt es bei der alten Regelung, wonach schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte ab Vollendung des 60. Lebensjahres auf ihren Antrag hin in den Ruhestand versetzt werden können. Die Sonderregelung für Lehrkräfte für die Pensionierung zum Schuljahres- bzw. -halbjahresende gilt auch hier.

Wahlrecht bei bereits bewilligtem Antragsruhestand

Beamtinnen und Beamte, die von der Anhebung der Regelaltersgrenze betroffen sind und denen eine vorzeitige Pensionierung auf Antrag bereits bewilligt wurde, können beantragen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt in den Ruhestand versetzt werden. Damit würden sie die höheren Versorgungsabschlüsse vermeiden.

Regelungen zum Vertrauensschutz

Für Beamtinnen und Beamte, die sich am 1. 1. 2011 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit im Blockmodell, in einer Beurlaubung bis zum Beginn des Ruhestands oder in einem Freijahr, das unmittelbar vor dem Ruhestand liegt (Sabbatjahrsmodell), befinden, bleibt es bei der Regelaltersgrenze von 65.

Für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen und die oben genannten Hochschulbeschäftigten in der aktiven Phase der Altersteilzeit im Blockmodell bleibt es bei der Regelaltersgrenze 65, wenn sie sich in einem Altersteilzeitmodell befinden, das bis zum Erreichen der bisherigen Regelaltersgrenze (Ende des Schuljahres bzw. Semesters, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird) genehmigt wurde. Dies wurde mit „organisatorischen Notwendigkeiten“ begründet, da andernfalls eine Anpassung des Altersteilzeitmodells an die neuen Altersgrenzen zu einem Ausscheiden mitten im Schulhalbjahr oder Semester führen würde. Für Beamtinnen und Beamte außerhalb des Schul- bzw. Hochschuldienstes, die in der Arbeitsphase der Altersteilzeit sind, gibt es daher keine Vertrauensschutzregelung.

Auch Beamtinnen und Beamte im Schul- oder Hochschuldienst, die die Altersteilzeit mit der Antragsaltersgrenze kombiniert haben, erhalten nach dem DRModG keinen Vertrauensschutz. Nach der gesetzlichen Regelung bleibt es zwar beim bewilligten Modell, die Folge sind jedoch höhere Versorgungsabschläge. Allerdings müsste auch ihnen die Möglichkeit gegeben sein, den Beginn des Ruhestands zu verschieben.

Freiwillig bis 70

Die Altersgrenze, bis zu der Beamtinnen und Beamte über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten können, wurde von 68 auf 70 angehoben. Voraussetzung ist weiterhin, dass ein entsprechendes dienstliches Interesse besteht. Der Antrag auf längeres Arbeiten ist spätestens sechs Monate vor dem eigentlichen Beginn des Ruhestands zu stellen.

Versorgungsabschläge

Ab dem 1.1.2011 wird das bisherige bundesrechtliche Beamtenversorgungsgesetz für hessische Beamtinnen und Beamte durch das Hessische Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) abgelöst. Entsprechend der Neuregelung im Hessischen Beamtengesetz (HBG) werden die Regelungen zu den Versorgungsabschlägen im HBeamtVG „angepasst“. Die Höhe der Abschläge errechnet sich wie bisher auch nach dem Zeitraum zwischen der Versetzung in den Ruhestand und dem Ende des Monats, in dem die jeweilige Altersgrenze erreicht wird. Das Schulhalbjahresende oder Semesterende spielt dabei keine Rolle. Der Abschlag beträgt 0,3 % pro Monat.

Wer vor der nach seinem Geburtsjahr geltenden Regelaltersgrenze auf seinen Antrag hin in den Ruhestand versetzt wird (allgemeine Antragsaltersgrenze 62), erhält einen Abschlag von der berechneten Pension.

Für die Jahrgänge bis einschließlich 1948 bleibt es bei der bisherigen Berechnung bis 65. Für den Jahrgang 1949 werden für die Berechnung des Abschlags folgende Altersgrenzen zugrunde gelegt:

geboren bis	Lebensalter	
	Jahr	Monat
31.1.1949	65	1
28.2.1949	65	2
31.12.1949	65	3



Der maximale Abschlag aufgrund der neuen Antragsaltersgrenze von 62 Jahren beträgt jetzt 18 %!

Auch wenn die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte bei 60 Jahren bleibt und nicht auf 62 Jahre angehoben wurde, wird der Versorgungsabschlag in Zukunft nicht mehr nur bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres, sondern des 65. Lebensjahres errechnet, wird aber auf maximal 10,80 % begrenzt.

Wie nach den bisherigen Regelungen auch erhalten Beamtinnen und Beamte, die die Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte in Anspruch nehmen, keinen Versorgungsabschlag, wenn sie am 1. 1. 2001 bereits im Beamtenverhältnis standen, bis einschließlich 16. 11. 1950 geboren und spätestens seit dem 16. 11. 2000 schwerbehindert sind.

Für Beamtinnen und Beamte bis einschließlich Jahrgang 1951 bleibt es dabei, dass die Berechnung des Abschlags nur bis zum Ende des Monats erfolgt, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird. Für die Jahrgänge ab 1952 gibt es eine Übergangsregelung.

Auch in den Fällen der vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen wird der Abschlag zukünftig nicht mehr bis zum 63. Lebensjahr, sondern bis zum 65. Lebensjahr berechnet. Für Pensionierungen bis einschließlich 31. 12. 2011 bleibt es bei der alten Regelung. Für Pensionierungen ab dem 1. 1. 2012 gibt es eine Übergangsregelung.

Sonderregelungen gibt es für Beamtinnen und Beamte mit langen Dienstzeiten. Keinen Abschlag erhält, wer zum Zeitpunkt der Pensionierung 65 Jahre alt ist und mindestens 45 ruhegehaltfähige Dienstjahre hat oder

wegen Dienstunfähigkeit pensioniert wird, 63 Jahre alt ist und mindestens 40 ruhegehaltfähige Dienstjahre hat. Bei einer Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit vor dem 1. 1. 2024 „reichen“ 35 Dienstjahre.

Weitere Änderungen im Versorgungsrecht

Neu eingeführt wurde ein Anspruch auf eine **Versorgungsauskunft**. Die zuständige Behörde, das Regierungspräsidium Kassel, hat Beamtinnen und Beamten auf ihren Antrag hin Auskunft zum Anspruch auf Versorgungsbezüge nach der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Antragstellung zu erteilen. Die Auskunft steht unter dem Vorbehalt künftiger Sach- und Rechtsänderungen sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der zugrunde liegenden Daten.

Unverändert ist, dass eine **Anrechnung eines Erwerbseinkommens** auf die Beamtenpension erfolgt, sobald beides zusammen die Vollzeitbesoldung aus der Endstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe übersteigt. Neu ist, dass bei einer vorzeitigen Pensionierung aufgrund der allgemeinen Antragsaltersgrenze von 62 Jahren von dem übersteigenden Betrag aber nur 50 % auf die Pension angerechnet werden.

Die **Hinzuverdienstgrenze bei Dienstunfähigkeit** (ohne Dienstunfall) oder **Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte** wird angehoben. Die Höchstgrenze betrug bisher 75 % (71,75 %) einer Vollzeitbesoldung aus der Endstufe der Besoldungsgruppe zuzüglich 325 Euro. Der Festbetrag wird von 325 auf 467 Euro angehoben.

Annette Loycke
Landesrechtsstelle der GEW



Ich liebe Aufsichten

Über Schulerfolg entscheidet das Miteinander

HLZ-Leser Frank Krämer schreibt immer mal wieder Artikel in einem Mitteilungsorgan seiner Schule. Besonders viele Rückmeldungen erhielt er zu seinen Reflexionen zum Thema „Aufsichten“. Am meisten erfreute und bewegte ihn der „spontane Zuspruch“ vieler Schülerinnen und Schüler: „Es scheint, als ob ich im Erfassen meines eigenen Unwohlseins die Befindlichkeiten der mir Anvertrauten ebenfalls anzusprechen vermochte.“ Wer sich für eine solche Veröffentlichung entscheidet, sucht, wie Frank Krämer meint, „im Prozess dialogischer Kommunikation die Perspektive des Anderen: Wer schreibt, lebt von diesem Feedback.“ Die HLZ veröffentlicht seinen Artikel in der Hoffnung auf weitere Rückmeldungen.

Leise rieselt der Schnee. An einem Freitag während der zweiten großen Pause. In den oberen Gebäudengängen ist es angenehm ruhig, die letzten Kollegen treffe ich freundlich grüßend Richtung Lehrerzimmer. Auf meinem Gang zur Aufsicht im Schulpark und Hof 2 bahne

ich mir stoßend, schiebend und rempelnd eine Gasse durch das lärmende Geschrei und Stimmengewirr der Pausenhalle. Es fehlen nur noch die Lautsprecheransagen und man könnte sich in Verkehrsspitzenzeiten des Hauptbahnhofs oder in das Flughafenterminal zur Urlaubszeit versetzt fühlen. Prächtiger Vergleich. Tief durchatmen und anschließend in die klirrende Kälte hinaus. Erst jetzt beginnt meine Pausenaufsicht. 20 Minuten pure Erziehungsrackerei, allein, schutzlos. Ohne Kenntnisse der Namen derjenigen, die einem geregelten Pausenablauf folgen sollen, dessen Ordnung streifenpolizisten gleich einzufordern ist. Hier ein Schneeball, dort ein Eiskicken. Hier ein Würgegriff, gleich noch einen Treter im Anschluss. Hinter der Baracke eben verschwunden, sind die Grüppchen unschuldigen Blickes in einer anderen Ecke wieder versammelt. Hier ein Feuerzeug gezückt, dort ein Wölkchen gerade noch erblickt. Wollte ich eine Liste beginnen, sie wäre schon beim hastigen Suchen des Kulis überfüllt.

Wo sollen sie herkommen, Kraft, Phantasie und Gelassenheit für die noch anschließenden Unterrichtsstunden? An das Pausenbrot mit einem Schlückchen Kaffee in entspannter Atmosphäre, zum Auftanken des Akkus, nicht ein einziges Mal gedacht. Und der eigene Toilettengang? Nun, der ließe sich doch mit einer Aufsicht, wenigstens mit einem kurzen Blick in die Schülertoiletten verbinden.

Nein, das Thema ist viel zu ernst für sarkastische Sprüche! Pausen sind existentiell! Für Lehrer und Schüler gleichermaßen! Zum Durchhalten für die anschließenden Lernreihen, für einen gesunden Rhythmus. Wie sonst ist ein Acht-, Zehn-, manchmal gar Zwölfstunden-Schüleralltag durchzustehen? Ich frage mich sowieso, weshalb hier nicht das Jugendschutzgesetz greift. Stehen doch noch Hausaufgaben an – und womöglich ein Leben ohne Schule, Lehrer und Unterricht! Verständnis also für die G8-gehetzte Kinderseele, die in ihrem getakteten Alltag Räume und Zeit zum Toben braucht? Selbstverständlich!

Doch muss sich die Gesellschaft über eines im Klaren sein: Wenn sie selbst allüberall weniger Erziehungsaufgaben übernimmt, wenn die soziale Tragkraft anderer Institutionen schwindet und sie das Feld dem lauten Medienspektakel von Dieter Bohlen und Heidi Klum, gekrönt vom höchst coolen Bushido überlässt, dann darf sie sich im Gegenzug nicht über Widerspruch aus der Ecke der Erziehungsdienstleister wundern. Teilweise fünf Aufsichten zusätzlich zum Unterrichtsgeschehen in der Woche bleiben nicht ohne Verschleiß an Person und Arbeit.

Vor nunmehr 20 Jahren, zu Beginn meiner professionellen Lehrerlaufbahn nahm ich mir jene weise Forderung als schlecht bezahlte Hilfskraft im Südwesten Englands als Dinner-Man während der Mittagspausenbetreuung sehr zu Herzen – jedoch konnten weder ich selbst, noch Schüler, noch Eltern, gar Schulaufsicht oder Kultusministerium berechtigten Anspruch an mich stellen, nach durchrackerter Pausen-Arbeit noch tolle, mitreißende oder anspornende Unterrichts-Arbeit anzuschließen.

„Der ist nicht wirklicher Lehrer, der Pädagogik sich angeeignet hat als Wissenschaft von der Kindesbehandlung, sondern derjenige, in dem der Pädagoge erwacht ist durch Menschenkenntnis.“
(Verfasser unbekannt)

Der Organismus Schule, den jeder aufgrund eigener erlebter Schuljahre zu verstehen meint, ist eben nicht die „eierlegende Wollmilchsau“, der man lediglich wechselndes Futter vorsetzen muss, um mit entsprechenden Ergebnissen den so genannten quantifizierbaren Output statistisch bilanzieren zu können. Hier agieren vielmehr täglich Menschen miteinander. Und es ist allein die Qualität dieses humanen Miteinanders, die über den Erfolg dieser Institution entscheidet „Es ist, was es ist“, sagt die Liebe zum Menschen, dabei dem Recht auf umfassende Bildung verpflichtet. „Die Sachen klären, die Personen stärken“, sagte Hartmut von Hentig: Was einmal wa(h)r, bleibt dennoch immer wahr!

Frank Krämer



Mit lea nach Namibia

lea-Studien
und Begegnungsreise vom
25. Juni bis 10. Juli 2011



Das postkoloniale Namibia trägt wie keine andere ehemalige deutsche Kolonie auch heute noch den Stempel der wilhelminischen Zeit. Dies beginnt bei der Landverteilung, setzt sich in der Infrastruktur fort und dokumentiert sich in einer Erinnerungslandschaft, die, angefeuert durch das kolonialnostalgische Interesse eines großen Teils der Namibia bereisenden deutschen Touristen, Relikte aus der deutschen Kolonialzeit liebevoll pflegt. Demgegenüber gibt es vergleichsweise wenige Denkmäler und Orte, die an die Zeit vor der Kolonialisierung und an den Widerstand der Völker Namibias gegen die deutsche Landnahme erinnern. Sie bleiben – nicht zuletzt aufgrund des durch den Tourismus befeuerten Booms kolonialnostalgischer Literatur und Reiseprogramme – auch im heutigen Namibia für die Reisenden eher eine folkloristische Randnotiz.

Reimer Gronemeyer wies darauf hin, dass Reisen nicht zwangsläufig bildet: „Man kann nach Namibia reisen und dümmer zurückkommen als man vorher war.“ Es ist aufgrund der hochentwickelten touristischen Infrastruktur Namibias, die weitgehend von europäischen Einwanderern dominiert wird, möglich, das Land zu bereisen, ohne mit der Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung in Berührung zu kommen. Die lea-Studien- und Begegnungsreise möchte hier andere Akzente setzen und greift daher bewusst auch die Lebenswirklichkeit der Townships und der *Communal Areas* auf und versucht deutlich zu machen, wie sehr auch hier die deutsche Kolonialzeit fortwirkt.

Die Rundreise beginnt mit zwei Tagen in der Hauptstadt Windhoek. Der Schwerpunkt des Programms thematisiert die deutsche Kolonialzeit, ihre Folgen und ihre Spuren. Eine histori-

sche Stadtrundfahrt mit Abstecher nach Katutura, ein Besuch im *State Museum* und ein Vortrag in den *National Archives of Namibia* mit Informationen über das Geschichtsprojekt *Archives of Anti-Colonial Resistance and the Liberation Struggle* bieten Anknüpfungspunkte für eine Diskussion um das Fortwirken der kolonialen Vergangenheit, die auch bei der nächsten Station der Reise, dem Waterberg, noch im Mittelpunkt stehen wird. Ein kleiner deutscher Soldatenfriedhof erinnert daran, dass hier im August 1904 die deutsche „Schutztruppe“ auf Befehl des Leutnants *von Trotha* den Aufstand der Herero durch Völkermord beendete. Motive und Begründungen der Strategie, die Hereros durch ein Abschneiden von den Wasserquellen zu vernichten, verweisen auf die historischen Wurzeln, die der spätere Genozid an den Juden in der deutschen Geschichte hat.

Bei der Weiterreise nach Oshakati im Ovamboland überqueren wir die Veterinärgränze zu den *Communal Areas*. Am Kontrollpunkt wird klar, dass Namibia in zwei Teile zerfällt, einerseits in den nach wie vor von Landwirtschaft geprägten Süden und die vor allem im Norden gelegenen *Communal Areas*. Oshakati ist die zweitgrößte Stadt Namibias und eine regelrechte *Boomtown* jenseits der Pfade des Massentourismus. Hier wollen wir uns mit den Entwicklungsperspektiven der Grenzregion zu Angola beschäftigen. Die Weiterreise führt über den Etosha Nationalpark zu den Felsgravuren von Tweyfelfontain und von dort nach Swakopmund.

Bisweilen wird Swakopmund als das „südlichste Nordseebad Deutschlands“ bezeichnet, ein Titel, der auf die deutschstämmigen Swakopmunder zurückgeht, von denen viele „ihre“ Stadt immer noch als „deutsche“ Stadt betrachten.

Tatsächlich prägt wilhelminische Architektur das Bild des Stadtkerns und die deutsche Sprache ist weit verbreitet. Der Urantagebau Rössing Mine und das Township Mondesa stehen für ein Namibia, das nach wie vor ethnisch zerrissen und von großen sozialen Problemen geprägt ist. Der Besuch einer Grundschule und eines Kindergartens in Mondesa und ein Gespräch mit *Theunis Keulder* vom *Namibia Institute for Democracy* zur Stadtentwicklung nach dem Ende der Apartheid werden diese Fragen vertiefen.

Die Rückfahrt nach Windhoek erfolgt über den Namib Naukluft Park und schließt eine Fahrt zu den höchsten Dünen der Welt im Sossusvlei ein.

Die drei letzten Tage der Studien- und Begegnungsreise führen die Gruppe zurück nach Windhoek, wo Fragen der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung thematisiert und ein Blick auf das namibische Bildungssystem geworfen werden. Geplant sind Gespräche im Ministerium für *Education & Culture* und im *Labour Research and Resource Institute*. Besuche in Schulen und bei Entwicklungsprojekten sowie die Möglichkeit, Windhoek auf eigene Faust zu erkunden, runden das Programm ab.

Die Unterkunft erfolgt in Hotels der gehobenen Mittelklasse. Der Reisepreis beträgt je nach Teilnehmerzahl zwischen 2.890 bis 3.050 Euro, der Einzelzimmerzuschlag jeweils 250 Euro. Anmeldeschluss ist am 21. 3. 2011.

Bernd Heyl

Das ausführliche Programm findet man auf der lea-Website www.lea-bildung.de, für Nachfragen steht auch der Autor Verfügung: bernd.hey1@t-online.de.

Wanderer zwischen Himmel und Hölle

Kunst und Psychiatrie in der Sammlung Prinzhorn

Die Skulptur aus Ytongsteinen ist mit Spiegelscherben, Mosaiken und Krimskrams verkleidet und endet in zwei Armen einer Schaufensterpuppe. Von 2004 bis 2006 arbeitete *Casimir Wenzel* in der Psychiatrie Wunstorf an diesem Werk. Wollte er sein „zerbrochenes“ Leben darstellen oder einfach nur dem Affen seiner Fantasie Zucker geben? Nicht nur über diese jüngste Schenkung an das Museum Sammlung Prinzhorn in Heidelberg, die im Foyer ausgestellt ist, kann man lustvoll streiten. Auch die bis zum 3. April laufende Wechselausstellung „... durch die Luft gehen – Josef Forster, die Anstalt & die Kunst“ bietet Ungewohntes, regt zu Kontroversen an und ist auch für Schulklassen geeignet, zumal auf Anfrage Führungen geboten werden.

Forster lebte von 1916 bis 1941 in der Regensburger Psychiatrie, der NS-Euthanasie entkam er, weil Verwandte ihn heimholten. Wie seine Arbeiten, so ist auch der Kernbestand der Sammlung Prinzhorn mit über 4.000 Werken älteren Datums. Der junge Heidelberger Arzt *Hans Prinzhorn* begann ab 1919 Kunstwerke von Patientinnen und Patienten in psychiatrischen Anstalten zu sammeln. Damals sprach man noch von Irrenanstalten, kunstpädagogische Therapien gab es nicht. Trotzdem entstanden erstaunlich viele Zeichnungen, Gemälde, Skulpturen oder Stickerarbeiten. Die Eingesperrten

ergatterten Bleistiftstummel oder Packpapier, kurz alles, was brauchbar für ihre wunderlichen Werke schien. Schöpferisch werden, um zu überleben, etwas Selbstwertgefühl zurückerobern, Anerkennung finden, so könnte man diesen kreativen Drang interpretieren. An-



erkennung blieb ihnen lange versagt, die Werke verschwanden in den Krankenakten, um die Diagnose Schizophrenie zu belegen. Sie war damals schnell zur Hand, auch bei Patienten mit seelischen Krisen, die dann erst durch die lange Internierung „verrückt“ wurden. Prinzhorn, der auch promovierter Philosoph war, erkannte als erster die Ausdruckskraft dieser „Irrenwerke“. Als auch *Pablo Picasso* und die Surrealisten um *Max Ernst* sie bewunderten, billigte man ihnen peu à peu Kunststatus zu. Heute ist die Sammlung Prinzhorn weltbekannt, zum historischen Bestand gesellen sich tausende Werke neueren Datums. Seit 2001 hat sie ein eigenes Museum mit Cafeteria im Garten der Heidelberger Universitätspsychiatrie in der Voßstraße. Als Logo

des Museums wählte man Josef Forsters bekanntestes Bild, ein pastoses Gemälde von 1919. Auf ihm geht er selbst durch die Luft über einer öden Erde, obwohl Gewichte seine Arme beschwerten. Man denkt spontan an den Vers der Dichterin *Hilde Domin*: „Ich setzte den Fuß in die Luft, und sie trug“.

Wie später Domin wurde auch Forster in einer Extremsituation zum Künstler. Über das Vorleben des 1878 geborenen Tapeziersers und Dekorateurs wissen wir wenig. Die damals verteuflte Onanie muss ihm enorme Schuldgefühle bereitet haben. In der Anstalt entwickelte er ein Wahnsystem, mit dem er ein Leben als „Edelmensch“ anstrebte. Auf mehreren seiner Gemälde erscheint ihm die Jungfrau am Bett, der er seine Hände vorzeigt. Oder will er sie zu sich ziehen? Nur 20 Arbeiten Forsters sind erhalten, die durch Arbeiten seiner Regensburger Leidensgenossen ergänzt werden. Darunter ist ein penibel gezeichneter Plan der Anstalt, die als hermetisch abgeriegelte Festung Gänsehaut macht, aber gleichzeitig ästhetisch besticht.

Auf seinen Selbstporträts (siehe Bild) schaut Josef Forster ernst, nur auf einem Foto mit einem selbstkonstruierten großen Laufrad lächelt er stolz. Studierende der Hochschule für Kunsttherapie Nürtingen haben sich auch praktisch mit den Arbeiten Forsters auseinandergesetzt. Inmitten der Exponate steht das Laufrad, das die Studentinnen und Studenten aus Weidenruten, Drähten und Kordeln original nachgebaut haben.

Wie der Katalog die Ausstellung aus interdisziplinärer Sicht beleuchtet, so kann sie auch in mehrere Schulfächer integriert werden. Im Idealfall bringt sie das Lernziel „Toleranz gegenüber dem Anderen“ ein wenig voran.

Der Eintritt ist frei, Führungen sind kostenpflichtig. Infos im Internet unter www.prinzhorn.uni-hd.de und Tel. 06221-564739 oder -564492.

Ursula Wöll

Vor 70 Jahren

Im Januar 1941 begann in der seit 1907 bestehenden Landesheil- und Pflegeanstalt Hadamar die Tötung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in einer Gaskammer, durch tödliche Injektionen und Medikamente und Mangelernährung. Bis zum März 1945 wurden im Rahmen der sogenannten Aktion T4 etwa 14.500 Menschen ermordet.

Wir gratulieren im Januar und Februar ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Gertrud ABmus, Melsungen
 Helga Ball, Hünstetten
 Bernd Balser, Rodgau
 Hans-Walter Becker, Darmstadt
 Kristin Becker-Grünwald, Kronberg
 Harald Bickert, Neukirchen
 Isa Birk, Wiesbaden
 Thomas Blecher, Driedorf
 Dr. Hartmut Bölts, Ebsdorfergrund
 Manfred Boxheimer, Lampertheim
 Siglinde Degenhardt, Fulda
 Gudrun Germann-Wolff,
 Groß-Umstadt
 Wolfgang Glaser, Nidda-Stornfels
 Wolfhard Glodde, Dautphetal
 Waltraut Großnick, Hochheim
 Birgit Gunkel, Darmstadt
 Hildegard Hasse, Wettenberg
 Peter Hauswaldt, Marburg
 Otto Heger, Viernheim
 Reiner Heine, Baunatal
 Harald Hertel, Kirchhain
 Fritz Hertle, Fulda
 Ernst Holzer, Aßlar
 Michael Janitzki, Gießen
 Heinrich Jonas, Rodgau
 Horst Dieter Kalb, Frielendorf
 Dr. Bernd-Ullrich Kettner, Marburg
 Barbara Kilian, Baunatal
 Ulrike Klute, Buseck
 Kriemhilt Köhler, Alsfeld
 Heike Kubitz, Pfungstadt
 Brigitte Kühn, Frankfurt
 Guido Künzel, Rüsselsheim
 Ulrich Lang, Friedberg
 Regina Lewandowski,
 Bad Soden-Salmünster
 Till Lieberz-Gross, Frankfurt
 Anne-Maria Linke-Diefenbach,
 Kiedrich
 Anne Mahn, Dieburg
 Ina Müller-Allendorff, Heidelberg
 Burkhard Nasemann, Homberg-Berge
 Inge Niebling, Frankfurt
 Manfred Nikolay, Hanau
 Ingrid Rebens, Witzenhausen
 Iris Redert, Herbörn
 Dieter Reibling, Schwalmthal
 Helmut Richter, Linden
 Trude Ruffing, Bensheim
 Jutta Schoebel, Kassel

Rüdiger Schulze, Wiesbaden
 Klaus Segieth, Gießen
 Erhard Siebert, Immenhausen
 Eveline Six, Wiesbaden
 Jürgen Stockhardt, Darmstadt
 Christel Strecker, Darmstadt
 Karl-Jürgen Theiß, Mücke
 Helga Urban, Kassel
 Anita Veith, Kiesby
 Ilse Wagner, Schwalmthal-Vadenroth
 Gerhard Wayand, Koblenz
 Margret Wendling, Darmstadt
 Hans-Friedrich Wiemann, Korbach
 Helmut Winkler, Vellmar
 Jochen Zillig, Bensheim

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Elfriede Ameling, Viernheim
 Prof. Brigitta Arold, Frankfurt
 Giselheid Aschenbrenner, Wiesbaden
 Inge Druschel-Lang, Steinbach
 Ruth Hierse, Bad Nauheim
 Ulrike Hoffmann-Krumm, Kassel
 Prof. Michael Kittner, Hanau
 Helga Lied, Lich
 Helmut Machelett, Weilburg
 Prof. Herbert Schäfer, Kassel
 Werner Scholz, Frankfurt
 Herbert Stein, Wächtersbach
 Helge Wolfgang Tismer, Kassel
 Siegfried Wieland, Arnstadt

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Kurt Drolsbach, Heuchelheim
 Helmut Gernand, Griesheim
 Gerhard Klöcker, Hainburg
 Margot Meng, Kassel
 Inge Scheerer, Kassel
 Karin Siegenbruk, Florstadt-Staden
 Alfred Weiler, Weilburg

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Hermann Pohlmann, Bad Arolsen
 Prof. Walter Sons, Kassel

... zum 75. Geburtstag:

Horst Anthoni, Erbach
 Norbert Ebel, Marburg
 Joachim Haase, Bebra
 Otto Heger, Viernheim
 Gerda Junk, Herbörn

Matthias Koelmer, Calden
 Elisabeth Nebling, Darmstadt
 Prof. Ayla Neusel, Berlin
 Franz Peter, Groß-Umstadt
 Christa Ratz, Gießen
 Dr. Peter Römer, Kassel
 Klaus Schindel, München
 Ingrid Schmidt, Ludwigsau
 Rolf Schneider, Steinbach
 Dieter Stengel, Friedberg
 Dr. Dorothee Stiewe, Fritzlar
 Anneliese Strauss, Frankfurt
 Christa Thiemann, Laubach
 Thomas Wagner, Frielendorf
 Johann Windhab, Schwalmstadt

... zum 80. Geburtstag:

Gudrun Hermann, Langen
 Prof. Kurt Kliem, Ebsdorfergrund-
 Beltershausen
 Emilie Röder, Bad Orb
 Horst Sellke, Kassel
 Brigitte Witzel, Eppstein

... zum 85. Geburtstag:

Wilhelm Kaiser, Pfungstadt
 Doris Rietschel, Höchst
 Wilhelm Rühl, Alsfeld

... zum 90. Geburtstag:

Elisabeth Fränzel, Rotenburg
 Günter Niehof, Idstein
 Maria Zenker, Laubach

... zum 91. Geburtstag:

Ruth Fischer, Stadtallendorf
 Martha Heinecke, Sontra
 Hildegard Hühn, Bad Orb

... zum 94. Geburtstag:

Karl Adler, Bad Hersfeld

... zum 96. Geburtstag:

Anna Heumann, Michelstadt

... zum 99. Geburtstag:

Frieda Anders, Gießen

Wissenswert in hr2-kultur

**Radiosendungen für die Schule
im Januar und Februar**

**Montag bis Freitag
von 8.30 bis 8.45 Uhr in hr2-kultur**

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne, interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

Psychologie

- Psychologische Schlüsselbegriffe: Selbstheilungskräfte (17.1.), Achtsamkeit (18.1.), Zugehörigkeitsgefühl (19.1.)

Naturwissenschaften

- Weltraumstaub – ein Fenster zur Vergangenheit (20.1.)
- Abschied vom Spaceshuttle (21.1.)
- Der Brasilholzbaum und der Geigenbogen (28.1.)
- Schauen, schnuppern, schmecken – Lebensmittel und ihre Haltbarkeit (4.2.)
- Roboter-Künste: Mythos Denkmachine (7.2.), Autonome Agenten (8.2.), Perfekte Prothesen (9.2.), Tierporträt: Wildschweine (11.2.)

Kunst und Musik

- Beethovens 9. Sinfonie: Die Neunte und die Aufklärung: „Alle Menschen werden Brüder!“ (24.1.), Die Neunte und der Nationalismus: „Freudig wie ein Held zum Sieg!“ (25.1.), Die Neunte und Europa: „Die Marseillaise der Menschheit“ (26.1.)

Politische Bildung

- Begegnungen nach Auschwitz (27.1.)
- Ständig unter Datenstrom – verändern uns die sozialen Netzwerke? (31.1.)
- Parkour – die ganze Welt ein Spielplatz? (1.2.)
- Das Cinema von Jenin – ein Kino als Versöhnungsprojekt (3.2.)

„Hessen hören“

Wie sieht die Lebenswelt heutiger Jugendlicher aus? Welche Interessen haben sie? Welche Erfahrungen haben sie gemacht? Durch das Medienkompetenzprojekt „Hessen hören – So klingt meine Welt!“ erhalten hessische Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren die Möglichkeit, ihre Lebenswelt akustisch zu präsentieren. Unterstützt von

Im Ausland unterrichten?

Für alle Lehrkräfte, die an einer Arbeit im Ausland interessiert sind oder im Ausland waren und ihre Erfahrungen weitergeben möchten, veranstaltet die Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer der GEW (AGAL) am Freitag, dem 4. Februar 2011, von 15 bis 17.30 Uhr ein Info-Treffen im DGB-Haus Frankfurt (Nähe Hauptbahnhof, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77). Als Experten stehen *Rolf Knieling*, Hessisches Kultusministerium, *Paul Michel*, ehemaliger Rechtsberater der AGAL, und *Günther Fecht*, AGAL-Vertreter für Hessen, zur Verfügung. Sie beantworten auch konkrete Fragen zu Bewerbung, Vertrag, Arbeitsplatz, Ausreise und Rückkehr.

- Infos: ghfecht@yahoo.de, www.gew.de/AGAL.html, Anmeldung: GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069-971293-03, info@gew-hessen.de

Grundschul-Medientag im hr

Am Mittwoch, dem 11. Mai 2011, findet von 9 bis 17 Uhr der Medientag des Hessischen Rundfunks (hr) für Grundschullehrkräfte statt. Der hr, die Stiftung Zuhören und der Arbeitskreis Radio und Schule laden ein zur praktischen Zuhörförderung mit Arbeitsgruppen zu den Themen Audioarbeit mit Kindern (Aufnehmen und Schneiden am Laptop), neue auditive Kindermedien im Unterricht und für Hörclubs, Einführung in Hörclubarbeit, Zuhör- und Literacy-Projekte für den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule.

- Anmeldung bis 31.3.2011 und Infos: wissen.hr-online.de/oderschule@hr-online.de

Pädagogisches Zentrum

Das neue Pädagogische Zentrum ist eine gemeinsame Einrichtung des Jüdischen Museums Frankfurt und des Fritz Bauer Instituts. Es hat jetzt seine Arbeit aufgenommen und ist auch im Internet präsent: www.pz-ffm.de.

einem Medienpädagogen fertigen Jugendliche akustische Porträts an, in denen sie sich mit ihrer Lebenswelt, Hessens Geschichte, Kultur und seinen Bewohnern auseinandersetzen. Die dreitägigen Workshops finden von Mitte Februar bis Mitte Mai 2011 statt.

- Infos und Anmeldung bis zum 31.1. 2011: www.hessen-hoeren.de, bewerbung@hessen-hoeren.de

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

**Montag bis Freitag
von 9.30 bis 10.15 Uhr**

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 45-minütige Sendestrecke, die nach § 47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Das ausführliche und kommentierte Programm findet man auf der Internetseite wissen.hr-online.de

Politische Bildung

- Die Hauptstadtpraktikanten: Linda bei der Filmproduktion (17.1.), Caroline im Tierheim (24.1.), Vanessa beim Musik-Label (31.1.), Toni im Deutschen Bundestag (7.2.), Tipps und Tricks fürs Praktikum (14.2.), Willkommen in Berlin (25.2.)

Geschichte

- Tiananmen – 20 Jahre nach dem Massaker (17.1.)
- Grafeneck 1940 – Die Mordfabrik auf der schwäbischen Alb (31.1.)
- Der große Crash von 1929 (7.2.)
- Hessenlexikon: Saalburg (10.2.)

Philosophie, Religion und Ethik

- Darwins Reise zur Evolution (20.1.)
- Visionen vom Wohnen in der Stadt (27.1.)
- Wenn die Psyche leidet (10.2.)
- Wenn die Hoffnung stirbt, beginnt die Trauer (24.2.)

Kunst, Musik und Neue Medien

- München – Schüler erkunden das Internet (21.1.)
- Meisterwerke: Wilhelm Leibls Mädchen am Fenster (8.2.), August Mackes Mädchen mit Fischglas (15.2.), Gerhard Richters Ema (22.2.)

Naturwissenschaft und Technik

- Meilensteine der Naturwissenschaft und Technik: Igor Sikorsky und der Hubschrauber (25.1.), Edwin Powell Hubble (1.2.), James Prescott Joule und William Thomson – Die Entdecker der Energie (8.2.), Michael Faraday – Strom aus Magneten (15.2.), Die Pyramiden der Pharaonen (22.2.)

Regelmäßige Sendungen

- Wissen macht Ah! dienstags 9.50-10.15 Uhr
- Ich mach's: Vorstellung von Berufen, mittwochs 10-10.15 Uhr
- Fortsetzung folgt...: donnerstags 9.30-9.55 Uhr
- Willi will's wissen, freitags 9.45-10.10 Uhr

Gastschüler in Deutschland

Der Verein Gastschüler in Deutschland lädt seit 15 Jahren jährlich zwischen Ostern und Sommerferien Schülerinnen und Schüler aus Schulen mit verstärktem Deutschunterricht ein. Die 14 bis 16 Jahre alten Jugendlichen kommen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Osteuropa und wohnen für zwei Monate in den Gastfamilien. Jede interessierte Familie erhält mehrere Bewerbungen und entscheidet sich dann selbstständig für ein Kind.

Im Mai 2011 sind erstmals Jugendliche aus dem Kosovo dabei, die als Flüchtlingskinder in Deutschland geboren wurden und jetzt im Kosovo leben. Die Formalitäten, die Betreuung und die Versicherungen übernimmt der Verein.

- Infos: peterkrausgg@gmx.de, Tel. 06155-817191 (dienstlich)

SchulKinoWochen 2011

Vom 21. März bis 1. April 2011 wird der Kinosaal landesweit wieder zum Klassenzimmer. Das filmpädagogische Angebot unterstützt Schulen dabei, Kinder und Jugendliche im Unterricht zu einem kritischen und selbstbewussten Umgang mit dem Massenmedium Film anzuleiten. Dabei wird Film als Kultur- und Bildungsgut erfahren und Wissen über Theorie und Geschichte des Films vermittelt. Zu allen Filmen wird pädagogisches Begleitmaterial für den Unterricht bereitgestellt.

- Infos: www.schulkinowochen-hessen.de

Mobiltheater über Amokläufe

„20. November“ von *Lars Norén*, ein Stück des Darmstädter Theaterlabors, hatte im November Premiere an der Merck-Schule und reist jetzt durch die Schulen Hessens. Amokläufe an Schulen sind inzwischen auch in Deutschland eine reale Bedrohung. Im Monolog des schwedischen Dramatikers Lars Norén über den 18-jährigen Schüler (*Nadja Soukup*), der am 20. November 2006 im westfälischen Emsdetten bei einem Amoklauf in seiner ehemaligen Schule mehr als drei Dutzend Menschen teilweise schwer verletzte und sich danach selbst erschoss, versucht der Autor eine Antwort zu finden. Der Textkörper entstand aus den im Internet hinterlassenen Schmähchriften des Schülers. Norén versucht zu verstehen, nicht zu verurteilen.

- www.theaterlabor-darmstadt.de



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Kollegiale Beratung – »Die Experten sind wir selbst« | 19-01-11, Fulda |

A trip to London | 21-01-11, Seeheim-Jugenheim | **Arbeiten mit »schwierigen« Jugendlichen**

31-01 u. 01-02-11, Seeheim-Jugenheim | **Stomp in der Grundschule** | 02-02-11, Mörfelden-Walldorf |

Prävention von Rechenschwäche durch Rechnen mit konkreten Zahlen | 03-02-11, Darmstadt |

Vom Fingerspiel zum Tanzlied | 08-02-11, Gießen |

Elterngespräche führen – Elternabende moderieren | 09-02-11, Offenbach |

12-Punkte-Programm für nachhaltige Gewaltprävention | 09-02-11, Weilburg |

Gesund bleiben im Lehrerberuf – Strategien gegen Burnout | 09-02-11, Bad Zwesten |

Let's Swing ... Jazzsingen für Neugierige und Neulinge | 10-02-11, Darmstadt |

Aufbaukeramik | 10-02-11, Fulda | **Atem- und Stimmtraining für Sprechberufler mit individueller**

Beratung | 11-02 u. 12-02-11, Frankfurt | **Ist »Mündigkeit« noch Zielkategorie von Pädagogik**

und Bildungspolitik? | 14-02-11, Frankfurt | **Mythos Humboldt** | 16-02-11, Frankfurt |

Von der pädagogischen Mittagsbetreuung zur Ganztagschule | 17-02-11, Marburg |

Bildungsstandards und ihre Konkretisierung im Bereich der überfachlichen Kompetenzen

| 17-02-11, Frankfurt | **Bildungsstandards, kompetenzorientierter Unterricht, Kernlehrpläne –**

| 24-02-11, Darmstadt | Der Blick auf die Kleinsten – Orientierungsseminar für Fachkräfte

in Krippe und Kita | 24-02-11, Darmstadt | Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28
fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main